1934 - 1945

Der Sozialistische Kämpfer

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Nr. 4—6 April—Juni 1962 2 Schilling

März 1938

Der 13. März 1938 ist für jeden aufrechten Österreicher ein Tag der Trauer. Damals wurde unsere Heimat von Hitler überfallen. Österreich verschwand von der europäischen Landkarte. Sein ehrwürdiger Name konnte nur noch geflüstert werden. Die neuen Herren bezeichneten das eroberte Land als „Ostmark": Im Zeichen des „Anschlusses" sollte alles Österreichische im großdeutschen Einheitsbrei aufgelöst werden.

Wer in der Nacht der Fremdherrschaft seiner österreichischen Gesinnung treu blieb, hatte — ohne Unterschied der parteipolitischen Vergangenheit — mit grausamer Verfolgung zu rechnen. Es ist kein Zufall, daß in den Nazikonzentrationslagern Politiker der Arbeiterbewegung und des Bürgertums, sozialistische und christliche Gewerkschafter, eine österreichische Schicksalsgemeinschaft bildeten.

Und vergessen wir es niemals: 87.000 österreichische Patrioten wurden von den Nazis ermordet. Zehntausende junge Österreicher — auch das darf niemals vergessen werden — sind nach dem „Anschluß" gezwungen worden, an einem Krieg teilzunehmen, der nicht unser Krieg war. Viele fielen in den Wüsten Afrikas, auf den Schlachtfeldern des Balkans, in den eisigen Steppen Rußlands.

Auch sie, diese Österreicher in fremder Uniform, gehören zu den Opfern des Nazifaschismus. Wie viele dieser Landsleute könnten heute noch unter uns leben, sich ihrer herangewachsenen Kinder erfreuen — wenn es diesen fluchbeladenen 13. März 1938 nicht gegeben hätte ...

Das Österreich der Zweiten Republik hat die großdeutsche Lüge von der Lebensunfähigkeit unseres Landes durch eindrucksvolle Leistungen widerlegt. Erst kürzlich schrieb eine angesehene englische Zeitung: „Der kolossale wirtschaftliche Aufschwung Österreichs beweist, daß auch im Zeitalter der großen Wirtschaftsräume kleine Länder sich glänzend behaupten können."

Aber noch immer gibt es Unbelehrbare, die ein neues 1938 herbeisehnen. Bundeskanzler Dr. Gorbach hat in einer seiner Radioreden auf diese braunen Ratten hingewiesen:

„Den Versuchen einiger Unbelehrbarer, ein aus unserem Volkskörper längst ausgeschiedenes Gift den jungen Menschen erneut einzuimpfen, werden wir mit aller Entschiedenheit entgegentreten."

Zu diesen „Versuchen" konnte es nur kommen, weil bisher den Neonazis nicht entschieden genug entgegengetreten wurde. Die Lehren der Vergangenheit mahnen uns, das Versäumte nachzuholen.

Wir wollen daher noch mehr aufmerksam sein als bisher und als das Gewissen unserer Partei, als Kämpfer gegen das Gift des Faschismus jeder Färbung mit ganzer Leidenschaft dafür eintreten, daß Freiheit, Demokratie und Recht in unserer Republik, darüber hinaus aber überall in der Welt nicht angetastet werden.

Nie wieder einen 13. März 1938!

Dokumente der Zeit

Am 16. März 1936 begann vor einem Wiener Schwurgericht jener Prozeß gegen die Funktionäre der illegalen Arbeiterbewegung, der als der große Sozialistenprozeß in die Geschichte eingegangen ist. Wir veröffentlichen die Anklageschrift.

Der große Sozialistenprozeß

Schwurgericht: 15 St 406/35. 26 Vr 3327/35.

Anklageschrift*)

Die Staatsanwaltschaft Wien I erhebt gegen:

1. Otto Binder, geboren am 16. Oktober 1891, Beamter,
2. Marie Emhart, geboren am 27. Mai 1901, Bundesbahnangestelltengattin,
3. Roman Felleis, geboren am 18. März 1903, Angestellter,
4. Karl Fischer, geboren am 21. Oktober 1896, Mechanikergehilfe,
5. Natalie Fulda, geboren am 27. Juli 1896, Beamtin,
6. Siegfried Fürnberg, geboren am 16. Mai 1902, Schriftsteller,
7. Karl Fürstenhofer, geboren am 25. Dezember 1899, Autoschlossergehilfe,
8. Theodor Grill, geboren am 15. Oktober 1902, Magistratsbeamter,
9. Leontine Haas, geboren am 25. März 1898, Rentnerin,
10. Franz Honner, geboren am 4. September 1893, Bergmann,
11. Karl Knechtelsdorfer, geboren am 30. November 1907, Schriftsetzer,
12. Hans Kratky, geboren am 22. Dezember 1900, Privatbeamter,
13. Josef Kratky, geboren am 4. April 1907, Privatbeamter,
14. Bruno Kreisky, geboren am 22. Jänner 1911, Hochschüler,
15. Andreas Liberda, geboren am 28. Oktober 1893, Privatbeamter,
16. Josef Mohler, geboren am 28. November 1901, Maschinenarbeiter,
17. Alois Pfanner, geboren am 18. Februar 1900, Elektrotechniker,
18. Otto Probst, geboren am 29. Dezember 1899, Lithograph,
19. Anton Proksch, geboren am 21. April 1897, Sekretär,
20. Franz Rauscher, geboren am 30. Juli 1900, Schaffner der Bundesbahnen,
21. Karl Hans Sailer, geboren am 15. Oktober 1900, Redakteur,
22. Dr. Paul Schick, geboren am 29. März 1904, Rechtsanwalt,
23. Josef Wacke, geboren am 27. April 1911, Hochschüler,
24. Alfred Weißmann, geboren am 9. August 1907, Beamter,
25. Stefan Wirlander, geboren am 11. Dezember 1905, Beamter,
26. Elise Zerner, geboren am 22. Oktober 1905, Angestellte,
27. Franz Jonas, geboren am 4. Oktober 1899, Schriftsetzer.

die Anklage:

Die Beschuldigten haben im Herbst 1934 und Frühjahr 1935 in Brünn, Wien und Niederösterreich durch ihre Mitarbeit bei der Gründung und Organisierung der geheimen revolutionären Partei „Vereinigte Sozialistische Partei Österreichs", Marie Emhart und Karl Hans Sailer als Rädelsführer, die übrigen auf eine entferntere Weise etwas unternommen, was auf eine gewaltsame Veränderung der Regierungsform, auf Herbeiführung einer Empörung oder eines Bürgerkrieges im Inneren angelegt war:

II. Roman Felleis und Karl Hans Sailer haben im einverständlichen Zusammenwirken mit unbekannten Fälschern zur selben Zeit in Wien öffentliche Urkunden (Reisepässe) verfälscht und durch Vorweisung dieser Urkunden bei den österreichischen Grenzorganen diese in Irrtum geführt, um dem österreichischen Bundesstaat in seinem Rechte auf Überwachung des Aus- und Einreiseverkehrs Schaden zu tun.

Die Genannten haben hiedurch: das Verbrechen des Hochverrates nach §§ 58 b, c StG, Roman Felleis und Karl Hans Sailer überdies das Verbrechen des Betruges nach §§ 197, 199 d, StG begangen.

Es seien Marie Emhart und Karl Hans Sailer nach §§ 59 b, StG und Art. I des Gesetzes vom 19. Juni 1934, BGBl. Nr. 77, Karl Hans Sailer überdies nach § 34 StG, Roman Felleis nach §§ 34, 59 b, II. Abs., StG und alle übrigen Beschuldigten nach §§ 59 b, II. Abs., StG zu bestrafen.

Begründung:

Unmittelbar nach dem Verbot der Sozialdemokratischen Partei und dem Niederbruch des Aufruhrs des Republikanischen Schutzbundes im Februar 1934 haben zahlreiche ehemalige Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei den Versuch unternommen, mit den versprengten Anhängern der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei wieder in Fühlung zu treten, um eine geheime Parteiorganisation zu schaffen, in welcher die sozialistisch und kommunistisch orientierte Bevölkerung wieder einen Rahmen für ihre revolutionäre politische Tätigkeit finden sollte. Die Organisatoren dieser Parteineugründung nannten sich „Revolutionäre Sozialisten".

Im Herbst 1934 war die vorbereitende Tätigkeit dieser Revolutionären Sozialisten bereits soweit vorgeschritten, daß zur Aufstellung eines eigenen geheimen Parteiapparates geschritten werden konnte. So wurde im September 1934 in Wien die sogenannte Wiener Konferenz abgehalten, indem sich die ehemals sozialdemokratischen und kommunistischen Parteianhänger zu der neuen Partei „Vereinigte Sozialistische Partei Österreichs" zusammenschlossen. Über die Tätigkeit auf dieser Wiener Konferenz gibt das illegale Flugblatt „Die Partei ruft" Aufschluß. Dieses Flugblatt wendet sich an die Arbeiter und Arbeiterinnen mit dem Aufruf, für sie zu werben und für sie zu kämpfen. Es gibt auch in der Prinzipienerklärung den Arbeitern und Arbeiterinnen Aufklärung über Aufgaben und Ziele der neuen Partei. So sagt diese Prinzipienerklärung:

„Wir erblicken nur im Klassenkampf das Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse, sein Ziel ist die Eroberung der Macht durch das Proletariat, um die sozialistische Gesellschaft aufzurichten.

Aller demokratischen Rechte beraubt, muß die Arbeiterklasse ihren Kampf mit revolutionären Mitteln führen, sie muß in unversöhnlichem revolutionären Kampf die faschistische Diktatur stürzen, die Staatsmacht erobern und die eroberte Staatsmacht mit den Mitteln einer revolutionären Diktatur festhalten. Über die revolutionäre Diktatur führt der Weg der sozialistischen Demokratie. Wir kämpfen mit vollem Be-

*) Zu den 27 Angeklagten, die die Anklageschrift aufzählt, wurden knapp vor dem Stattfinden der Verhandlung noch drei, und zwar die beiden Brüder Rudolf und Anton Pastaz und Johann Ecker, alle drei Bauarbeiter, angeschlossen und dadurch die Zahl der Angeklagten auf 30 erhöht.

wußtsein, daß der Faschismus nur mit revolutionären Mitteln im Kampfe um die ganze Macht überwunden werden kann."

Dieses Flugblatt der Wiener Konferenz wendet sich aber auch mit einem besonderen Aufruf an den Schutzbund und sagt darin, daß die Konferenz die Bedeutung des Schutzbundes als der proletarischen Wehrorganisation für die Vorbereitung und Durchführung der proletarischen Revolution zum Sturz des Faschismus und für die Festhaltung der eroberten Macht durch eine proletarische Diktatur anerkennt. Die Partei sei sich bewußt, daß der bewaffnete Aufstand gegen die faschistische Diktatur nur siegreich sein könne, wenn das Vorgehen der Wehrformation unterstützt wird durch den Kampf der werktätigen Massen. Die Konferenz fordert darin auch alle Genossen im Schutzbund auf, sich in der Vereinigten Sozialistischen Partei Österreichs zu sammeln, weil für die Wehrhaftmachung der Arbeiterklasse die politische Erziehung der Schutzbundgenossen in der Partei ebenso notwendig sei, wie die Erfüllung der militärischen Aufgabe.

Zeigt schon diese Prinzipienerklärung deutlich das hochverräterische Ziel, das die Partei verfolgt, so wurde auf dem ersten in Brünn in der Zeit vom 30. Dezember 1934 bis zum 1. Jänner 1935 abgehaltenen Parteitag, genannt „Erste Reichskonferenz der Vereinigten Sozialistischen Partei Österreichs" vollkommen klar ausgesprochen, daß das schließlich erstrebte Ziel der neuen Partei die Herbeiführung eines allgemeinen Volkswiderstandes, Sturz des herrschenden Regimes, Eroberung der Staatsmacht und Errichtung der Diktatur, also die gewaltsame Veränderung der Regierungsform und die Herbeiführung einer Empörung und eines Bürgerkrieges, ist. Diese auf der Konferenz festgelegten Richtlinien wurden in einem Aktionsprogramm mit der Überschrift „Die Sozialisten rufen zur Aktion" zusammengefaßt und in Druck gelegt, um in großer Masse in Österreich unter der Bevölkerung verbreitet zu werden. In diesem Flugblatt ist klar und deutlich ausgesprochen, daß die neue Partei darangeht, Anhänger in großer Menge zu werben, die neugeworbenen Anhänger in einer neuen Parteiorganisation straff zu organisieren, die Massen der Anhängerschaft in illegalen geheimen Organisationen zusammenzufassen, wie sozialistische Bildungsvereine, illegale Gewerkschaften, sozialistische Turn- und Sportvereine und schließlich im Republikanischen Schutzbund für die zukünftigen revolutionären Aufgaben der Partei zu schulen und zu erziehen.

Diese Brünner Reichskonferenz vereinigte Vertreter des Auslandsbüros der österreichischen Sozialisten, Vertreter der Internationale und Delegierte aus ganz Österreich. Über den Verlauf und das Ergebnis dieser Reichskonferenz gibt eine Information Aufschluß die

FEBRUAR 1934 FEBRUAR 1934 FEBRUAR 1934 FEBRUAR 1934 FEBRUAR 19

FEBRUAR 1934 FEBRUAR 1934 FEBRUAR 1934 FEBRUAR 1934 FE

Der berüchtigte Korneuburger Eid

in dem sich alle Heimatschutzverbände Österreichs und alle ihre „Führer" sowie die in die austro-faschistische Heimwehr eingegliederten Mandatare der politischen Parteien am 18. Mai 1930 verpflichteten, die „westliche Demokratie" in Österreich zu vernichten — die Starhembergs, Steidles und die vielen anderen. 1934 war es dann soweit — das wollen wir niemals vergessen!

Wir wollen Österreich von Grund aus erneuern!

Wir wollen den Volksstaat des Heimatschutzes.

Wir fordern von jedem Kameraden:
den unverzagten Glauben ans Vaterland,
den rastlosen Eifer der Mitarbeit und
die leidenschaftliche Liebe zur Heimat.

Wir wollen nach der Macht im Staate greifen und zum Wohle des gesamten Volkes Staat und Wirtschaft neu ordnen.

Wir müssen eigenen Vorteil vergessen,
müssen alle Bindungen und Forderungen der Parteien unserem Kampfziel unbedingt unterordnen, da wir der Gemeinschaft des deutschen Volkes dienen wollen!

Wir verwerfen den westlichen demokratischen Parlamentarismus und den Parteienstaat!

Wir wollen an seine Stelle die Selbstverwaltung der Stände setzen und eine starke Staatsführung, die nicht aus Parteienvertretern, sondern aus den führenden Personen der großen Stände und aus den fähigsten und den bewährtesten Männern unserer Volksbewegung gebildet wird.

Wir kämpfen gegen die Zersetzung unseres Volkes durch den marxistischen Klassenkampf und liberal-kapitalistische Wirtschaftsgestaltung.

Wir wollen auf berufsständiger Grundlage die Selbstverwaltung der Wirtschaft verwirklichen. Wir werden den Klassenkampf überwinden, die soziale Würde und Gerechtigkeit herstellen.

Wir wollen durch eine bodenstarke und gemeinnützige Wirtschaft den Wohlstand unseres Volkes heben.

Der Staat ist die Verkörperung des Volksganzen, seine Macht und Führung wacht darüber, daß die Stände den Notwendigkeiten der Volksgemeinschaft eingeordnet bleiben.

Jeder Kamerad fühle und bekenne sich als Träger der neuen deutschen Staatsgesinnung;
er sei bereit, Gut und Blut einzusetzen,
er erkenne die drei Gewalten:
den Gottesglauben, seinen eigenen harten Willen, das Wort seiner Führer.

FEBRUAR 1934 FEBRUAR 1934 FEBRUAR 1934 FEBRUAR 1934 FEBRUAR 1934 FE

FEBRUAR 1934 FEBRUAR 1934 FEBRUAR 1934 FEBRUAR 1934 FEBRUAR 19

der Bundespolizeidirektion Wien zugekommen ist. Daraus geht hervor, daß auf der Konferenz die Richtlinien der zukünftigen Arbeit in einem Aktionsprogramm zusammengefaßt wurden, das die Überschrift trägt: „Die Sozialisten rufen zur Aktion".

Im Rahmen der Reichskonferenz fand auch eine Sitzung der Wiener Bezirksleitung und Landesdelegierten statt. In dieser Sitzung wurde für die allernächste Zeit ins Auge gefaßt, Kampfaktionen gemeinsam mit der Kommunistischen Partei in der Woche vom 10. bis 17. Februar 1935 durchzuführen. Diese Aktionen hatten die Aufgabe, zur Erinnerung an den Aufruhr des Republikanischen Schutzbundes im Jahre 1934 Demonstrationen zu veranstalten.

Als oberste Leitung für die neue Partei wurde ein zentrales Aktionskomitee, in welchem die Kommunistische Partei, die Revolutionären Sozialisten und der Schutzbund vertreten sind, gegründet. Dieses Zentralkomitee arbeitete Richtlinien für das Aktionsprogramm in der Volkskampfwoche vom 10. bis 17. Februar 1935, Instruktionen für die Zersetzungsarbeit im Schutzkorps und der Exekutive sowie Instruktionen für die Straßenkämpfe gegen die Exekutive aus. Insbesondere letztere Instruktionen wurden vervielfältigt und zur Verteilung gebracht, wobei den Anhängern zur Pflicht gemacht wurde, diese Instruktionen zu lesen und über alles mit dem Instruktor zu sprechen und nach vollständiger Erfassung des Inhaltes andere Kameraden der Gruppe zu unterweisen, verläßliche und entschlossene Freunde zu werben und den Gruppenführern bekanntzugeben, schon jetzt für den Ernstfall alle Mittel, die zum Straßenkampf geeignet sind, die Waffen, Stacheldraht, Spitzhacken und Krampen vorzubereiten und all dies vor Unbefugten streng geheimzuhalten, und schließlich auch allen vor Augen zu führen, daß Hunderte im Kerker warten, bis sie von ihren Kampfgenossen befreit würden.

Die Durchführung dieser auf das endliche Ziel des gewaltsamen Umsturzes abzielenden vorbereitenden Arbeiten wurden in Wien von einer Reihe dem zentralen Aktionskomitee angehörigen Personen und anderen bereits früher als bewährte Funktionäre der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei bekannten Männern übernommen. Durch langwierige Erhebungen und Überwachungen ist es der Bundespolizeidirektion Wien gelungen, einen großen Teil der bei der Wiederaufrichtung der Sozialistischen Partei teils in führender, teils in untergeordneter Rolle tätigen Personen in Haft zu nehmen.

Alle Angeklagten waren bei den Organisationsarbeiten dieser neuen revolutionären Partei im Werbeapparat und im Aktionskomitee tätig. Karl Hans Sailer und Marie Emhart gehören zu den obersten Führern der neuen Partei. Sie haben in dieser Funktion auch in Brünn eine besondere Rolle gespielt. Marie Emhart führte zum Teil den Vorsitz der Brünner Konferenz und Karl Hans Sailer eröffnete diese mit einem umfassenden Referat über die Aufgaben und Ziele der neuen Partei.

Otto Binder nahm unter dem Decknamen „Bornstein" an der Reichskonferenz in Brünn teil. Er hat bei dieser Konferenz eine radikal linksorientierte Rede gehalten. Josef Stöckl bestätigt das.

Marie Emhart, die bereits vor dem Verbot der Partei eine führende Rolle in der niederösterreichischen Landesorganisation der Sozialdemokratischen Partei spielte, hat auf der Brünner Reichskonferenz, abwechselnd mit dem flüchtigen Karl Holubek den Vorsitz geführt und hat nach der Reichskonferenz in führender Stellung als faktische Landesleiterin von Niederösterreich eine weitwendige Tätigkeit in Wien und Niederösterreich entfaltet, um einen gut funktionierenden Parteiapparat aufzurichten und auch den Verbindungsdienst zwischen den einzelnen Bezirksgruppen Niederösterreichs herzustellen. Aus den Angaben des Stöckl, und durch die Beobachtungen des Kriminalbeamten Julius Brunner kann festgestellt werden, daß die Beschuldigte tatsächlich führend und umfangreich bei der Reorganisation des Parteiapparates tätig war.

Theodor Grill nahm unter dem Decknamen „Neugebauer" an der Brünner Reichskonferenz teil. Bei seiner Hausdurchsuchung wurde auch illegales Druck- und Propagandamaterial vorgefunden.

Roman Felleis gibt zu, in der illegalen Parteiorganisation tätig gewesen zu sein. Dies ergibt sich auch aus dem bei der Hausdurchsuchung vorgefundenen Druckmaterial. Er hat an der Reichskonferenz in Brünn teilgenommen, wohin er mit einem verfälschten tschechoslowakischen Reisepaß gefahren war. Er hat zur Verfälschung dieses Passes dadurch mitgewirkt, daß er dem Verfälscher sein Lichtbild zur Verfügung in den Paß übergeben hat.

Er war auch Mitglied des Zentralkomitees und hatte als solches am 25. Jänner 1935 eine Zusammenkunft mit vier anderen Delegierten des Zentralkomitees in der Wohnung der Leontine Haas. Bei dieser Zusammenkunft wurde er verhaftet. Er gibt zu, daß diese Zusammenkunft im Rahmen seiner illegalen Tätigkeit für die Revolutionäre Sozialistische Partei stattgefunden hat.

Karl Fischer war ebenfalls Teilnehmer an der Reichskonferenz in Brünn. Er gibt zu, dort den Decknamen „Jäger" geführt zu haben. Seine Tätigkeit habe sich darauf erstreckt, die Verbindung zwischen Holubek und mehreren Bezirksleitern aufrechtzuerhalten.

Wie bereits früher ausgeführt wurde, erblickte die Parteileitung eine der ersten wichtigsten organisatorischen Arbeiten darin, die Wehrsportvereinigungen und den Republikanischen Schutzbund zu reorganisieren. Dieser Aufgabe widmete sich auch Karl Fischer, diesem war Rauscher, dem die eigentliche oberste Leitung dieser Organisationsarbeit übertragen war, bei der Herstellung mit der Verbindung mit den einzelnen Vertrauensmännern behilflich.

Natalie Fulda war ebenfalls im Aufbauwerk der neuen Parteiorganisation tätig. Aus einem während der Brünner Reichskonferenz in einem Brünner Kaffeehaus gefundenen Zettel geht hervor, daß Natalie Fulda Mitglied des Zentralkomitees der Revolutionären Sozialisten war.

Siegfried Fürnberg ist einer der Teilnehmer an der Konferenz in der Wohnung der Leontine Haas am 25. Jänner 1935. Im Zuge der Organisationsarbeiten für die Partei und die bevorstehende Volkskampfwoche wurde eine Konferenz zwischen der Revolutionären Sozialistischen Partei und der Kommunistischen Partei in der Wohnung der Leontine Haas angesetzt. Von beiden beteiligten Parteien wurden je zwei Vertreter dorthin entsandt. Die Kommunistische Partei war durch die Beschuldigten Fürnberg und Honner, die Revolutionäre Sozialistische Partei durch Felleis und Sailer vertreten.

Karl Fürstenhofer ist ebenfalls gemeinsam mit Rauscher und Pfanner bei der Reorganisation des Republikanischen Schutzbundes tätig gewesen. Nach der Angabe des Stöckl hat Fürstenhofer auch an einer Besprechung der Bezirksleitung Mödling teilgenommen.

Leontine Haas wurde am 25. Jänner 1935 verhaftet, weil sie ihre Wohnung für die Zusammenkunft der Vertreter der Revolutionären Sozialistischen Partei und der Kommunistischen Partei zu einer gemeinsamen Beratung in Fragen der Volkskampfwoche zur Verfügung gestellt hat.

Franz Honner gehörte schon vor dem Verbot der Partei der Kommunistischen Partei an. Er nahm an der Zusammenkunft am 25. Jänner 1935 bei Leontine Haas unter dem Decknamen „Rudolf Neudel" teil.

Karl Knechtelsdorfer hat als Delegierter des Landes Tirol unter dem Decknamen „Eichinger" an der Brünner Konferenz teilgenommen. Obwohl er zugibt, zur Konferenzzeit in Brünn gewesen zu sein, bestreitet er, an dieser teilgenommen zu haben. Seine Verantwortung ist unwahr, Stöckl hat ihn bei der Konferenz gesehen.

Hans Kratky gibt zu, an der Brünner Konferenz teilgenommen und dort einen Bericht über die Arbeitersportbewegung erstattet zu haben.

Josef Kratky hat als Vertreter der Jungfrontbewegung an der Brünner Konferenz teilgenommen. Er leugnet, obwohl Stöckl und Fischer seine Anwesenheit bei der Konferenz bestätigen.

Bruno Kreisky gibt zu, Teilnehmer an der Reichskonferenz in Brünn gewesen zu sein, bestreitet aber jegliche illegale Tätigkeit.

Andreas Liberda leugnet, in Brünn bei der Reichskonferenz gewesen zu sein. Seine Verantwortung ist unwahr, weil Stöckl bestätigt, von der Grenze bis Brünn mit Potetz und Liberda gefahren zu sein und daß Liberda bei der Konferenz anwesend gewesen ist.

Josef Mohler war unter dem Decknamen „Michl" im Auftrage Rauschers bei den Vorarbeiten für die Reorganisation des Schutzbundes tätig und nahm auch in Verfolgung dieser Aufgabe an einer Zusammenkunft der Bezirksführer in Mödling teil. Stöckl gab auch bei seiner Beschuldigtenvernehmung vor dem Kreisgericht Wiener Neustadt an, daß Mohler bei der Mödlinger Zusammenkunft über den Stand der Wiener Schutzbündler Bericht erstattet hat.

Alois Pfanner, der früher Kommandant der Gemeindewache war und auch dem Republikanischen Schutzbund als Mitglied angehörte, war im Zentralkomitee der Revolutionären Sozialisten als Schutzbundbeirat tätig.

Otto Probst hat an der Reichskonferenz in Brünn teilgenommen. er bestreitet in Brünn gewesen zu sein, obwohl Stöckl und Fischer angeben, ihn bei der Konferenz gesehen zu haben.

Anton Proksch hat in seinem polizeilichen Verhör zugegeben, daß er über Einladung ehemaliger Parteifreunde an der Brünner Konferenz teilgenommen habe und daß er gemeinsam mit Stefan Wirlander nach Brünn gefahren sei. Vor dem Untersuchungsrichter widerrief er sein Geständnis. Seine geänderte Verantwortung ist unglaubwürdig und wird auch durch die Angaben Stöckls widerlegt.

Franz Rauscher hatte mit Pfanner gemeinsam die Aufgabe übernommen, die Wiederaufrichtung des Republikanischen Schutzbundes in die Wege zu leiten. Er trat an diese Aufgabe in der Weise heran, daß er verläßliche Vertrauensmänner in die Provinz schickte, um zu erheben, wie in den einzelnen Bezirken die Stimmung unter der früheren Anhängerschaft des Republikanischen Schutzbundes sei und unter welchen Bedingungen eine Wiederaufrichtung und ein Neuzusammenschluß der ehemaligen Schutzbundmitglieder erfolgen könnte.

Karl Hans Sailer bestreitet nicht, sich illegal betätigt, leugnet aber entschieden an der Brünner Reichskonferenz teilgenommen zu haben. Er gibt nur zu, zu einer Konferenz in der Wohnung der Leontine Haas am 25. Jänner 1935 von einem Unbekannten entsendet worden zu sein, ihm sei jedoch nur allgemein mitgeteilt worden, daß kommunistische Parteiführer eine Aussprache mit Sozialdemokraten wünschen. Näheres sei ihm über Zweck und Inhalt dieser Besprechungen nicht mitgeteilt worden. Durch die Zeugenaussage des Stöckl ist klar erwiesen, daß Sailer die Brünner Reichskonferenz mit einem umfassenden Referat eröffnet hat und wie sich aus dieser Tätigkeit ergibt, in der illegalen Revolutionären Sozialistischen Partei eine führende Rolle eingenommen hat.

Dr. Paul Schick stellte seine Kanzlei am Kohlmarkt den Führern der neuen Partei als Verbindungszentrale zur Verfügung. Das ergibt sich aus den Beobachtungen, die die Kriminalpolizei durch mehrere Tage vor der Kanzlei Dr. Schicks durchführte.

Josef Wacke war in der illegalen Aufbauarbeit unter dem Decknamen „Richard" tätig. Er arbeitete in dieser Richtung mit Marie Emhart im Kreise „Wienerboden", wo er als Verbindungsmann tätig war. Als solcher Verbindungsmann nahm er, wie durch den beobachtenden Kriminalbeamten festgestellt werden konnte, am 19. Oktober 1934 an einer Sitzung des Beirates für Schutzbundangelegenheiten, die unter Vorsitz Rauschers abgehalten wurde, im Café Molkerei im 2. Bezirk teil. Wenige Tage später beobachtete der gleiche Kriminalbeamte, wie Marie Emhart ihn zu einer längeren Besprechung in seiner Wohnung aufsuchte.

Alfred Weißmann war ebenfalls Teilnehmer an der Reichskonferenz in Brünn.

Stefan Wirlander, der Mitarbeiter des Anton Proksch, hat ebenso wie Proksch ursprünglich bei der Polizei eingestanden, in der Zeit vom 29. bis 30. Dezember 1934 in Brünn gewesen zu sein und dort zur Mitarbeit an der illegalen Parteiorganisation aufgefordert worden zu sein. Auch er hat so wie Proksch dieses sein politisches Geständnis vor dem Untersuchungsrichter, ohne hiefür jedoch glaubwürdige Gründe angeben zu können, zurückgezogen.

Elisabeth Zerner war in der Kanzlei Dr. Schicks die Vertrauensperson, an die sich die in der illegalen Parteiorganisation tätigen Führer, wenn sie dort die Verbindung mit anderen aufnehmen wollten, wenden mußten.

Franz Jonas war ebenfalls Teilnehmer an der Reichskonferenz in Brünn. Der Zeuge Stöckl kann bestätigen, daß er der Konferenz bis zum Mittag des 1. Jänner 1935 als Vertreter des 21. Wiener Gemeindebezirkes beigewohnt hat. Jonas stellt die Teilnahme an der Brünner Reichskonferenz in Abrede, ist aber durch die Angaben des Zeugen Josef Stöckl zu überweisen.

Alle Beschuldigten haben sich somit in den Dienst der Parteiwerbung und Parteiarbeit gestellt, um einerseits die ehemaligen Anhänger der linksorientierten Parteien für die neue revolutionäre Einheitspartei zu gewinnen und andererseits eine illegale Parteiorganisation zu schaffen, die es der Parteiführung ermöglicht, mit den Anhängern in engster Verbindung zu bleiben und diese für ihre Aktionen in der Hand zu haben. Das Ziel, das mit dieser Parteitätigkeit und Organisationsarbeit angestrebt wurde, ist durch die Proklamation und Richtlinien, die in Druck allgemein verbreitet wurden, bekannt. Es ist ein revolutionäres Ziel, nämlich die Erfassung der breiten Massen der Bevölkerung zum bewaffneten und gewaltsamen Umsturz, der gewaltsamen Änderung der Regierungsform und der Aufrichtung der Diktatur des Proletariats. Jede und auch die geringste Mitarbeit an den zu diesem Ziel führenden Vorbereitungen ist ein Unternehmen, das auf die gewaltsame Änderung der Regierungsform und auf die Herbeiführung einer Empörung und eines Bürgerkrieges angelegt ist.

Staatsanwaltschaft Wien I
Dr. Ludwig Kadecka
am 17. Jänner 1936

Für die Richtigkeit der Ausfertigung der Leiter der Geschäftsabteilung:
Kosik m. p.

Wenn wir die Vergangenheit vergessen, laufen wir Gefahr, sie nochmals zu erleben.

Gesinnung, nicht „Job"-Gesinnung

Die Sozialistische Partei hat auf dem Weg zur alle umfassenden Volkspartei immer mehr Schichten von Wirtschaftstreibenden erfaßt. Es sind aber auch immer mehr Arbeitnehmer in leitende Stellungen aufgerückt. Die Partei kann für die Mitgliedschaft keinen umfassenden Ehrenkodex aufstellen. Es werden nun manchmal von Parteimitgliedern auf Grund scheinbarer oder wirklicher wirtschaftlicher Notwendigkeit Handlungen entweder als Selbständige oder Unselbständige im Berufs- und Wirtschaftsleben gesetzt, die sich auch bei sehr weitherziger Auslegung mit den Grundsätzen unserer Bewegung nicht vertragen und die, wenn sie bekannt werden, die Partei insgesamt moralisch belasten.

Die Prozesse gegen Dr. Schönpflug und Dr. Razesberger im vergangenen Jahr haben die Öffentlichkeit besonders erregt und die allzu milden Urteile haben Befremden ausgelöst.

Meiner Meinung nach sind es nun nicht die Urteile selbst, sondern ist es etwas ganz anderes, was zutiefst enttäuschend und bedauerlich, aber auch für unsere Bewegung gefährlich ist: Die Tatsache nämlich, daß zum Beispiel im Fall Dr. Schönpflug ein sozialistischer Anwalt und obendrein sozialistischer Mandatar die Verteidigung übernommen hat.

Selbstverständlich hat jeder Angeklagte in einem Rechtsstaat das Recht auf Verteidigung, und es hat auch der Grundsatz zu gelten, daß, solange er nicht verurteilt ist, er als nichtschuldig zu gelten hat. Im Fall Dr. Schönpflug muß aber folgendes eingewendet werden:

Dr. Schönpflug ist bereits im Jahre 1949 wegen Zugehörigkeit zur SA zu dreizehn Monaten schwerem Kerker verurteilt worden. Richtigerweise wurde betont, daß das Delikt größer gewesen sein muß, denn wegen der bloßen Mitgliedschaft zur SA hätte Doktor Schönpflug nicht eine so lange und schwere Strafe bekommen. Diese Tatsache muß dem sozialistischen Anwalt, wenn nicht vorher, so doch zumindest sofort nach der Übernahme der Verteidigung bekanntgeworden sein. Wenn aber schon nicht das ausschlaggebend war, so muß er als Verteidiger sicherlich kurz nach Akteneinsichtnahme und der Rücksprache mit dem Angeklagten festgestellt haben, daß die Anklage zumindest in erheblichem Umfange zu Recht besteht. Es wäre dann noch immer Gelegenheit gewesen, die Verteidigung zurückzulegen.

Man könnte einwenden, auch der Anwaltsberuf ist Broterwerb. Sicherlich richtig. Aber da auch der Anwaltsberuf mit einem Standesethos verbunden ist, gibt es gewisse Grenzen, zumindest für einen Anwalt, der unserer Partei angehört.

Es kann eingewendet werden, daß man nicht so rigoros vorgehen darf, denn schließlich darf man die Betätigungsfreiheit der Parteimitglieder in ihrem Beruf nicht einengen.

Selbst das berücksichtigt, darf aber in diesem Fall nicht außer acht gelassen erden, daß der Anwalt nicht nur Parteimitglied, sondern überdies sozialistischer Mandatar ist, damit also die Angelegenheit auf die ganze Partei zurückfällt.

Es handelt sich aber nicht nur um die Übernahme der Verteidigung eines Naziverbrechers. Ein sozialistischer Mandatar hat zu überlegen, welche Handlungen er setzt. Ist er Verteidiger, so wird er überhaupt die Verteidigung von Verbrechen nicht übernehmen können, die durch besondere Scheußlichkeit die Menschen abstoßen. Schließlich ist der Verteidiger dazu da, unter allen Umständen den Angeklagten zu verteidigen, also alle Gründe ausfindig zu machen und vorzubringen, die seine Verbrechen in milderem Lichte erscheinen lassen. Eine solche Handlungsweise eines sozialistischen Mandatars und die Urachen hiefür wird aber die breite Öffentlichkeit kaum verstehen. Sie wird nicht begreifen, daß ausgerechnet ein sozialistischer und obendrein maßgeblicher Funktionär es sein muß, der versucht, Entschuldigungs- und Milderungsgründe für besonders abstoßende Verbrechen zu finden. Allgemeiner Auffassung nach gibt es genug andere Anwälte, die eine solche, keineswegs populäre Aufgabe übernehmen können. Die Bevölkerung überträgt in solchen Fällen die Abwertung, die sich ohnehin hinsichtlich der geistigen „Elite" vollzieht, auch auf die Partei.

Was immer man dagegen an Vernunftsgründen und zur Rechtfertigung vorbringen mag, es wird nicht überzeugen, denn es gibt eine tief im Gefühl des Volkes verwurzelte Auffassung von Recht und Unrecht. Allzu leicht sind die Menschen dann zu dem Schluß verleitet, daß einfach aus Geldgründen eine solche Verteidigung übernommen wird, also die „Job"-Gesinnung über der sozialistischen Gesinnung steht. Zu einem solchen Urteil kommen die Menschen aber nicht nur im Falle der Übernahme einer solchen Verteidigung. Die Partei hat viele Stellen in der öffentlichen Verwal-

Sachsenhausen

Wenn es kein Grab mehr gibt, gibt es wenigstens die Guillotine ...

Sachsenhausen. Gleich an der S-Bahn-Sperre Lokalkolorit: das robuste Knipsweib zankt mich aus, weil ich (mit nervösen Fingern) an der Fahrkarte knibbelte. Das hätte ich gemacht „um die Ausgangsstation zu verschleiern"! Ich hätte sie beinahe gefragt, ob sie vor mehreren Jahren hier in der Nähe Aufseherin war.

Betrunkene gröhlen: Bier her, Bier her, oder ich fall' um! und sind schon fast umgefallen. Ich bildete mir ein, daß ganz Oranienburg vom Ernst der nahen Todesstätte durchdrungen ist.

„Nationale Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen" — das „national" hätten sie lieber weglassen sollen, da ja die Nation nicht gerade Ehre hier einlegte. Aber man denkt wohl mehr an die Widerstandskämpfer!

Touristen-Autobusse wie bei anderen Sehenswürdigkeiten. Hierher sollte jeder zu Fuß gehen — lieber noch auf Knien kriechen —, jeder, der zu den Verschonten gehört.

Führungen sind für Gruppen vorgesehen. Einzelne haben sich Gruppen anzuschließen. Ich sage an der Pforte, ich wollte etwas über meinen Bruder erfahren. Deutscher? fragt man. Ich bejahe das ohne weiteres, merke erst später, daß ich verkehrt geantwortet habe. Man hat hier die nazistischen Unterschiede zwischen „Deutscher" und „Jude" übernommen — ich weiß nicht, wie weitgehend man sie übernommen hat. Ich bereue es jedenfalls, auch nur ein Wort über meinen Bruder gesagt zu haben.

Ich gehe mit einer Gruppe durch ein Haus. Der Führende saß selbst einmal hier, wie er erzählt. Er redet nahezu gemütlich und ganz ohne Affekte (wie könnte er auch mehrere Male täglich Affekte aufbringen) ... „Die Verpflegung war schlecht, sehr schlecht."

Ja, das kann man wohl sagen! denke ich. Warum gebraucht er das Wort „Verpflegung"? Das erinnert an ein Pensionat ... Die Leute glotzen interessiert, gespannt — aber nicht ein einziges Gesicht sieht leidend aus, mitleidend.

„Wieviel Volt war denn da drin?"

Die gehen hier herum, fragen und schwatzen wie auf einem alten Schloß, dies ist eine von vielen Sehenswürdigkeiten! Hier müßte jemand predigen, ein Niemöller, ein Albert Schweitzer ... ich bin sonst nicht für Predigten, aber hier — ja.

„Hier ham wa den Prügelbock."

Ich trenne mich von der Gruppe. Unter den Fakten lese ich: „Durch Vermietung von Häftlingen wurden monatlich etwa 50 Millionen Reichsmark durch die SS eingenommen."

Auf der Landkarte sehe ich, daß Deutschland von Konzentrationslagern durchsetzt war. Daß es derartig viele waren, habe ich nicht gewußt — man kennt nur die größten. Und es ist die schmählichste Landkarte, die ich von Deutschland je sah.

Draußen: weite geschorene Rasenflächen, gepflegte Rosenbeete, frischgemalte Baracken ... Man wird meinen, daß es damals so aussah! Das ist ja ein Panoptikum, mit seinem „Achtung, frisch gestrichen!", mit seinen sauber bezogenen Strohsäcken, seinen Beeten, Rasen, Kieswegen — das ist ja eine Stätte der Ruhe und der freundlichen Abgeschiedenheit, dazu angetan, Touristen mild zu vergnügen. Unwissende und Phantasielose können sich hiernach Sachsenhausen nicht vorstellen, und ihretwegen existiert doch das „Mahnmal"! Entweder keinerlei Nachahmung vom Lager oder eine wahrheitsgemäße.

„Station Z" wird sinnig das Krematorium genannt. Und man sieht das Fundament des 1942 errichteten Baues mit vier Verbrennungsöfen, einer Gaskammer, einer Genickschußanlage — wie zu lesen steht. Ein kleiner Blumenstrauß liegt hier. Rostige Reste der Todesöfen — ein junges Paar balanciert auf den Mauerresten herum. „Lustig, ja?" frage ich den Burschen. Und wenn er mich nun geohrfeigt hätte, wäre ich zufrieden gewesen. Aber er antwortet arglos: „Lustig!" Das ist die Arglosigkeit der Seelisch-Imbezillen. Allmählich sieht er meinem Gesicht an, daß ich nicht „lustig" meine. Und schaut weg.

Schwärme russischer Soldaten sind auch in Sachsenhausen

tung und der Wirtschaft zu vergeben. Wir brauchen tüchtige Leute für die verstaatlichte Industrie und für viele Ämter in Bund, Ländern und Gemeinden und schließlich im Apparat vieler öffentlicher und privater Organisationen. Aber ein tüchtiger Fachmann muß nicht immer ein guter Parteigenosse sein. Wenn es sich nicht um Schlüsselpositionen handelt, ist es im Interesse der Sache besser, dem guten Fachmann und nicht dem guten Parteimann den Vorzug zu geben. Wenn er entspricht, ist es in Ordnung, wenn nicht, ist es um so leichter, ihn zu entfernen, da keine Parteirücksichten mitsprechen. Ein besonderer Moralkodex wird, da man die Menschen nicht überfordern soll, nur für bestimmte Schlüsselpositionen notwendig sein.

Aus dieser Überlegung sind zwei Folgerungen zu ziehen: Erstens, daß an Handlungen gerade eines sozialistischen Mandatars nicht nur in der Ausübung seines Mandats, sondern auch in der seines Berufes gewisse Maßstäbe zu legen sind. Zweitens, daß man weniger streng mit Parteimitgliedern ohne Funktionen in gehobenen Positionen ins Gericht gehen muß, daß aber umgekehrt die Partei daher auch keine Veranlassung hat, sich im Falle von Angriffen und Vorwürfen besonders vor sie zu stellen.

Warum machen wir zuerst Hitzingers und Huebers zu erstrangigen Parteifragen und stempeln solchermaßen Angegriffene sozusagen zu Märtyrern, nur, um schließlich festzustellen, daß sie einerseits bei günstiger Gelegenheit ins „kapitalistische" Lager überwechseln, oder daß andererseits der Untersuchung gegen sie dann doch freier Lauf gelassen werden muß. Wir brauchen für wirtschaftliche Positionen **Manager.** Sollte irgend etwas anscheinend nicht in Ordnung sein, ist es unklug, vorerst mit schwerem Geschütz zu ihrer Verteidigung aufzufahren. Es ist klüger, gleich nüchtern und sachlich zu untersuchen.

In diesem Zusammenhang darf nicht verkannt werden, daß an die Führung wirtschaftlicher Unternehmungen ganz andere Maßstäbe zu legen sind, als sie zum Beispiel in der öffentlichen Verwaltung üblich sind, wenn sich ein Unternehmen in der Konkurrenz mit der privaten Wirtschaft behaupten soll. Die Grenzen, wie weit zu gehen ist, müssen elastisch sein. Allerdings gibt es Grenzen, die nicht überschritten werden dürfen. Aber das ist eine Frage der jeweiligen Überprüfung. Wenn wir als Partei von vornherein Distanz halten, dann trifft ein Überschreiten der Grenze eben den Betreffenden, aber nicht die Partei. Tatsächlich beurteilt die breite Öffentlichkeit eine Partei zum wenigsten nach dem Inhalt des Programms, sondern vielmehr nach ihren Leistungen und dem Verhalten ihrer prominenten Persönlichkeiten. Ein tüchtiger Manager mit Parteibuch kann für ein Unternehmen wertvoll sein, er ist aber für die Partei deshalb keine prominente Persönlichkeit, und es ist ein Fehler, ihn dazu zu stempeln.

Solche Grenzen müssen Elastizität in zweierlei Hinsicht besitzen: Es gibt ganz allgemein in der geschäftlichen Praxis Grenzen, die ein nationalisiertes, also dem Staat und somit der Gesamtheit des Volkes gehörendes Unternehmen einhalten muß, selbst wenn daraus ein wirtschaftlicher Nachteil erstünde, und es gibt darüber hinaus in einem gleichgearteten Fall für den Sozialisten als Entscheidungsbefugten eine noch enger gezogene Grenze als für den Andersgesinnten. Hiefür können keine bindenden Verhaltensmaßregeln aufgestellt werden. Die Entscheidung unterliegt dem eigenen Ermessen, der Verantwortung vor dem Gewissen.

Wir sind von einer Klassen- zu einer Volkspartei geworden. Die Mitgliedschaft ist nur selten eine Gefahr für das berufliche Weiterkommen. Sie kann unter Umständen sogar dafür ein Vorteil sein. Der Beitritt ist eine einfache Sache, aber wer als Parteimitglied an eine führende Position kommt, steht mehr oder minder im Scheinwerferlicht. Es gibt gewisse Berufstätigkeiten, die im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehen, die an Stellungnahmen gebunden sind, die zugleich als persönliche Einstellung gewertet werden. Ein Sozialist kann in einer extrem gegnerischen Zeitung vielleicht noch Kulturkritiker sein, aber er wird nicht das innenpolitische Referat innehaben können. Ein Sozialist wird, sagen wir beim Industriellenverband ein Angestellter, aber nicht ein leitender Sekretär sein können. Es gibt eben Grenzen, die eingehalten werden müssen, denn wenn man es mit seiner Gesinnung ehrlich meint, kann man nicht über seinen eigenen Schatten springen.

Im Berufsleben müssen zum Broterwerb Tätigkeiten verrichtet werden, denn Arbeit ist Broterwerb und im gesellschaftlichen Sinne ist Arbeit Bedarfsdeckung, das heißt auf Erzielung von Ertrag beziehungsweise Einkommen gerichtete körperliche und geistige Tätigkeit des Menschen. Aber geistige Tätigkeit, in der man sozusagen eine Wendung um 180 Grad vollziehen muß, das heißt seine eigene Meinung und Gesinnung so negieren muß, daß man sich den gegnerischen Standpunkt und seine Verteidigung zu eigen macht, eine solche Einstellung wertet den Menschen und eine Bewegung, der er angehört, ab. Solches zu tun, macht den Beruf und schließlich auch die Mitgliedschaft zur Partei einfach zum „Job". So wie sich die geistigen Eliten

---

photographisch tätig. Sie sehen die Welt, wie alle Photomanischen, mit der Linse ihrer Kamera. Vor der Statue der Ausgemergelten, die in einem Laken einen Hunger-Leichnam zu Grabe tragen, stehen rundliche Sowjetsoldaten und lassen sich von anderen rundlichen Sowjetsoldaten photographieren. Wenn ich es nicht gesehen hätte, würde ich es nicht glauben, denn soviel Gefühlsidiotie ist unwahrscheinlich.

Ich haste weiter.

Eine Träne! Hat keiner eine Träne übrig?

Erdbunker. Nach der Befreiung des Lagers wurde diese unterirdische Gefangenenzelle entdeckt. Hier wurden in Dunkelarrest Gefangene bis zu ihrem Tode eingesperrt. Nähere Einzelheiten sind nicht bekannt, da es keine Überlebenden mehr gibt.

Da es keine Überlebenden mehr gibt ... Gut, daß eine Weile keine „Besucher" in der Nähe sind.

Zellenbau — Sondergefängnis der Gestapo und SS-Lagerführung.

Hier sind vergitterte Zellen. Eine mit Bett und Tisch. Andere mit Strohsäcken oder gar nichts am Boden. Dunkelzellen. Hier gingen „individuelle" Behandlungen vor sich ...

Englischsprechende passieren. — Mongolische Familie. — Lebhaft gestikulierende Negergruppe mit Teddybären an der Brust. — Auf Sächsisch: „Wo wolln wir essen gähn?"

Ich spreche mit einem Polen, der hier gefangen saß und jetzt russischen Soldaten Vorträge hält. Er sagt: „Mindestens ganz Oranienburg wußte Bescheid, was Sachsenhausen war! Sie sahen uns ja täglich zur Arbeit marschieren. Aber was kümmerten die sich drum, fanden es ganz in der Ordnung, waren ja alle Nazis." Ein Lichtblick: wie sich ein russischer Soldat mit einem deutschen anfreundet: indem er auf seine eigene Brustmedaille weist und mit wirklich glücklichen Augen sagt: „Lenin!" und den andern fragt, was er da für eine Medaille trage.

Vernichte in dir Mitleid und Mitgefühl — vernichte jeden Russen, jeden Sowjetmenschen — mache nicht halt, wenn vor dir eine Frau, ein Mädchen, ein Knabe steht — töte! — (Aus dem Merkbuch eines Hitlersoldaten.)

In einer Vitrine: Kinderschuhe, Judenstern, Haare, Gewebe aus Menschenhaar, Giftgasbüchse, Cyklon, Urne ... Ein russischer Soldat lacht auf. Über die Haare? Worüber lacht er? Hier lacht er, hier ...!

Internationale Säle über die Widerstandsbewegung gegen den Hitlerismus. Im Hof sehe ich eine Skulptur: drei wildleidende, abgezehrte Lagerinsassen. Zu deren Füßen sitzen drei stramme Russen und lassen sich von ihren Kameraden knipsen. Sinn für Symmetrie haben sie jedenfalls: 3 zu 3.

In Sanssouci gefielen mir die unschuldsvollen russischen Rekruten, in Sachsenhausen mißfallen sie mir — hier ist ihre Unschuld zu groß.

Es gibt keinen jüdischen Wohnbezirk in Warschau mehr. „Aus dem Vernichtungslager Treblinka wurden geschickt: 25 Waggons mit Kleidung, etwa 100 Waggons Schuhe, 22 Waggons Textilien, 40 Waggons Medikamente und ärztliche Instrumente, 12 Waggons Handwerkszeug, 260 Waggons Federn, Decken, Plaids, etwa 400 Waggons kleine Gegenstände (Füllhalter, Kämme, Küchengeschirr, Brieftaschen, Handtaschen, Spazierstöcke, Augengläser usw.). Außerdem 100 Waggons mit Lumpen verschiedener Art."

Großes Friedens-Glasmosaik. Expressives riesiges Kitschgemälde eines Professors aus Wien, ehemaligen Sachsenhausenhäftlings. Nicht ohne Stolz erzählt der Erklärer, wieviel von Sachsenhausen ausging, nicht ohne Belustigung, daß Wächter sich aus tätowierter Menschenhaut „die schönsten Lampenschirme" machten.

Es ist ihnen kein Gefühl gegeben, sowenig wie Verstand — nur Ressentiments und Rationalität. Ihnen von jetzt und ihnen von früher. Wenn die hier anders reagierten, gäbe es auch keine KZ. Es sind — dieselben.

In den Erdbunker schauen sie wie in jenen mittelalterlichen Seufzerbrunnen zu Würzburg ... Hätte ich einen Seufzer gehört! Ein Alibi für die Gottheit im Menschen! Aber Ermordete werden lediglich von ihren Familienangehörigen betrauert!

Im Zug „telephoniert" ein Kind auf einem blauen Telephon andauernd: „Ja, ich bin hier! Ja, hier bin ich!" Ich bin auch hier. Leider — bin ich — hier.

abgewertet haben, wird dadurch auch eine Partei abgewertet.

Man kann nämlich nicht nur, wie einstmals vom Journalisten Schmock gesagt wurde, „schreiben rechts und schreiben links", man kann auch verteidigen rechts und verteidigen links, man kann managen rechts und managen links und kann verwalten rechts und verwalten links. Aber es sollte doch einen reinlichen Trennungsstrich zwischen Sozialisten und Nichtsozialisten geben. Die Partei soll nicht mit der „Job"-Gesinnung identifiziert werden.

Schließlich sagt unser Parteiprogramm in seiner Grundsatzerklärung:

„Der auf Freiheit und Gerechtigkeit gegründeten Lebensordnung, die die Sozialisten erstreben, entspricht ihre sittliche Lebensauffassung. Ihrer Verwirklichung dient die sozialistische Bewegung als Gesinnungsgemeinschaft. Sie verlangt von ihren Anhängern, daß sie an Stelle des rücksichtslosen Kampfes für die eigenen persönlichen Vorteile die Aufgabe der menschlichen Gemeinschaft darin sehen, wirtschaftlich schwächeren oder sozial bedrängten Mitmenschen ohne Unterschied des Geschlechts, der Nation oder Rasse, der Religion oder Klasse, die Gleichberechtigung und den Frieden in Freiheit erreichen zu helfen."

Was für die Gesellschaft gilt, muß um so mehr für die eigene Person maßgeblich sein. Schließlich besteht die Gesellschaft aus Einzelnen. Das Bekenntnis zu einer sittlichen Lebensauffassung darf nicht nur ein Lippenbekenntnis sein, wenn wir zu einer besseren Gesellschaftsordnung kommen wollen.

Entscheidend ist nicht so sehr die Zahl der Parteimitglieder, sondern ihre Qualität. Die stärkste Anziehungskraft, die unsere Partei ausstrahlen kann, ist das Beispiel und das Vorbild unserer Mitglieder und somit die Lauterkeit unserer Bewegung, die dadurch gewährleistet wird.

Zur Diskussion über den Eichmann-Prozeß

Die Berliner Korrespondentin der „Frankfurter Rundschau", Annemarie Doherr, kritisierte kürzlich die deutsche Neigung, harte politische Tatsachen sentimental zu verniedlichen. Der nicht nur auf Deutsche beschränkten Neigung zur Verniedlichung und Selbsttäuschung wurde zweifellos durch den Prozeß gegen Adolf Eichmann ein heilsamer Schock versetzt. Das vom Jerusalemer Gericht nach einem wegen seiner Gründlichkeit und Fairneß allseits gepriesenem Verfahren gefällte Urteil kam nicht überraschend. Die Dokumente noch mehr als die Zeugen bewiesen schlüssig, daß der Angeklagte nicht, wie er darzutun versuchte, ein Rädchen in der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschine, sondern die treibende Kraft im Ausrottungsapparat von Millionen jüdischer Kinder, Frauen und Männer war — mitleidlos, fanatisch und so tüchtig, daß er sogar „Fleißaufgaben" im Massenmord leistete. Schon deshalb war seine Rechfertigung, er habe lediglich auf höheren Befehl gehandelt, hinfällig.

Eichmann und seine Spießgesellen wußten sehr wohl, daß die Vernichtung jüdischer und anderer „Untermenschen" gegen Recht und Sittlichkeit verstoße. Sie bejahten aber die zutiefst böse Doktrin des Nationalsozialismus und stellten deren brutale Verwirklichung höher als die Vorschriften von Religion und Moral. Man mag eine solche Geisteshaltung als krankhaft diagnostizieren und aus diesem Grunde die Vollstreckung des Todesurteils ablehnen. Man kann, wie in allen Fällen von krassen Verbrechen, Gnade vor Recht ergehen lassen wollen — obwohl eine Kreatur vom Schlage Eichmanns nicht besonders gnadenwürdig erscheint. Bedingungslose Gegner der Todesstrafe werden auch in diesem Fall von ihrer Überzeugung nicht abweichen wollen.

Die Diskussion über die Urteilsvollstreckung ist insofern verfrüht, als ja noch der Spruch des Berufungsgerichtes abgewartet werden muß*). Aber es ist doch nützlich, daß der Prozeß die Gemüter in der weiten Welt aufrüttelt und zur Stellungnahme über den Einzelfall hinaus veranlaßt. Die von isolierten Stimmen, wie dem „Economist" und dem Londoner „Sunday Telegraph" vertretene Auffassung, die nichtjüdische Öffentlichkeit solle sich in eine lediglich den Staat Israel angehende Frage nicht einmischen, beruht auf zwar gutgemeinten, aber nicht zutreffenden Erwägungen. Hier handelt es sich nicht etwa nur um eine israelische oder auch nur Juden betreffende Angelegenheit. Die Tragweite des Prozesses reicht weit über Israel hinaus.

Nicht wenige möchten an die Greueltaten, von denen sie durch Zufall verschont geblieben sind oder die sie doch heil überstanden haben, nicht wieder gemahnt werden. Manche möchten ihren Kindern und Enkeln das Vertrautwerden mit diesen tragischen Tatsachen ersparen. Auch die Besorgnis, daß ein Prozeß gegen einen so prominenten Judenschlächter wie Eichmann dem Antisemitismus neuen Auftrieb geben und gar einen Märtyrer für eine so schlechte Sache schaffen würde, wurde vielfach laut. In einer Studie von Yosal Rogat, die von einem amerikanischen Forschungsinstitut veröffentlicht wurde, sind alle diese Sorgen und Bedenken mit einigermaßen übertrieben anmutender Gründlichkeit gesammelt.

Es gibt vereinzelte kritische Stimmen, die mit wenig sympathisch anmutenden Argumenten für Eichmann plädieren. So gab die Wiener „Presse" zu erwägen, daß ja mehr als sechzehn Jahre zurückliegen, seitdem die Verbrechen begangen wurden, für die der Angeklagte verantwortlich ist: „Es sind, wie man entschuldigend sagen hört, Verbrechen aus politischer Verblendung. Warum also jetzt noch henken, wenn nicht nur, um Rache zu nehmen? Der millionenfache Mord ist unsühnbar, zwischen der Strafe und dem Ausmaß dessen, was Menschen wie dir und mir angetan wurde, besteht keinerlei Äquivalent mehr."

Die Ahndung von Verbrechen als Rache zu deuten, ist ein alter Trick jener, die Verbrechen entschuldigen wollen. Gerade in Österreich, wo in der letzten Zeit das braune Unkraut wieder gedeihen konnte, sollte man für Eichmann, der an der blauen Donau großgeworden ist und seinen Nationalsozialismus gelernt hat, keine Lanze zu brechen versuchen.

Die deutsche öffentliche Meinung kann im großen und

(Fortsetzung auf Seite 14)

*) Inzwischen hat das Oberste Gericht die Berufung zurückgewiesen und die Todesstrafe bestätigt. Das Urteil ist vollstreckt.

Niemals vergessen

Albert Sever

Aus Anlaß des 20. Todestages trafen sich am 10. Februar 1962 die Mitglieder des Ottakringer Bezirksvorstandes an der Grabstätte des Genossen Albert Sever und legten einen Kranz nieder.

Genosse Hubert Pfoch wies in seiner Ansprache darauf hin, daß der Monat Februar für den allen Ottakringern unvergeßlichen Genossen Albert Sever ein wahrer Schicksalsmonat war:

Am 11. Februar 1913 wurde sein bester Freund Franz Schuhmeier von einem politischen Gegner ermordet. Am 12. Februar des Jahres 1934 wurde seine Frau Ida bei dem Angriff der Polizei und des Heimatschutzes auf das Ottakringer Arbeiterheim von einer Kugel tödlich getroffen, und er selbst starb am 12. Februar 1942.

Dem damals Fünfundsiebzigjährigen haben diese Schicksalsschläge die letzten Lebensjahre sehr vergällt. Er konnte das Wiedererstehen der Partei, das er so sehr herbeisehnte, nicht mehr erleben.

Genosse Albert Sever hielt aber bis zu seinem Tode guten Kontakt mit der jungen illegalen Bewegung der Revolutionären Sozialisten.

Widerstand - ‚rechtmäßig' anerkannt?

Ein vielsagendes, daher gefährliches Urteil

Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe hat unlängst ein Urteil gefällt, das die Urteilsfähigkeit der deutschen Richter kaum weniger in Zweifel stellt als diejenige der Blutrichter des nazistischen Volksgerichtshofes. Die Hohen Richter mögen uns diesen Vergleich verzeihen, er soll auch keineswegs ihre persönliche Integrität in Zweifel stellen, aber ein Urteil, das an den Wurzeln menschlichen Anstandes rüttelt, kann und darf auf eine bessere Behandlung nicht Anspruch erheben.

Würde es sich nur um den verlorenen Wiedergutmachungsprozeß des Deutschen Georg B. aus Bremen handeln, bei aller Sympathie für diese Gegner des Naziregimes würde nichts dazu verleiten, gegen die Justiz in der Bundesrepublik zu polemisieren; auch dann nicht, wenn diese Justiz und ihre Träger bereits in früheren Fällen öfters Anlaß zu kritischer Auseinandersetzung geboten haben, und zwar in Fällen, die uns alle angehen.

Das jüngste Urteil des Bundesgerichtes stellt aber eine rechtliche und menschliche Maxime auf, die weit über Deutschlands Grenzen hinaus Beachtung und Mißbilligung verdient. Als „Präzedenzprozeß" aufgefaßt, würde er die Hohen Richter in Jerusalem, die ihren Schuldspruch gegen Adolf Eichmann, Sohn des Karl Adolf Eichmann gefällt haben, verpflichten, ihn von allen Punkten der Anklage freizusprechen.

Der in Bremen wohnhafte Georg B. hatte im September 1939, unmittelbar nach Hitlers Einmarsch in Polen, seinen Gestellungsbefehl zur Wehrmacht zerrissen. Bei der Erhebung seiner Entschädigungsansprüche gab er an, dies infolge einer sozialdemokratischen Erziehung und Tradition getan zu haben, weil er einerseits das Naziregime verabscheute, andererseits keine Beihilfe beim provokatorischen Angriff Hitlers zu leisten bereit war. Auch vor dem Kriegsgericht, vor dem sich Georg B. für diese mutige Tat zu verantworten hatte, verhehlte er seine politische Überzeugung nicht, und so wurde er denn zu einer „auffallend milde Strafe" (so der Bundesgerichtshof!) von dreieinhalb Jahren Festungshaft verurteilt. Von hier aus ist Georg B. in ein Strafbataillon versetzt worden, das sich mit lebensgefährlicher Minenverlegung beschäftigte. Er verweigerte wieder einmal den Gehorsam mit der Begründung, er wolle nicht bei der Aufstellung von Mordwaffen mitwirken, und ist vom Feldgericht dafür zu neuen eineinhalb Jahren Festungshaft veurteilt worden.

Georg B. glaubte nun zu Recht, nach wiedereingeführter demokratischer Rechtsordnung von den geltenden Gesetzen Gebrauch machen zu dürfen, und begehrte eine Entschädigung für die ihm entzogene Freiheit in der Höhe von 10.050 DM. Für die Gesundheitsschäden, die er in der Festung und beim Strafbataillon gezwungermaßen erlitten hatte, verlangte er eine Rente in Höhe des Diensteinkommens eines einfachen Beamten.

Das Landgericht lehnte die Entschädigungsforderungen des Georg B. ab. Das Oberlandesgericht sprach ihm eine teilweise, einmalige Entschädigung zu. Dieses Urteil ist aber nun vom Vierten Zivilsenat des Bundesgerichtshofes mit einer Begründung aufgehoben worden, deren Sturheit nicht mehr zu überbieten ist.

Die Bundesrichter waren nicht geneigt, das Zerreißen des Gestellungsbefehls als eine Handlung anzuerkennen, die dem Kläger seine politische Gesinnung und Gesittung diktierte, und zwar, weil seine Widerstandshandlung nur dann als „rechtmäßig" anerkannt werden könnte, „wenn sie nach ihren Beweggründen, Zielsetzungen und Erfolgsaussichten als ein ernsthafter und sinnvoller Versuch bewertet werden kann, den bestehenden Unrechtszustand zu beseitigen."

Die Wehrdienstverweigerung des Georg B. konnte aber die Naziherrschaft nicht ernst bedrohen, sein Ausfall als Soldat hat die Wehrmacht nicht nennenswert geschwächt, sein Beispiel hat keine Schule gemacht, es war eine Einzelaktion, die nach Ansicht der Bundesrichter „keinen lebens- und entwicklungsfähigen Keim des Erfolges in sich trägt". Würde man Georg B. die Entschädigungsgelder zuerkennen, so wäre er nach Ansicht des Vierten Zivilsenats des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe „unberechtigterweise gegenüber jenen bevorzugt, die ebenfalls den Nationalsozialismus ablehnten, es aber als ihre Pflicht ansahen, sich dem von der staatlichen Gewalt geforderten Wehrdienst nicht zu entziehen und die diesen Entschluß ebenfalls mit schweren Opfern bezahlen mußten." Wer die Stupidität dieser Urteilsbegründung nicht auf den ersten Blick erfaßt hat, dem ist nicht zu helfen.

Hier gleich ein Beispiel: Adolf Eichmanns Verurteilung zum Tode, wird für alle Zeiten das Gewissen der Richter des Vierten Zivilsenats des Bundesgerichtshofes zu Karlsruhe belasten. Denn würden diese ihr — (das Wirtschaftswunder durch ein Justizwunder in Schatten stellendes) — Urteil etwas früher gefällt haben, vielleicht wäre Adolf Eichmann eingefallen, aufzustehen und zu erklären:

„Meine Herren Richter! Es stimmt zwar, daß ich der SS und der Gestapo angehört habe, an der Spitze eines Büros gestanden bin, dessen Aufgabe es war, Millionen von Juden von dieser auf jene Welt zu befördern. Aber, verstehen Sie doch und beherzigen Sie freundlichst das Urteil des Vierten Zivilsenats des Bundesgerichtes von Karlsruhe: Wäre ich nicht der SS beigetreten, würde ich mich geweigert haben, in der Gestapo zu dienen, wäre dies nicht eine Einzelaktion gewesen, die an den Verhältnissen nichts habe ändern können und mich außerdem der Gefahr einer Festungshaft ausgesetzt hätte? Und würde ich es abgelehnt haben, am Judenmord aktiven Anteil zu nehmen, wäre das denn eine geeignete Handlung gewesen, der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in nennenswertem Ausmaß Abbruch zu tun? Die SS und die Gestapo hätten mein Fehlen überwunden. Das Eichmann-Büro hätte zwar einen anderen Namen getragen, aber die Juden wären ohnehin ermordet worden. Weshalb bin ich also schuldig: hätte denn mein Widerstand — um die Richter des Vierten Zivilsenats zu zitieren — *einen lebens- und entwicklungsfähigen Keim des Erfolges in sich getragen?*

Wenn man der Logik der Karlsruher Richter folgt, ist gegen Eichmanns Argumentation schwer Einwand zu erheben. Und sie kann mit mehr oder weniger „Erfolgsaussichten" von jedem beliebigen Nazi vorgebracht werden, soweit er nicht das Pech hatte, verurteilt zu werden, bevor dieses wahnwitzige, jeder menschlichen Moral spottende Urteil gefällt wurde.

Weshalb feiern wir eigentlich noch die Helden des Warschauer Gettos? Wozu sehen sich die Berliner in Massen die dramatisierte Version von John Herseys „Die Mauer" an? Haben denn die Ghettokämpfer nicht im voraus gewußt, daß ihr Aufstand ein vergeblicher Widerstand ist, daß er *„keine geeignete Handlung ist, der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in nennenswertem Ausmaße Abbruch zu tun"*? Zu einer Zeit, in der Warschau noch fest in den Händen jener Nazi-Soldateska lag, der zu dienen Georg B. in lobenswerter Weise ablehnte, bestand ja in den Augen der Widerstandskämpfer im Ghetto kein Zweifel darüber, daß ihr *„Widerstandsversuch keinen lebens- und entwicklungsfähigen Keim des Erfolges in sich trägt"*. Sie haben es den Richtern des Vierten Zivilsenats zu Trotz getan, weil sie überzeugt waren, daß Moral nicht vom Erfolg abhängt, daß man ein anständiger Mensch unter Schurken sein kann, ohne deshalb Erfolg zu haben;

Die Mitarbeiter

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossen mitgearbeitet:

Rupert Gmoser, Hein Hamacher (Köln), Josef Hindels, Ernst K. Herlitzka, Fritz Klenner, Wilhelm Krell, Hubert Mader, Rudolfine Muhr, Oskar Passauer, Hilde Rubinstein, Franz Heigelmayr, Rudolf Trimmel, Zeev Ben-Zakan.

in den meisten Fällen sind die Schurken die Erfolgreichen.

Die Karlsruher Richter haben aber nicht nur sich ins richtige Licht gesetzt, sie haben es unwillkürlich auch mit dem überwiegenden Teil des deutschen Volkes getan.

Denn Georg B. — das wurde ihm nun höchstgerichtlich bestätigt — war ein Einzelfall. Seine Demonstration hatte nicht Schule gemacht. Aber weshalb soll Georg B. dafür büßen, daß die überwiegende Mehrheit der Gestellungsbefehl-Empfänger eben es als *„ihre Pflicht ansahen, sich dem von der staatlichen Gewalt geforderten Wehrdienst nicht zu entziehen"*? Sie haben sich noch so manchen Forderungen der „staatlichen Gewalt" nicht entzogen: Adolf Eichmann hat ja allein nicht sechs Millionen Juden und Dutzende von Millionen Angehöriger anderer Nationen umbringen können! Daß sie schon damals „den Nationalsozialismus ablehnten", erfuhren sie erst jetzt von ihren höchsten Richtern.

Georg B., auf dessen Namen man am liebsten einen Wald in Israel pflanzen möchte, der es verdient, von allen aufrechten Menschen in seinem eigenen Land und in der gesitteten Welt respektiert zu werden, wird nun also weder für den Entzug seiner Freiheit noch für die ihm zugefügten Gesundheitsschäden entschädigt. Das deutsche Wirtschaftswunderland will sein Geld nicht für Georg B. verschwenden. Es braucht dieses Geld für wichtigere andere Zwecke.

Über einen dieser Zwecke berichtete die deutsche Presse erst dieser Tage. Johannes von Leers, alias Dr. Omar Manin von Leers, mit dem Domizil in Kairo, Ex-Spezialist für Rassenkunde und Autor des antisemitischen Schmierwerkes „Juden sehen dich an", ließ durch seine Ehefrau, Gesine von Leers, beim Auswärtigen Amt zu Bonn (dessen neuer Verwalter, Bundesaußenminister Gerhard Schröder, einige Zeit in der SA diente, weil er schon damals das spätere Urteil des Vierten Zivilsenats ahnte, seine Dienstverweigerung wäre kaum dazu geeignet, der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft Abbruch zu tun oder einen lebens- und entwicklungsfähigen Keim des Erfolges in sich tragen) nachfragen, ob ihrem Nazi-Gatten im Falle der Rückkehr in die Bundesrepublik Strafverfolgung drohe. Die Antwort des Auswärtigen Amtes lautete: Nein. Leers emigrierte zwar 1950 nach Argentinien und verfaßte dort als gefeierter Nazi weitere antisemitische Hetzschriften, doch kam er jetzt darauf, daß ihm nach Paragraph 131 des entsprechenden Heimkehrergesetzes eine Pension als Versorgungsberechtigter in der Höhe einer vierstelligen DM-Zahl zusteht.

Die Bonner Demokratie hat also Geld führ den Naziverbrecher, der in seinem Buch „Adolf Hitler" seine „mythische Blutsverbundenheit mit dem Führer" rühmte, aber nicht für einen Georg B., den erfolglosen Einzelgänger.

Ob die Bonner Demokratie darauf und auf ihren Vierten Zivilsenat stolz sein kann?

Das grausigste Geschäft der Geschichte

Im Jahre 1956 erschien im Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, ein Buch von Aleft Weißberg: „Die Geschichte von Joel Brand." Das Buch schildert die Aktionen einer jüdischen Widerstandsgruppe in Ungarn, deren Leiter, Joel Brand, mit dem SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann wegen des „grausigsten Geschäftes der Geschichte" verhandeln mußte. Joel Brand lebt als Korrespondent israelischer Zeitungen in Deutschland. Er hat das folgende Porträt des Massenmörders geschrieben.

„Sechs Millionen Menschen getötet zu haben, bereitet mir eine gewisse Befriedigung. Ich werde lachend in die Grube springen." Seit einigen Wochen weiß die Weltöffentlichkeit, daß der Mann, der diese Worte aussprach, nicht in die Grube gesprungen ist, sondern in einem israelischen Gefängnis sitzt. SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann, der meistgesuchte Kriegsverbrecher.

Adolf Eichmann ist die Verkörperung des nationalsozialistischen Mörders schlechthin: die abgehackte Redeweise, der wiegende Gang des passionierten Reiters, die Arroganz des Auftretens, gepaart mit einer krankhaften Pedanterie, sind die hervorstechendsten äußeren Eigenschaften dieses Mannes. Hinzu kommt der Zynismus der sogenannten „Herrenmenschen". Er ließ zahllose Legenden um seine Person entstehen. So förderte er die Version, er sei in der Nähe Tel Avivs als Sohn eines Templers geboren. In Wirklichkeit kam er am 24. März 1906 als Sohn eines Werkmeisters in Solingen zur Welt und wuchs — nachdem sein Vater nach Linz übergesiedelt war — in Österreich auf. Ein schmächtiges Bürschchen, das von Mitschülern oft wegen seines jüdischen Aussehens gehänselt wurde.

Unbefriedigtes Geltungsbedürfnis trieb ihn in die Reihen der Nazipartei Österreichs. 1932 ging er nach Deutschland. Die Uniform der SS schien ihm die angemessene Kleidung zu sein, war er doch schon in Österreich mit Vorliebe nur in Reithosen und Schaftstiefeln herumgelaufen.

Seine große Stunde kam, als er von Heydrich zum Leiter der Judenabteilung im Reichssicherheitshauptamt ernannt wurde. Dieses Amt sollte zum Befehlszentrum des Massenmordens werden. Als auf der berüchtigten Wannseekonferenz am 20. Januar 1942 die Pläne für die Vernichtung der elf Millionen europäischen Juden ausgearbeitet wurden, übernahm er die Leitung der von der Reichsregierung beschlossenen „Endlösung".

Eichmann gründete die Einsatzkommandos, die während des Rußlandfeldzuges ihr grausiges Werk im Osten begannen. Nachdem „erst" zwei Millionen Menschen getötet worden waren, bezeichnete Eichmann diese Methode als zu langsam. Zusammen mit dem Kommandanten von Auschwitz erfand er das System des Vergasens in eigens hierfür gebauten großen Räumen. Protokolle der Besprechungen mit dem KZ-Lagerkommandanten Hoess gehören zu den Belastungsbeweisen gegen Eichmann, der sonst alle Dokumente vernichten ließ. Am liebsten fuhr er selbst in die Landstriche Europas, in denen das Judenmorden beginnen sollte, um seine Anweisungen persönlich zu geben.

Eichmann litt während der ganzen Jahre seiner Tätigkeit darunter, daß er aus Tarnungsgründen nur den Rang eines Obersturmbannführers bekleiden durfte. Schließlich war er der mächtigste Mann im Judenausrottungsplan und konnte über Menschenleben gebieten, als handle es sich um Schlachtvieh. Erst als er das Ende des Krieges vor sich sah, ließ er die Maske fallen. Er war nach Budapest gekommen, um hier die Ausrottung einer Million ungarischer Juden in die Wege zu leiten. Umgeben von auffallenden Mätressen, spielte er die Rolle eines römischen Statthalters und veranstaltete große Gelage. Mit beispiellosem Zynismus arbeitete er einen Plan aus, der zum grausigsten Geschäft der menschlichen Geschichte werden sollte.

Am 25. April 1944 ließ er mich (ich war ihm durch seinen Spionagedienst als Leiter der jüdischen Widerstands- und Rettungsorganisation bekannt) zu sich bringen und machte mir den Vorschlag: „Ware für Blut — Blut für Ware." Ich sollte in Konstantinopel, wohin er mich mit einem deutschen Paß und einem deutschen Kurierflugzeug bringen ließ, den Kontakt mit alliierten und jüdischen Behörden aufnehmen, um ihnen eine Million lebende Juden im Tausch gegen zehntausend Lastkraftwagen anzubieten. Eichmann war bereit, hunderttausend Juden als Vorschuß ins neutrale Ausland bringen zu lassen, wenn innerhalb von zwei Wochen eine bejahende Antwort gegeben werde.

(Fortsetzung auf Seite 14)

Eine Bitte an unsere Mitarbeiter

Wir bitten alle Genossen, die uns Briefe, Berichte oder Beiträge einsenden, die für unsere Zeitung „Der sozialistische Kämpfer" bestimmt sind, alle Manuskripte immer nur e i n s e i t i g zu beschreiben.

DEMOKRATIE DIKTATUR UND DUMMKÖPFE

Hitler in uns selbst

Das Horst-Wessel-Lied erklingt am Ring in Wien. Auf das Parlament wird geschossen. Jüdische Friedhöfe werden geschändet. Gibt es schon wieder Nazi? In Rundfunk, Fernsehen, der Presse, im Parlament und in der Regierung taucht immer öfter die Diskussion über das Problem des Neonazismus auf. Sind es politisch etwig gestrige Fanatiker von Anno dazumal oder nur Lausbuben, die hier wieder neues Unheil stiften?

Ja, aber wen interessiert das Ganze schon? Hitler, Nationalsozialismus, Judenvernichtung, Krieg, Bomben und Chaos liegen doch schon fast wie ein unglücklicher Traum weit hinter uns. In Österreich gibt es keine Diktatur mehr. Wir sind wieder Demokraten geworden. Wenn es am Morgen an der Tür klingelt, wissen wir, daß es die Milchfrau ist und nicht ein Angehöriger der Staatspolizei. Sicherlich haben wir auch heute noch mancherlei Sorgen. Aber einen Großteil der Menschen in diesem Land ist es noch nie so gut gegangen wir in den letzten Jahren. So könnte man trotz allen Wenn und Aber mit der Entwicklung zufrieden sein und demokratischer Wohlfahrtsspießer werden. Laßt die Vergangenheit ruhen. Was rühren wir immer noch an den alten Geschichten? Wir Wirtschaftswunderkinder haben es doch längst erkannt und verkünden es jedem, der es hören will: Politisch Lied, ein garstig Lied. Am besten ist, wir scheren uns um den Kram gar nicht.

Hitler und Demokratie

Genau das ist der Punkt, an dem wir, und mit uns die Demokratie, mit einer Erscheinung wie Hitler und den ungeheuren Ereignissen, die mit diesem Namen verbunden sind, nicht fertig werden. In der politischen Verfassung, im wirtschaftlichen und sozialen Leben hat sich vieles seit damals verändert, aber geistig ist die Auseinandersetzung zwischen Diktatur und Demokratie, zwischen Freiheit und totalitärem Zwang, zwischen Sklaventum und menschlicher Würde seither in manchem eher noch schwieriger geworden. In unserer Zeit ist einfach „alles gar nicht so schlimm". Was ist schon dabei, wenn man Begriffe wie Demokratie, Freiheit und Menschlichkeit glücklich bereits so weit entwertet hat, daß man über sie als Phrasen nur noch leise lächelt. Es ist doch nur realistisch und nichts Schlimmes, wenn man sich zum Lebensprinzip macht, daß man heute nicht mehr mit Anständigkeit, sondern nur mit Ellbogentechnik weiterkommt. Das praktizieren doch die meisten.

Aber was soll denn das mit Hitler zu tun haben? Es hat mit einem konkreten Mann rein äußerlich sehr wenig zu tun. Hitler ist letztlich doch nur Repräsentant einer Lebenshaltung und einer geistigen Strömung die lange schon vor Hitler da war und bis heute immer noch existiert, in Ost und West. Der Hitlerismus muß sich nicht unbedingt in Massenvernichtungslagern zeigen, sondern Hitler, das heißt das System der Unmenschlichkeit, beginnt im kleinen, in der Politik genauso wie im persönlichen Leben. Es beginnt damit, daß man auch in einer Demokratie sehr viele findet, die nicht mehr diskutieren können, obwohl es so schön heißt, Demokratie ist Diskussion. Menschen können einfach nicht mehr zuhören. Sie sind nicht taub, sie sind nur überzeugt, daß es sich für sie nicht auszahlt, sich mit der Meinung eines anderen auseinanderzusetzen. Am besten läßt man den, der eine andere Meinung vertritt als man selbst, gar nicht ausreden, sondern schreit ihn nieder.

Lauter Dummköpfe

Eine Art neuer Massenglaube scheint in der Demokratie aufzukommen: Es gibt ungefähr drei Milliarden Menschen auf der Welt. Diese sind bis auf eine einzige Ausnahme lauter Dummköpfe: Die Ausnahme ist man selber. So kann aus der Demokratie eine Demokratur, ein Zerrbild der Demokratie, werden. Man ist nicht bereit, den anderen gelten zu lassen. Toleranz ist ein Fremdwort. Die Nachwirkungen der Diktatur ersieht man auch daran, daß nur zu oft, selbst im heutigen Österreich, der Mut zur eigenen Meinung, die Zivilcourage und jegliches Rückgrat fehlen. Wer weiß, was passieren könnte, wenn ich den Mund aufmache. Man möchte doch auch Karriere machen. Wer übernimmt heute schon gern Verantwortung? Warten wir lieber eine Weisung „von oben" ab.

Wenn in manchen österreichischen Gerichtsprozessen und auch in der politischen Auseinandersetzung der jüngsten Vergangenheit wieder viel von dem geredet wird, über welches die meisten eine Decke des Schweigens gebreitet haben, dann sollte uns nicht Haß- und Rachegefühl erfüllen. Aber wir dürfen noch weniger mit Gleichgültigkeit zur gewohnten Tagesordnung übergehen, sondern wir sollten einmal versuchen, wirklich ein wenig aus der Geschichte zu lernen. Wie viele gute Vorsätze haben wir alle gehabt, als es uns schlecht ging. Wie wenig von diesen Vorsätzen wird heute in der Zeit der Hochkonjunktur praktiziert.

Der Ruf nach der Freiheit des Geistes, der doch allein jeglichem Wesen den Adelsbrief der Menschlichkeit ausstellen kann, hat leider auch in Ländern ohne Gestapo und GPU einiges von dem alten Feuer verloren, das die Menschen einst auf die Barrikaden geführt hat. Freiheit fordert Anstrengung, und erst am Ende des Kampfes mit uns selbst erleben wir, daß die Mühsal, die wir uns für sie auferlegt haben, uns stärker gemacht hat. Viele sind heute zu müde oder zu gleichgültig geworden, um sich noch anzustrengen. Sie wollen Sicherheit und nicht Freiheit. Und das wird auch in der demokratischen Gesellschaft von heute zu einer Gefahr. Wenn den Menschen in der freien Welt die Freiheit das Wichtigste wäre, könnten die Regierungen nicht so handeln, wie sie es oft tun.

Statt sich daran zu machen, die Welt so zu gestalten, daß die freie Entfaltung der Persönlichkeit, die wir fordern, Wirklichkeit werde, flüchten die Menschen in Traumfabriken und Illusionen. Informationen über Prinzenhochzeiten und Lustmorde werden wichtiger als die Freiheit und ihre Wagnisse.

Vor der Gefahr, daß sich ein Hitler immer wiederholen wird, solange Menschen auf dieser Welt leben, gibt es nur eine Rettung: die Bildung. Nicht die Ausbildung, die nur Antworten auf von außen gestellte Fragen ermöglicht, sondern Bildung, die damit beginnt, daß sie den Menschen fähig macht, sich selber in Frage zu stellen, die Welt, in die er gestellt ist, in Frage zu stellen und sein Verhältnis zu dieser Welt fragwürdig zu finden. Und die ihm den Mut gibt, die Ausweglosigkeit des Fragens nach Rezepten auf sich zu nehmen. Das ist das Abenteuer, das einer unternimmt, der sein Leben unter das Gesetz des Geistes stellt. Es ist das einzige unüberwindliche Bollwerk gegen jede Diktatur, wo immer und von wem sie auch ausgehen mag.

Zwei Schutzbündler aus dem Neumann-Hof zum Tod verurteilt.

Der Standgerichtssenat des Vizepräsidenten Zeidler beim Wiener Landesgericht I führte gestern den Prozeß gegen die zehn Meuterer vom Neumann-Hof zu Ende. Ueber den 26jährigen Bauzeichner Emmerich Seiler und den 22jährigen Schlossergehilfen Josef Kastinger wurde das Todesurteil gefällt. Ein weiterer Angeklagter erhielt sieben Jahre Kerker, während die übrigen Fälle dem ordentlichen Gericht überlassen bleiben.

Gegen die zehn Schutzbündler vom Neumann-Hof wurde gestern vom Senat des Vizepräsidenten Dr. Zeidler (Landesgericht Wien I) das Standgerichtsverfahren wegen Aufruhrs fortgesetzt. Für den Angeklagten Sinn hatte die Verteidigung nachträglich Dr. Gürtler übernommen. Als Zeuge kam zunächst der Sicherheitswachebeamte Ottokar Kurosek zur Einvernahme. Er erklärte, daß von den Schutzbündlern ein Maschinengewehr gegen die Brandmauergasse in Aufstellung gebracht worden sei. Bezirksinspektor Grafenauer teilte in seiner Zeugenaussage mit, daß er die angeblichen Hilferufe aus dem Neumann-Hof nicht gehört habe. Die Schüsse, die vom Haus her aus dem Tanzsaal abgegeben wurden, seien zum Teil aus einer Maschinenpistole gekommen.

Sodann wurde als Zeuge Polizeikommissär Dr. Ulbing gehört, der seinerzeit das Protokoll mit dem Angeklagten Mosko aufgenommen hat. Der Angeklagte habe keinen verängstigten Eindruck gemacht und erst dann gestanden, als er dem Beschuldigten Kastinger gegenübergestellt wurde, der zu Mosko sagte:

„Jetzt ist schon alles Wurst, sag' es!"

Mosko habe auch angegeben, daß Seiler und Sinn die Kommandanten gewesen seien. — Verteidiger Dr. Gürtler (zu Sinn): Warum sind Sie aus dem Schutzbund im Jahre 1928 ausgetreten? — Angekl. Sinn: Ich war bis 1928 dabei, habe aber gesehen, daß wir die Angeführten sind.

Wir haben ja auch jetzt gesehen, daß Genosse Deutsch im Auslande sitzt und jetzt vielleicht über uns Zeitungsartikel schreibt.

Hierauf macht Korporal Schreiber vom Feldjäger-Bataillon zu Rad Nr. 4 seine Zeugenaussage. Er gab an, daß beim Vorgehen auf den Neumann-Hof aus den Fenstern mit Mannlichergewehren geschossen wurde. Feldwebel Johann Schmidt schilderte die Beschießung der Feldjäger-Patrouille, bei der Hauptmann Gieb getötet wurde. Nach jeder Handgranatendetonation sei aus den Fenstern des Tanzsaales herausgeschossen worden, so daß dem Militär ein Vormarsch nicht möglich war. Es mußte erst die Explosion einer geballten Handgranatenladung erfolgen und ein schweres Maschinengewehr aufgestellt werden. Dann sei von drinnen der Ruf herausgedrungen: „Ergebt euch nicht, wir sind eingeschlossen!"

Sie verwendeten Dumdumgeschosse

Wie der Feldjäger Beczechar mitteilte, ist knapp vor der Uebergabe aus dem Neumann-Hof noch eine sogenannte „Schmierbüchse" auf das vordringende Militär geworfen worden. Hauptmann Lutsch stellte fest: Die von den Schutzbündlern verwendeten Geschosse sind innerhalb des Mantels dreimalgespalten gewesen.

Bei einem solchen Geschoß ist zwar der Einschuß normal, doch zerreißt es beim Ausschuß den Körper.

Dies hat man auch bei dem gefallenen Hauptmann Gieb beobachtet, bei dem der Schuß glatt durch den Stahlhelm ging, während das Geschoß dann das Gehirn zerrissen hat. Die Schutzbündler waren mehr als kriegsmäßig ausgerüstet; es waren keine Gegner, keine Menschen, sondern Bestien, die das gemacht haben.

Hierauf sagte Verteidiger Dr. Gürtler: Ich erlaube mir, hier das Originalurteil des Landesgerichtes Linz vom 5. November 1923 vorzulegen. Jemand hat damals den Doktor Deutsch einen Schuft genannt und gesagt, er wolle den Wahrheitsbeweis dafür erbringen. Ich erbrachte ihn durch Zeugniseinvernahme und das Landesgericht Linz hat ausgesprochen: „Das Verhalten des Dr. Deutsch stellt einen Treu- und Eidbruch dar, wie er im gewöhnlichen Leben als Schufterei bezeichnet wird.

Schufterei ist die richtige Bezeichnung für den Charakter und die Handlungsweise des Dr. Deutsch.

Trotzdem hat sich Oesterreich durch weitere elf Jahre noch diesen Dr. Deutsch als Führer gefallen lassen. Mein Klient Sinn ist aus der Mörderbande, die sich Republikanischer Schutzbund nannte, im Jahre 1928 ausgetreten.

Als der Zeuge Josef Gaßler, ein aus der Haft vorgeführter Schutzbündler, angab, daß er aufgefordert worden sei, ein Gewehr zu nehmen, um sich gegen die Polizei zu verteidigen, sagte der Vorsitzende: Gegen die Polizei braucht man sich doch nicht zu schützen! Sie tut ja einem anständigen Menschen nichts, nur einem Haderlumpen! — Von den weiteren Zeugenaussagen war besonders die des Franz Ohnesorge bemerkenswert. Auch er war damals im Lokal der Aktion „Jugend in Not" im Neumann-Hof. Dort hätten ihm bewaffnete Burschen gesagt, er soll in den Keller hinuntergehen. Einer der Burschen schrie, er würde ihn erschießen, wenn er sich nicht ganz ruhig verhalte.

Die Verteidiger stellten nun eine Reihe von Beweisanträgen, auf die Staatsanwalt Dr. Kadecka erwiderte: Aufruhr ist qualifizierter Aufstand. Jeder, der sich einer solchen Aktion zugesellt, ist ebenso schuldig der Zusammenrottung, auch wenn er nicht Schutzbündler ist. Ich kann nicht zugeben, daß das Beweisverfahren verschleppt und verzögert sowie durch ganz irrelevante Dinge irregeführt wird. Ich bitte daher, alle Anträge abzuweisen. — Die Verhandlung wurde sodann bis 5 Uhr nachmittags unterbrochen.

Sechs Fälle ausgeschieden.

Um 5 Uhr nachmittags verkündete der Vorsitzende den Gerichtsbeschluß, mit dem alle Beweisanträge abgelehnt wurden. Als letzter Zeuge wurde noch der 14jährige Rudolf Ruzicka einvernommen. Der Knabe, der zur Zeit der Kämpfe im Neumann-Hof gewesen hat, sagte, daß er ebenfalls in den Keller hinuntergeschafft worden sei. Schließlich gab er noch an, daß er Mitglied der Vaterländischen Front sei. — Vors.: Was hast du dann dort gemacht? — Zeuge: Ich hab' schauen wollen, ob sie Waffen haben. — Nach der Einvernahme des Kindes stellte Hofrat Dr. Kadecka den Antrag, bezüglich der Angeklagten Sinn, Wechoda, Slovacek, Eisentölbl, Tlatz und Rode den Fall dem ordentlichen Gericht zu überweisen. Er sei keineswegs von der Schuldlosigkeit überzeugt, müsse aber doch bei der schweren Tragweite eines standrechtlichen Verfahrens und da der Beweis nicht restlos erbracht sei, gegen diese sechs eine Verhandlung im ordentlichen Verfahren beantragen. Diesem Antrag wurde vom Senat stattgegeben.

Todesurteil über Seiler und Kastinger.

Um 21 Uhr 03 Minuten verkündete der Vorsitzende, Vizepräsident Dr. Zeidler, folgendes Urteil: Die Angeklagten Seiler, Kastinger und Mosko wurden des Verbrechens des Aufruhrs schuldig erkannt, Seiler und Kastinger zum Tod durch den Strang, Mosko, der erst 18 Jahre alt ist, zu sieben Jahren schweren urteilt. Der Letztangeklagte A wird an das ordentliche Ger

Spital liegenden verletzten Jahner wurde abgelehnt.

Der Standgerichtshof sprach geklagten Karl Swoboda verurteilte ihn zum Tode Strang.

Bezüglich der Angeklagten Joh Karl Fänzl wurde der Beschl Zweifel bezüglich des subjekti des bestehen, den Akt zur

Zur Begründung des Urte Vorsitzende aus, daß durch Zeu wiesen ist, daß der Angekl revolutionäre Aeußerungen unter anderem gesagt hat, da gewalt gegen die Polizei vorge müsse. Der Angeklagte hat f daß er Leute gesammelt, da gabe der Waffen selbst dabei besondere den Auftrag beka holen. Er war bei der „Schmierbüchsen", die einen Sprengstoff enthalten, dabei auch eine solche bekommen. Keller gegangen, hat dort Ge und verteilt. Er hat auch im Marx-Hof mitgewirkt. Da er e Führerrolle spielte, waren auszusetzungen nicht gegeben, st strafe auf eine schwere Kerk kennen.

Das Todesurteil an Ka wurde um 10 Uhr nachts

Zwei Todesurte St. Pölten

Gestern wurde in St. Pöl gerichtsverhandlung gegen ach die im Juni

Der Morg

Ein Döblinger Schutzbundführer hinge

Um ½10 Uhr vormittags trat gestern unter Vorsitz des Hofrates Dr. Fröhlichstal ein Standgericht beim Landesgericht II zusammen. Die Anklage wurde von dem Ersten Staatsanwalt Dr. Hellriegl vertreten. Angeklagt waren der 36jährige städtische Arbeiter Emil Swoboda, der 34jährige Schlossergehilfe Johann Sturm und der 38jährige Autreichergehilfe Karl Fänzl. In der Anklage wurde ausgeführt: Am 12. d. gegen 6 Uhr abends patrouillierte Oberwachmann Jahner in der Gunoldstraße. Er wurde von mehreren Personen überfallen und durch Gewehrschüsse schwer verletzt, worauf er in einem Kaffeehaus Zuflucht suchte. Mehrere Wachleute eilten Jahner zu Hilfe; sie wurden in der Nähe der Barawitzkagasse und Gunoldstraße neuerdings beschossen, wobei der Revierinspektor Heinrich Kainz durch einen Bauchschuß tödlich verletzt wurde. Seine Mörder konnten nicht eruiert werden, dagegen konnte festgestellt werden, daß die drei Angeklagten auf Jahner geschossen hatten. Ihre Handlung an sich wäre versuchter Meuchelmord; im Zusammenhang mit der Zusammenrottung fällt die Tat jedoch unter den Tatbestand des Aufruhrs. Swoboda war Gruppenführer des Schutzbundes. Auf Befehl hat er am Abend des 12. d. den Sportplatz des Vereines „Kinderfreunde" in der Heiligenstädterstraße aufgesucht, wo bereits 15 Schutzbündler versammelt waren.

Dort empfing er vom Schutzbundkommandanten Otto Müller Handgranaten und außerdem die Weisung, bei d meister Paseka Gewehre a

Mit elf ihm unterstellten Schutz Swoboda die Waffen, verteilte Genossen und begab sich mit Karl-Marx-Hof. Unterwe Feuerüberfall auf Revierinspekto geschehen. Im Karl-Marx-Hof h mit vielen anderen Schutzbündl Polizei, die das Haus stürmen schossen. Die Angeklagten Sturm haben sich an dem Feuerüberfall

Alle drei Angeklagten verantw dahin, daß sie als Zweck ihrer angenommen hätten, sie sollten gr schreitungen verhindern, indem sie auf dem Karl-Marx-Hof hinder Straße zu gehen. Die Zeugen bes wesentlichen die Angaben der Ai wobei

einer der Zeugen, der von einem haus in der Nähe die Schieße obachtete, dezidiert erklärte, die A geklagten erkannt den verletzten Wac

Die Hausmeisterin d straße 76 gab an, d ichen in den Keller waren und von do kamen. Wie die Ge kommen seien, wisse Verteidigung auf augenscheinlich sowie

Seite 2 — Nr. 46

Vizekanzler Fey über die St

Gestern Sonntag fand in der Umgebung von Strebersdorf eine Gefechtsübung des niederösterreichischen Wiener Heimatschutzes statt.

Nach der Uebung, der auch Staatssekretär Schönburg-Hartenstein beiwohnte, hielt Vizekanzler Major Fey an die versammelte Heimwehr eine Ansprache. Der Vizekanzler dankte [illegible] für ihre Leistungen, ermahnte sie wehren für ihre Pflicht, für Oesterreich zu kämpfen, und, wenn es nötig sei, auch zu sterben. Dann sprach er folgende bemerkenswerte Sätze:

„Kameraden, ich kann Euch berufen. Die Aussprachen von vorgestern und gestern haben uns die Gewißheit

Das Kl

Der Dank des Vat

Bundespräsident Miklas hat als Oberbefehlshaber a für die treue und opferbere

Das jun es in de

Mit grö beschwornen ihrer nie ver

Den W Wunden glü

Wien, d

WAHRHEITEN UND TATSACHEN

Die Geschichte darf nicht verfälscht werden

Soldaten!

Die blutige Revolte irregeleiteter und verhetzter Menschen ist niedergeschlagen. Unabsehbares Unglück wurde durch das opferfreudige und mutige Eingreifen der bewaffneten Macht, der Polizei, der Gendarmerie und der freiwilligen Wehrformationen von unserem Vaterland abgewendet.

Getreu der ruhmreichen Ueberlieferung der alten Armee haben die unter ihren bewährten Führern in Verwendung getretenen Truppen ihre schwere Pflicht erfüllt. Der harten Opfer nicht achtend, waren die Truppen, von den höheren Kommandos zielbewußt und nach wohldurchdachten Plänen eingesetzt, nur von dem unbeirrbaren Gedanken beseelt, den Widerstand der Aufrührer zu brechen und so die ihnen übertragene Aufgabe in ruhiger und mannhafter Entschlossenheit zu lösen.

en Wachebeamten
t.
sprach den An-
a schuldig und
ode durch den

Johann Sturm und
eschluß gefaßt, da
jektiven Tatbestan-
zurückzuleiten.
Urteils führte der
Zeugenaussagen er-
klagte wiederholt
es gemacht und
daß mit Waffen-
orgegangen werden
selbst zugegeben,
er bei der Aus-
abei war und ins-
bekam, Waffen zu
r Verteilung der
einen gefährlichen
bei und hat selbst
n. Er ist in den
Gewehre abgeholt
ch später im Karl-
er eine gewisse
waren auch die Vor-
n, statt der Todes-
Kerkerstrafe zu er-

Karl Swoboda
chts vollstreckt.

urteile
ten.

Völten die Stand-
acht Schutzbündler,

als Verführte bezeichnete, wurden unter Anwendung des Umwandlungsrechtes zu einer schweren Kerkerstrafe in der Dauer von je fünf Jahren verurteilt. In beiden Fällen wurde bloß auf Aufruhr erkannt. Die vier übrigen Beschuldigten, es handelt sich um Jugendliche, konnten nicht abgeurteilt werden, da sich noch weitere Erhebungen als notwendig erwiesen.

Die Verhandlung gegen die zwölf Schutzbündler von Wilhelmsburg, über deren Standgerichtsprozeß vor dem St.-Pöltner Senat des Oberlandesgerichtsrates Dr. Grimburg wir bereits gestern berichtet haben, wurde gleichfalls am Freitag beendet. Vier Angeklagte wurden mit der Begründung, daß ihre Verantwortung, sie seien zu den Ereignissen nur zufällig hinzugekommen, durch Zeugen ausreichend gestützt worden ist, freigesprochen. Bezüglich der übrigen Angeklagten kam das Gericht zu keinem Urteil, da weitere Erhebungen angestellt werden müssen.

Weitere Urteile.

Im Landesgericht Wien II tagte gestern ein dritter Standgerichtssenat unter dem Vorsitz des OLGR. Dr. Kreuzhuber. Die Verhandlung wurde gegen die Angeklagten Josef Dangl, Josef Fidra, Ludwig Thuma und die Brüder Anton und Johann Pribil wegen Aufruhres geführt. Den Angeklagten wurde zur Last gelegt, aus dem Otte ger Arbeiterheim in der Kreit auf die Wache geschossen zu haben.

Dangl und Fidra erhielten 20 Jahre, und Pribil je 12 Jahre.

Der Angeklagte Robert Kalab, b bereits berichtet, im Haydn-Park mi geladenen Pistole angetroffen wurde, 10 Jahre schweren Kerkers.

Von den Standgerichten in Stey Innsbruck.

In Steyr hat sich unter dem Vor Kreisgerichtspräsidenten Hofrat Dr. wohl ein Standgerichtssenat konstitui heute bereits über mehrere Fälle zu haben wird. Bezüglich des sozialdemokr Landtagsabgeordneten Franz Schran noch vor Auflösung der Partei wege ruhrs festgenommen worden ist, wurde Staatsanwaltschaft Steyr das Aus rungsbegehren an den oberöste schen Landtag gerichtet. Der Immu ausschuß hat die Auslieferung Sc beschlossen.

Beim Landesgericht I—nsbruck ein Standgerichtssenat g Landesgerichtsvizepräsiden führt; als sein Stellvertr Dr. Petzer nominiert, bereits ein Fall, und zu bundführers Johann Le hängig, doch laufen noch

Kammersekretär Stanek vor dem Sta

Gestern waren vor dem Standgericht des Grazer Landesgerichtes wegen der Verbrechen des versuchten Mordes und des Aufruhrs der Sekretär der Grazer Kammer für Arbeiter und Angestellte, Josef Stanek, der trag geleistet und bin bei marschiert. — Mörth: Ich muß mich schäme zu sein

Montag, 12. Februar 1934

NIEMALS VERGESSEN
12. FEBRUAR 1934

Tagesbefehl des Vizekanzlers Fey.

Vizekanzler Fey hat an alle Sicherheitsbehörden, an die Bundessicherheitswache, an die Bundesgendarmerie, an das Freiwillige Schutzkorps und die heimattreuen Wehrverbände folgenden Tagesbefehl erlassen:

Nach langjähriger raffinierter Bürgerkriegsvorbereitung hat am Montag, 12. d., der Austrobolschewismus zu einem entscheidenden Schlag ausgeholt, um in letzter Minute durch blutige Gewalt sein Ziel zu erreichen. Beginnend in Linz, haben der geheime Republikanische Schutzbund und die Sozialdemokraten und Kommunisten, schwer bewaffnet, den Angriff gegen die Exekutive und staatlichen Organe in vielen Bundesländern, insbesondere in Oberösterreich, Wien, Steiermark und Niederösterreich aufgenommen. Unvermutet und ohne jeden Anlaß wurde aus den roten Positionen und Burgen das Feuer gegen die Sicherheitsorgane, aber auch gegen friedliche Passanten eröffnet. Da alle Abmahnungen und Aufforderungen zur Vernunft vergeblich waren, mußte die Regierung pflichtgemäß den gesamten Machtapparat einsetzen, um diese verbrecherische Revolte, die sich gegen Oesterreich und seine Bevölkerung, aber auch gegen den Frieden von ganz Europa wendete, niederzuschlagen. Polizei und Gendarmerie mit den Freiwilligen Schutzkorpsverbänden sowie das Bundesheer wurden eingesetzt. Schwerste Kämpfe entwickelten sich insbesondere in Linz, in Obersteiermark und in Wien, wo eine große Anzahl städtischer Gebäude und Wohnhausbauten von den Austrobolschewiken in Festungen umgewandelt worden waren.

Ueberall stand den Sicherheitstruppen eine große Uebermacht gegenüber.

Jedes der vielen Bollwerke mußte einzeln genommen werden. Vier Tage und darüber stand der gesamte Sicherheitsapparat des Staates ununterbrochen ohne Erholungspause im Kampfe, beziehungsweise in Dienstverwendung. Mit einer nicht mehr zu überbietenden Pflichttreue, mit heroischer und bewundernswerter Ausdauer haben alle Organe ohne Unterschied ihre schwere Aufgabe erfüllt. Die Zahl der besonders heroischen Taten ist so groß, daß eine einzelne Aufzählung in diesem Rahmen gar nicht möglich ist. Aber nicht nur tapfer und pflichttreu waren unsere Kameraden, sondern

sie bemühten sich auch in geradezu rührender Weise, am Kampf Unbeteiligte zu schonen und zu schützen.

Tausende Zuschriften und Telegramme aus allen Schichten der Bevölkerung legen für das hervorragende und mustergültige Verhalten der staatlichen Kräfte Zeugnis ab. Wenn trotzdem bedauerlicherweise da und dort fast ausschließlich durch die Waffenwirkung der bolschewistischen Aufrührer auch Opfer in zivilen Kreisen zu beklagen sind, so fällt auch diese Blutschuld ausschließlich jenen Volksverhetzern zur Last, die durch Jahre hindurch ihre Anhänger verhetzt und zu diesen Gewalttaten aufgerüstet und vorbereitet haben. Ungeheuer schwer und groß sind die blutigen Opfer bei den Verteidigern des Vaterlandes.

Ueber 100 Tote und Hunderte von Verwundeten sind auf Seite der Staatsexekutive, des Bundesheeres und der Freiwilligen Wehrverbände, in ganz besonderem Maße beim Heimatschutz zu betrauern.

So schwer diese Opfer auch sein mögen, wir tragen sie im Bewußtsein erfüllter Pflicht und in der Hoffnung, daß wir unser Vaterland, von einer Seuche, die es durch viele Jahre siech und matt gemacht hat, befreit haben. Für die Familien der Gefallenen und für die Verwundeten und sonst unschuldig Geschädigten wird die Regierung in weitestgehender Weise sorgen. Auch für alle die Helden, die ein gütiges Geschick unversehrt erhalten hat, wird die Anerkennung nicht ausbleiben.

Kameraden! Als euer Führer in diesem schweren Kampfe, als Soldat und Kamerad danke ich euch allen ohne Unterschied aus vollem Herzen für euren Heldenmut, für

---

orgen

Stellung der Heimwehr

gegeben, daß Kanzler Dollfuß der Anfrage ist. Und ich kann auch noch mehr sagen, wenn auch nur mit kurzen Worten: Wir werden morgen an die Arbeit gehen und wir werden ganze Arbeit leisten für unser Vaterland, das nur uns Oesterreichern allein gehört, und das wir uns von niemandem nehmen lassen."

Nach einer Ansprache des Staatssekretärs Fürst Schönburg-Hartenstein fand eine Heldenehrung in Langenersdorf statt, bei der ein Kranz niedergelegt wurde. Nach einer Defilierung wurde die ausgerückte Heimwehr in Autos nach Wien zurückbefördert.

Wichtig für Automobilbesitz
Auto-Kontroll-Beratungsbü
Dr. Hans Hablettinek
Christian v. Satzg
Wien, I., Regierungsgg
Telephon U 28-2-7
Fachmännische Beratung un
trolle. Mäßige Abonnement
spekte kostenlos. Vertreterb
bindlich

Wie gestern gemeldet, wurden Maßnahmen zur des sowjetistischen Fernoste

Blücher zählte diese A
bestehend in der Befestig
gen, die mit einem Eisen
geben und hinreichend
diesen Befestigungen n
Kriegsrausch überman
Kopf zerschellen.

aterlandes an seine Helden.

er an die bewaffnete Macht einen Befehl erlassen, in dem er den Dank bereite Pflichterfüllung zum Ausdruck bringt.

junge Heer Oesterreichs hat in diesen leidvollen Tagen bewiesen, daß n der Pflichttreue und im Kampfgeist der alten Armee nicht nachsteht.

größter Trauer gedenke ich der Gefallenen, die in Erfüllung der nen Pflicht ihr junges hoffnungsvolles Leben lassen mußten. Wir werden e vergessen und ihnen stets ein treues Gedenken bewahren.

n Verwundeten gilt mein heißer Wunsch, daß die Heilung ihrer glücklich und ohne Beeinträchtigung ihrer Gesundheit verlaufen möge.

n, den 16. Februar 1934.

Der Bundespräsident als Oberbefehlshaber:
Miklas.

Der Staatssekretär für Landesverteidigung:
Schönburg,
Generaloberst.

Glückwünsche...

Das offizielle Vatikan-Organ „Osservatore Romano" veröffentliche am 17. Dezember 1961 den Wortlaut der Glückwunsch-Adressen, die aus Anlaß des 80. Geburtstages des Papstes zwischen dem sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow und Johannes XXIII. ausgetauscht worden sind.

Der Sowjetbotschafter in Rom, Kozyrew, schrieb dem Apostolischen Nuntius in Rom:

„Auf Grund eines erteilten Auftrages bitte ich im Namen von N. S. Chruschtschow, Seiner Heiligkeit Papst Johannes XXIII. aus Anlaß seines achtzigsten Geburtstages die Glückwünsche und die aufrichtigsten Wünsche zu übermitteln für seine Gesundheit und für den Erfolg in seinem edlen Streben zur Festigung und Sicherung des Friedens auf dieser Erde und zur Lösung der internationalen Probleme durch freimütige Verhandlungen."

Am Tage darauf übermittelte der Apostolische Nuntius folgende Antwort an den Sowjetbotschafter:

„Seine Heiligkeit Papst Johannes XXIII. dankt für die Glückwünsche und bringt seinerseits auch dem ganzen russischen Volke herzliche Wünsche für die Vermehrung und Befestigung des Weltfriedens durch glückliches Einvernehmen menschlicher Brüderlichkeit zum Ausdruck und richtet dafür heiße Gebete zum Himmel."

Die beiden Brieftexte, die uns erst jetzt bekanntgeworden sind, haben uns unsere Genossen in der Bundesrepublik zur Verfügung gestellt.

Das grausigste Geschäft der Geschichte

(Fortsetzung von Seite 10)

Als Beweis dafür, daß er von höchster Stelle für dieses Angebot ermächtigt worden war, gab er einen Vorschuß auf den Vorschuß. Mitte 1944 ließ er 1700 Juden von Budapest über Bergen-Belsen in die Schweiz bringen. Aber wenn innerhalb von zwei Wochen nach meiner Abfahrt keine befriedigende Antwort eintreffen würde, müßten „die Mühlen von Auschwitz" wieder arbeiten. Zwölftausend Juden würde er täglich vergasen.

Ich flog nach der Türkei. Ich sprach mit den Vertretern der englischen und alliierten Regierungen. Ich verhandelte auch lange mit den Vertretern der jüdischen Organisationen. Aber zu meinem Entsetzen stieß ich bei den britischen Verhandlungspartnern auf eine andauernde Verschleppungstaktik. Achtzehn Wochen wurde ich in einer Villa in Kairo festgehalten. Eichmann machte seine diabolischen Versprechungen wahr und deportierte täglich zwölftausend Juden nach Auschwitz. Auch zwei politische Morde wurden verübt. Lord Moyne, Mitglied der englischen Regierung, starb 1944 in den Straßen von Kairo, getroffen von den Kugeln fanatischer jüdischer Freiheitskämpfer. Der Mann, der nach meinem Abgang die jüdische Untergrundbewegung in Budapest weiterführte, Doktor Rezsö Kastner, fiel im Jahre 1957 in den Straßen Tel Avivs jüdischen Attentätern zum Opfer.

Dies sind nur einige der Gründe, warum der Verhaftung Eichmanns eine so große innenpolitische Rolle in Israel zukommt. Er ist vielleicht der einzige Mensch, der einige der vielen historischen Rätsel in der tragischen Geschichte der Judenverfolgung aufklären kann.

So war es nicht nur das Bestreben, Millionen von Morden zu sühnen, das die Agenten des israelischen Sicherheitsdienstes fünfzehn Jahre lang nach dem Massenmörder Eichmann fahnden ließ. Sie mußten dabei den widerspruchsvollen Gerüchten nachgehen, denn seit dem Verschwinden Eichmanns aus einem amerikanischen Internierungslager bei Salzburg, wo er unter dem Namen Hirtl registiert war, soll er in Argentinien, im Scheichtum Kuweit und dann wieder in Spanien bei Skorzeny aufgetaucht sein. Seit seine Frau Vera 1953, zusammen mit ihren drei Söhnen, aus ihrem Wohnort Buchen spurlos verschwunden war, lief die Fahndung nach Eichmann auf vollen Touren. Es ist ein Bravourstück ersten Ranges, das der israelische Sicherheitsdienst mit der Verhaftung Eichmanns geliefert hat.

Erschütternde Dokumente gefunden

Vor einigen Monaten erhielt die Zentralkommission Polens zur Untersuchung der Naziverbrechen Hinweise dafür, daß auf dem Gelände des ehemaligen Vernichtungslagers Auschwitz von Häftlingen Dokumente vergraben worden seien, die Aufschluß über NS-Verbrechen geben könnten.

Nachforschungen, die sofort unternommen wurden und noch andauern, haben ein erstes Ergebnis gehabt. In einem Soldateneßgeschirr, das in der Nähe eines Verbrennungsofens ausgegraben wurde, sind 350 Papierstreifen gefunden worden, die — mit Bleistift beschrieben — die Leidensgeschichte der Gettoninsassen von Lodz erzählen. Sie stammen von einem anonymen jüdischen Autor, der viele Jahre in Lodz war und wahrscheinlich in den Gaskammern von Auschwitz umkam.

Die Texte haben stark unter der Bodenfeuchtigkeit gelitten, so daß nur noch sechzig Seiten der Aufzeichnungen entziffert werden konnten. Aber diese Seiten reichen aus, um ein Bild von den Zuständen im Lodzer Getto während der Jahre 1940 bis 1944 zu geben. In den Aufzeichnungen wird unter Verwendung von Bibelsprüchen von der Vernichtung der Juden des Gettos, von der Deportation, vom Hunger und von Massakern gesprochen.

In den ersten vier Monaten des Jahres 1942 wurden 55.000 Gettobewohner nach Chelmno gebracht und in Vergasungswagen getötet. Im September desselben Jahres ging außerdem noch ein Transport mit mehr als 15.000 Kindern zur Vernichtung in verschiedene andere Lager.

„Ich will am Leben bleiben", heißt es in einer der mit N. N. unterzeichneten erschütternden Notizen. Der Autor hatte offensichtlich eine schwerkranke Tochter, denn an anderer Stelle schrieb er: „Werde ich sie noch retten können? Ich fürchte, sie wird unter meinen Händen sterben." Eine große Rolle in den Aufzeichnungen spielt der Hunger. Darüber heißt es: „Hinzugehen und von den Händlern und Spekulanten zu kaufen — wer hat schon genug Geld dafür? ... Brot kostet 600, Mehl 500, Kartoffeln 300, Margarine 900, Sacharin — ohne Preis. Mit einem Wort, es ist praktisch unmöglich, jemanden zu retten! Herrgott, in welche Hände hast Du das Schicksal Deiner Kinder gelegt?"

Die polnische Zentralkommission will die Ausgrabungen auf dem Gelände des ehemaligen Lagers Auschwitz weiter fortsetzen lassen. Sie hofft, Zeugenbekundungen ähnlicher Art oder Listen von Deportierten beziehungsweise in den Vergasungsöfen Umgekommenen zu finden.

Zur Diskussion über den Eichmann-Prozeß

(Fortsetzung von Seite 8)

ganzen als positiv gewertet werden. Die Zeitungsberichte waren klar und ausführlich und beschönigten nichts; die Kommentare waren nahezu durchwegs würdig und angemessen. In allen wird betont, daß es für Verbrecher derartig monströsen Ausmaßes keine gemäße Sühne gibt. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" legt richtig dar, was wohl das wesentlichste positive Ergebnis des Prozesses ist: „Niemand der Zeitgenossen der systematischen Menschenvernichtung, auch niemand, der mit Recht von sich sagen durfte, er habe, zwar Zeitgenosse, nichts davon gewußt, kann nach dem Prozeß daran rütteln, daß er nun davon weiß."

Wir dürfen auch nicht vergessen, daß „Zeitgenossen", die ihren Beitrag zur Vorbereitung des Völkermassenmordes in der nationalsozialistischen Ära leisteten, heute in Amt und Würde sitzen, während andere, die sich an der Sklavenarbeit der armen Opfer bereicherten, wieder als Wirtschaftskapitäne das große Wort führen und noch häufiger hinter den Kulissen die Politik entscheidend dirigieren. Damit sollen Eichmanns Untaten nicht etwa entschuldigt, sondern der Auffassung entgegentreten werden, daß der Prozeß und das Urteil gegen einen Übeltäter den Schlußstrich unter die nationalsozialistische Vergangenheit ziehe. Dies hieße Eichmann zu einer Art Sündenbock, wenn auch nicht zum harmlosen Opferlamm, machen. In der Weltgeschichte gibt es keine derartige Form der Abrechnung. Die Rauchschwaden der Krematorien der Konzentrationslager, in denen Eichmanns Transporte abgeladen wurden, sind längst verweht. Die Erinnerung daran, daß solche Greuel möglich waren, sollte in unser aller Herzen weiterbrennen. Wie immer Eichmanns Leben enden wird — er wird mit dem Brandmal des brutalsten und zynischsten Massenmordes behaftet in die Geschichte eingehen.

Verteidigung allein
hat noch nie zu einem Erfolg geführt

„Wir tragen die Verantwortung treu in uns . . .“

Unsere Zeit ist raschlebiger denn je. Technische Sensationen jagen einander, die wissenschaftliche Forschung erreicht täglich und stündlich neue Höhepunkte, der soziale Fortschritt ist unaufhaltbar, und die rasche Aufeinanderfolge weltpolitischer Ereignisse ist atemberaubend. Es ist aber ein Stigma unserer Zeit, daß alles viel rascher Vergangenheit wird als ehedem. Vergangenheit ist indes zugleich auch Geschichte.

Nirgendwo aber wirkt der Gang der Geschichte mit all ihren Irrtümern und Erkenntnissen mitreißender als am Beispiel des Kapitels Arbeiterbewegung. Die Arbeiterbewegung, deren geschichtliche Vorformen die sozialen Kämpfe der Unterdrückten seit dem frühen Altertum waren, ist ein Produkt der kapitalistischen Entwicklung, der Einführung der Maschine, der Zusammenballung großer Menschenmassen in den Städten und der damit verbundenen Zuspitzung der Klassengegensätze.

So gesehen, wird die Arbeiterbewegung etwa von der Mitte des vorigen Jahrhunderts an mit der Industrialisierung unseres Kontinents zur Grundbasis der gewaltigen Pyramide der sozialen Aufwärtsentwicklung der arbeitenden Menschen. Es liegt daher in weit mehr als nur partei- oder gewerkschaftspolitischem Interesse, wenn möglichst viele und vollständige Unterlagen und Zeugnisse ausgeforscht und gesammelt werden, welche sowohl den politisch als auch den an der allgemeinen österreichischen Geschichte und aus anderen Gründen Interessierten ein möglichst klares und detailliertes Bild über die Unzahl von Vorgängen, Denkprozessen und Formen vermitteln, aus denen sich die Geschichte der Arbeiterbewegung zusammensetzt.

Aus der Vergangenheit lernen . . .

Heute, wo schon so vieles von dem erreicht und selbstverständlich wurde, was um die Jahrhundertwende noch als kühner Traum galt oder als fernweite Utopie betrachtet wurde, würden viele Staatsbürger bei den täglichen Prüfungsfragen des Lebens nach dem „Woher?“ bestimmt durchfallen. Man denkt eben nur noch ganz selten darüber nach, wie es dazu kam, daß heute so vieles besser ist als anno dazumal. Dennoch ist das Interesse an Ereignissen der Vergangenheit, an markante Stationen der Aufwärtsentwicklung und an den damit verquickten Personen latent vorhanden. Dieses Interesse zu wecken und es wachzuhalten ist eine vornehme und verdienstvolle Aufgabe!

Viele Geschehnisse sind nur scheinbar ins Mausoleum der Vergangenheit und in Vergessenheit gesunken. In Wahrheit stellen sie jedoch, selbst wenn sie dreißig, vierzig und fünfzig Jahre zurückreichen, mindestens einen Teil des Unterbewußtseins unserer heutigen Politik und Lebensweise dar, die erst wirklich unter Kenntnis jener zurückliegenden Begebenheiten verstanden werden kann. Aber auch die Sachverhalte unserer jüngeren Vergangenheit, zum Beispiel der nationalsozialistischen Ära, werden kaum je tatsächlich und ganz verstanden und verdaut werden, wenn man nicht alle Wurzeln sondiert, die in die davor liegende Entwicklung der letzten siebzig Jahre reichen. In diese Zeit fällt nämlich die Hauptentwicklung sowohl der österreichischen Arbeiterbewegung mit all ihren großen Anliegen und Forderungen als auch der verschiedenen dagegen gerichteten Aktionen und Bewegungen.

Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung

Bis jetzt wurde der Geschichte der Arbeiterbewegung im Zusammenhang mit der notwendigen Beobachtung und der Analyse der sich im gesellschaftlichen und politischen Leben ergebenden Veränderungen noch nicht die gebührende Beachtung gewidmet. Das wurde von vielen Seiten als Mangel empfunden. Für den einzelnen ist eine solche Arbeit zu groß, zu gewaltig. Eine Vereinigung, ein Arbeitsteam, kann sich schon eher an diese dankenswerte Aufgabe heranwagen.

Diese und manche andere Erwägungen standen bei der Gründung des „Vereines für Geschichte der Arbeiterbewegung“ Pate, der sich vor nunmehr zwei Jahren unter dem Vorsitz des Genossen Oskar Helmer, Gabriele Proft und Karl Maisel konstituierte. Es gelang dem Geschichtsverein bald, einen Kreis für seine Aufgaben zu gewinnen, der sich aus unmittelbar mit der gesellschaftlichen Entwicklung beschäftigten Persönlichkeiten — Wissenschafter, Politiker, Publizisten —, aber auch aus Personen, die an dieser Entwicklung aus verschiedensten Gründen interessiert sind, zusammensetzte. Heute gehören dem Geschichtsverein rund 50 Körperschaften und etwa 180 Einzelmitglieder an.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die eigentliche Arbeit war, für eine umfangreiche Materialiensammlung zum Zwecke des Quellenstudiums zu sorgen. Hier wurde bereits gute Vorarbeit geleistet. Vor allem besteht, nach verschiedenen Provisorien, bereits eine Heimstätte für das zentrale Archiv der Forschungsarbeit. Sie wurde im Gebäude der neuen Arbeiterkammer in Wien gefunden, wo der Geschichtsverein zwei Räume gemietet und außerdem für die Unterbringung und Benützung der vorgesehenen Studienbibliothek Vorsorge getroffen hat.

Schwierigkeiten der Forschungsarbeiten

Wer heute vor der Aufgabe steht, über irgendein Thema der Arbeiterbewegung zu schreiben oder zu sprechen, gerät bei der Suche nach Unterlagen immer wieder in Schwierigkeiten. Noch in den größten öffentlichen Bibliotheken weisen die Kataloge und Karteien große Lücken bei diesem Thema auf. Einer der Gründe hiefür besteht darin, daß früher Broschüren von geringem Umfang, Pamphlete oder Flugblätter vielfach nicht als Literatur bewertet und daher auch nicht in die Bestände aufgenommen wurden. Gerade solche Materialien sind es aber, die in der Geschichte der Arbeiterbewegung eine große dokumentarische Rolle spielen. Das ist nur eine Ursache der Schwierigkeiten, es gibt noch zahlreiche andere, die sich der Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung entgegenstellen. Sie haben ihre Ursache in Beschlagnahme und Verfolgung sowohl in der Monarchie als auch in den Perioden 1934 bis 1938 und 1938 bis 1945. Insbesondere in der Nazi-Ära sind viele Sammlungen und Bestände durch Kriegseinwirkung und Verschleppung verlorengegangen. Vieles wurde seither wieder zusammengetragen, manches fehlt aber noch immer und ist verschollen. Es ist das Hauptziel des Geschichtsvereines, alle die Geschichte der Arbeiterbewegung illustrierenden und dokumentierenden Materialien aus der Frühzeit bis zum Beginn der Zweiten Republik möglichst lückenlos zu vereinigen. Dazu gehören übrigens auch alle Unterlagen über Parallel-, Neben- und Gegenströmungen.

Die Arbeit des Geschichtsarchivs gliedert sich also erstens im Sammeln und Archivieren von Material und zweitens in dessen Durchforschung und Verwertung.

Was ist bereits geschehen?

Mit der Archivarbeit wurde bereits begonnen, die Vorhaben befinden sich allerdings erst in den ersten Anfängen ihrer Verwirklichung. Materielle Voraussetzungen wurden durch verschiedene Einrichtungsgegenstände im Archiv geschaffen, die zum Beispiel bereits die Unterbringung der Wanderausstellung „Weg aus dem Dunkel“, großdimensionierte Exponate, wie Plakate, Bilder, Diapositive, historischer Gegenstände, wie Fahnen, Abzeichen, Plastiken, zahlreiche Manuskripte, Druckwerken, illegalen Propagandamerials usw. ermöglichten. Grob gerechnet verfügt das Archiv über 5000 Broschüren und 1000 Zeitungsbände, zahllose Flugblätter und Handschriften und über eine vorläufig noch kleine Bibliothek, die jedoch alle theoretischen und literarisch signifikanten Werke erfassen soll. Auch diese Arbeiten befinden sich noch in den Anfängen. Begonnen wurde die Sichtung und Einordnung der bereits vorhandenen Materialien im groben und mit deren Festhaltung in mehreren Karteien.

Außer dem allgemeinen Material, das zum Teil aus privaten Quellen, zum Teil aus Beständen des Archivs der „Arbeiter-Zeitung“, des Karl-Marx-Institues Wien und anderen Organisationen stammt, befinden sich als Sonderabteilung die in Sichtung begriffenen Nachlässe Friedrich Adlers, Wilhelm Ellenbogens, Karl Seitz', Benedikt Kautskys und anderer teilweise oder ganz im Besitz des Geschichtsvereines oder in dessen Verwaltung. Der Verein wird auch in Zukunft Nachlässe aller Art zur Sichtung und Betreuung übernehmen.

In diesem Zusammenhang ergeht die Bitte an alle Genossen und Organisationen, alles in Betracht kommende Material dem Archiv, sei es als Schenkung, sei es als Leihgabe, sei es zu reproduktiver Festhaltung (durch Photokopie), zu überlassen. Alle mit der Arbeiterbewegung in irgendeiner Weise zusammenhängenden Unterlagen, wie Bilder, Zeitungsausschnitte, Briefe, Abzeichen, alte Mitgliedsbücher und was immer es gibt, sind erwünscht. Im Hinblick auf die ungeheure Arbeit, die bei der Sichtung, Katalogisierung und Durchforschung des Materials zu leisten ist, wird auch jede Art tätige Mitarbeit begrüßt.

Es wäre noch viel über die Nah- und Fernziele, über die Arbeitsvorhaben im Detail zu sagen. Es möge aber nur erwähnt werden, daß die Gründung des Geschichtsvereines nicht bloß aus Gründen der Zweckmäßigkeit und der Notwendigkeit erfolgte, es war noch weit mehr eine Herzensangelegenheit der Initiatoren.

Jean Jaurès sagte einmal: „Wir tragen die Vergangenheit treu in uns, so wie der Fluß die Quelle treu in sich trägt, indem er zum Meere strömt.“ Durch die Tätigkeit des Geschichtsvereines sollen die Heutigen zu den Quellen von einst geführt werden, damit sie sich in der Hast der Gegenwart auch der Vergangenheit bewußt werden und neue Impulse für die Zukunft gewinnen.

Prozeß gegen Höfle in Wien

Der Prozeß gegen den vor einem Jahr in Salzburg verhafteten 47jährigen ehemaligen SS-Obersturmbannführer Hermann Höfle, wird nunmehr in Wien stattfinden. Höfle wird beschuldigt, als Komplice Eichmanns an der Ermordung von 300.000 Juden beteiligt gewesen zu sein.

Ursprünglich sollte sich Höfle, der bis zu seiner Verhaftung unter einem falschen Namen in Bayern und Österreich gelebt hat, vor einem Salzburger Geschworenengericht verantworten. Der Fall gegen Höfle wurde jetzt infolge Erkrankungen innerhalb der Salzburger Staatsanwaltschaft und wegen der Ausdehnung des Falles nach Wien delegiert. Bekanntlich waren im Zusammenhang mit Höfle noch weitere 20 Personen verhaftet worden. Der Mappenstapel des bisherigen Materials gegen Höfle ist bereits zweieinhalb Meter hoch.

Die österreichischen Behörden haben ersucht, Hilfe bei der Auffindung von Material gegen Höfle und andere Österreicher zu leisten, denen der Prozeß wegen Teilnahme an der Ermordung und Ausplünderung polnischer Juden gemacht werden wird. Unter diesen anderen Personen befinden sich Hans Bohunsky, Franz Hödl, Reinhold von Mohrenschildt. Rudolf Schleissner, Franz Eigner, Ernst Lersch und Alois Rzepa.

Ein altes Unrecht beseitigt

Ein altes Unrecht an Pensionsbeziehern ist durch die 9. Novelle des ASVG beseitigt worden.

Personen, die im Jahre 1938 eine Pension der Angestelltenversicherung erhielten und die in späterer Folge, entweder durch Emigration oder durch Inhaftierung, diese Pensionen bis 1945 nicht erhielten, erhalten nunmehr — soweit sie aus politischen Gründen oder wegen ihrer Abstammung verfolgt wurden — diese Pensionen nachgezahlt. Allerdings nur in der Höhe, die zu diesem Zeitpunkt vorgesehen war. Dagegen kann aber der Versicherungsträger bei Bedürftigkeit des Pensionsbeziehers diesen Betrag bis zur fünffachen Höhe aufwerten.

Anspruchsberechtigte sollen jedenfalls möglichst sofort ihren Anspruch bei ihrer zuständigen Pensionsanstalt beantragen und gleichzeitig um die Erhöhung ansuchen. Wenn die Erhöhung abgelehnt wird, dann sollte auf alle Fälle an die Schiedskommission rekurriert werden.

*

Unterstützungen

Wir bringen in Erinnerung, daß Besitzer einer Amtsbescheinigung oder eines Opferausweises oder Hinterbliebene nach Inhabern solcher Ausweise, auch wenn sie selbst keine Amtsbescheinigung oder einen Opferausweis haben, bei besonderer Notlage aus dem Ausgleichsfonds einmalige Unterstützungen erhalten können.

Auch zinsenfreie Kredite können bei Gründung eines Hausstandes oder für berufliche Zwecke gewährt werden. Schriftliche Anträge sollen an das Bundesministerium für soziale Verwaltung — Opferfürsorge, Wien I., Stubenring 1, gerichtet werden.

Eine Dokumentation gegen den Naziverbrecher Franz Muhrer

Das Tagebuch von dem am 19. September 1944 im KZ Klooge (Kluge) bei Lallin (Estland) umgekommenen jüdischen Schriftsteller und Bibliothekar Kermann Kruk ist ein erschütterndes authentisches Dokument über Leben, Kampf und Untergang der Juden im Ghetto Wilna und ganz Litauen, und über die Greueltaten der Nazihelden gegen eine friedliche, schuldlose Schar von zehntausenden Frauen, Greisen und Kindern. Das Tagebuch umfaßt die Zeit vom 21. Juni 1941 (Ausbruch des Deutsch-Sowjetischen Krieges) bis zur Liquidierung des Ghettos Wilna am 19. Juli 1943 und Deportierung des Restes der Insassen in das Vernichtungslager Kluge bei Tolin (Revol), wo die heranziehenden Russischen Armeen am 19. September 1944 einen Scheiterhaufen von den 2000 Insassen vorgefunden haben. Der Autor der Memoiren, Hermann Krug, war unter ihnen.

Das Tagebuch selbst ist in einem ausgezeichneten Stil in jüdischer Sprache geschrieben und kann lediglich mit dem berühmten Tagebuch des Dr. Emanuel Ringelblum über das Warschauer Ghetto verglichen werden. Leider sind, obwohl das Tagebuch in drei Kopien geschrieben worden war, mehr als 100 Maschinschreibseiten des Manuskriptes während der Verfolgungen verloren gegangen. Dem überlebenden Freunde Kruks, dem Dichter Abraham Suckower (jetzt in Israel) gelang es, nach dem Kriege den Rest des Manuskriptes in einem Versteck in Wilna zu entdecken.

Dieses Manuskript übergab Suckower dem in New York lebenden Bruder des Autors, Pinchas Schwarz, der bestrebt war, die fehlenden Begebenheiten durch authentische Zeugenaussagen von Parteifreunden Hermann Kruks zu ergänzen; so erhielt die Welt ein Buch, welches ein wahres Wunder von Dokumentation darstellt. Nur wer selbst ein Leben im Ghetto oder in einem KZ-Lager erlebt hat, ist im Stande, den Wert dieses Tagebuches gehörig abzuschätzen.

Im Jahre 1941 zählte die jüdische Bevölkerung in Wilna 56.000 Seelen, bei der Liquidierung im Juli 1943 waren es noch zirka 10.000 bis 12.000, von denen sich in den Wäldern bei den Partisanengruppen nur 4000 erretten konnten. Die Vernichtungsaktion führte zwar der deutsche Kreisleiter Hingst, aber der direkte Beauftragte und Judenreferent war der berüchtigte Franz Muhrer, der nun vor nicht langer Zeit in Graz verhaftet wurde. Das Tagebuch Hermann Kuks schildert peinlich genau die verbrecherischen und unmenschlichen Taten des Endlösers im Ghetto Wilna. Die konkreten Taten, die durch das Tagebuch Franz Muhrer zur Last gelegt werden, würden vollkommen genügen, ihn als Menschenmörder zu überführen. Er gab der jüdischen Polizei in Wilna Befehle, die Massenmorde in den Wäldern von Ponor (12 km von Wilna) durchzuführen, wo mehr als 30.000 Juden erschossen worden waren, er war der Chef des Ghettos. Dabei hatte er ziemlich hohe persönliche Ansprüche zur Geltung gebracht. Eine eigene Tischlerei wurde für ihn im Ghetto geschaffen, wo er für sich und seine Parteibonzen eine große Anzahl von teuren, ausgesuchten Möbeln anfertigen ließ. Er war auch der Chef des Polizeigefängnisses in Lukischki gewesen, und hat die Kontribution von 6,000.000 Rubel von den armen Ghettoinsassen in Empfang genommen. Der arme Hermann Kruk hat es leider nicht mehr erleben können, jetzt als Zeuge gegen Herrn Franz Muhrer auszusagen.

Heute schauen wir wohl mit anderen Augen auf diese traurigen Ereignisse zurück; dieses Dokument ist jedoch ein sehr wichtiges geschichtliches Zeugnis für das Leid der jüdischen Bevölkerung in Litauen.

Das Bundesministerium für Inneres hat eine kleine Namensliste von Opfern aus der Nazizeit veröffentlicht, die im KZ Theresienstadt umgekommen und auf verschiedenen Friedhöfen beerdigt worden sind.

Österreicher, die als politische Häftlinge im KZ Theresienstadt gestorben und auf dem Nationalfriedhof bei der Kleinen Festung begraben worden sind:

Van Alderwerelt Franziska, Wien, geb. 27. 4. 1871, gest. 18. 2. 1943 (r.-k.)
Balass Berta, Wien, geb. 13. 3. 1868, gest. 19. 8. 1943 (r.-k.)
Berger Jeanetta, Wien, geb. 18. 4. 1879, gest. 10. 10. 1942 (r.-k.)
Csas Rosa, Wien, geb. 7. 10. 1866, gest. 2. 7. 1945, Urne 214
Deutsch, Dr. Eduard, geb. 25. 2. 1863, gest. 10. 7. 1942 (r.-k.)
Fleischner Polda, Wien, geb. 31. 7. 1863, gest. 8. 1. 1943 (r.-k.)
Geiringer Josefa, Wien, geb. 29. 12. 1870, gest. 25. 1. 1943 (r.-k.)
Grüner Sofie (Geburtsdatum unbekannt), gest. 7. 6. 1945, Urne 104
Gutmann Alfred, Wien, geb. 24. 11. 1878, gest. 23. 12. 1942 (r.-k.)
Hirsch Louisa Marie, Wien, geb. 8. 7. 1868, gest. 11. 6. 1943 (r.-k.)
Landauer Heinrich, Wien, geb. 3. 2. 1873, gest. 23. 11. 1945 (r.-k.)
Langstein Friederike, Wien, geb. 17. 7. 1873, gest. 30. 11. 1942 (r.-k.)
Loewenthal Gisela, Wien, geb. 9. 6. 1869, gest. 14. 2. 1943 (unbekannt)
Müller Rudolf Erich, Wien, geb. 16. 7. 1873, gest. 3. 3. 1943 (unbekannt)
Prazak Friedrich, Wien, geb. 7. 9. 1874, gest. 11. 5. 1945 (r.-k.)
Triebel Hedwig, Wien, geb. 17. 10. 1872, gest. 10. 5. 1946 (evang.)
Wernburg Leon Rudolf, Wien, geb. 11. 2. 1874, gest. 26. 11. 1942 (r.-k.)

Drei Österreicherinnen, deren Namen ebenfalls bekanntgegeben wurden, sind auf anderen Friedhöfen begraben:

Nemec Marie, Friedhof in Pouchov (Kreis Königgrätz), Reihe XXIII, Grab 31
Zitek Anna, Wien, geb. 28. 6. 1881, gest. 16. 5. 1945
Das Grab im Friedhof in Kostelec nad Orlici wird von den Hinterbliebenen gepflegt
Köhler B., Grab 5 im Friedhof in Sumperk mit kleinem Denkmal

Wir bitten alle Genossinnen und Genossen, Familienangehörige oder Hinterbliebene dieser Opfer ausfindig machen zu helfen und uns zu verständigen.

Buchenwald-Zeugen gesucht

Bei der Staatsanwaltschaft in Köln ist ein umfangreiches Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Beihilfe zum Mord gegen folgende Personen anhängig:

Otto Barnewald, Prinz Josias zu Waldeck, August Bender, Anton Bergmeister, Arthur Diezsch, Hans Eisele, Philipp Grimm, Heinrich Hackmann, Gustav Heigel, Peter Merker, Wolfgang Otto, Guido Reimer, Hel-

mut Roscher, Albert Schwarz, Walter Wendt, Franz Zinnecker.

Es handelt sich dabei um Personen, die entweder der Wachmannschaft oder der Verwaltung des Konzentrationslagers Buchenwald angehört haben. Der Beschuldigte Prinz Josias zu Waldeck war höherer SS-Führer für den räumlichen Bereich, in dem das KZ-Lager Buchenwald lag. Es besteht der Verdacht, daß die Beschuldigten sich der Tötung von KZ-Häftlingen schuldig gemacht haben. Alle Beschuldigten sind bereits im Jahre 1947 von einem amerikanischen Gericht im sogenannten Buchenwald-Prozeß wegen ihres Verhaltens gegenüber Häftlingen verurteilt worden. Sie befinden sich aber nach Verbüßung der Teilstrafen wieder auf freiem Fuß. Das Verfahren vor dem amerikanischen Militärgericht erstreckte sich nämlich nur auf Straftaten, die die Beschuldigten gegenüber ausländischen Häftlingen begangen hatten.

Ziel des jetzt anhängigen staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren ist es, festzustellen, ob und gegebenenfalls welche Straftaten die Beschuldigten gegenüber deutschen Staatsangehörigen begangen haben.

Wir bitten, sachdienliche Angaben direkt an die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht in Köln, Köln, Justizgebäude, Appellhofplatz, zum Aktenzeichen 24 Js 540/61 (Z) zu richten.

Mehr Zivilcourage

Viele Staatsbürger haben sich daran gewöhnt, alle Fortschritte und besonders die Errungenschaften auf sozialem Gebiet als selbstverständlich entgegenzunehmen. Die seit Jahren andauernde Wirtschaftskonjunktur, die Vollbeschäftigung, die Erfolge, die von den Gewerkschaften für die Arbeitnehmer erreicht wurden, haben es bewirkt, daß so mancher überhaupt nicht mehr Anteil nimmt an den Sorgen und Problemen unserer Tage, sondern Fünf gerade sein läßt und sich im übrigen, frei nach dem bekannten Kabarettchanson, denkt: „Die Partei oder die Gewerkschaft wird's schon richten." Die Betreffenden sind — bildlich gesprochen — eingeschlummert, eingenickt in falscher Sicherheit, in unberechtigter Sorglosigkeit!

In Wirklichkeit verlangt und fordert auch die heutige Zeit Zivilcourage von jedem aufrechten Demokraten, sie verlangt Teilnahme und Mitarbeit, soll das bisher Errungene festgehalten und ausgebaut werden. Es gilt, demokratische Einrichtungen nicht nur zu benutzen, sondern für sie einzutreten, sie nötigenfalls gegen Feinde und Widersacher zu verteidigen. Dieses scheinbar unmoderne Wort aus absolutistischer Zeit hat auch heute seine volle Daseinsberechtigung, denn noch leben wir in keinem Schlaraffenland der Demokratie, noch sind offen und heimlich ihre Gegner am Werk.

Es gilt, den Mut zur eigenen Meinung zu haben und diese gegen die Feinde der Demokratie zu vertreten. Ob es sich nur um Bürokratismus handelt oder um die Taten wiedererwachten Nazirowdytums — heraus mit der Zivilcourage!

*

Neonazistische Provokationen sind keine Lausbubenstreiche

Die neonazistischen Provokationen der letzten Monate haben allen Menschen in Österreich recht gegeben, die seit Jahren vor der Gefahr des Neonazismus warnen. Sprengstoffattentate, Friedhofsschändungen und Schüsse auf das österreichische Parlament können nicht mehr länger als „Lausbubenstreiche" abgetan werden. Entscheidend ist vielmehr das geistige und politische Klima, in dem diese neonazistischen Aktivisten aufgewachsen sind. Jahrelang bemühen sich gewisse „nationale" Organisationen (besonders Turn- und Traditionsverbände), junge Menschen in einem Ungeist zu erziehen, der einem neuen Nazismus wieder den Boden bereiten würde.

Derselbe Ungeist wird von gewissen deutschnationalen Burschenschaften auch auf unseren Hochschulen verbreitet. Das jugendliche Alter der in der letzten Zeit verhafteten Neonazi ist dabei eher alarmierend als beruhigend, denn es bedeutet, daß hier bereits eine Schar fanatischer Aktivisten herangewachsen ist, mit denen unser Land auch in Zukunft zu rechnen haben wird.

Im Interesse unserer Jugend und unserer demokratischen Staatsform muß das Wiederaufleben des Nazismus um jeden Preis verhindert werden.

Aus dem Wiener Landesverband

Die Bezirke berichten:

Innere Stadt

Jahresversammlung. Unsere Bezirksgruppe hielt am 14. Mai 1962 die Jahresversammlung 1961 ab. Den Vorsitz führte der Obmann Genosse Jonny Moser. Die Tagesordnung umfaßte folgende Punkte:

1. Berichte
2. Allfälliges
3. Neuwahl.

Zu Beginn der Versammlung richtete unser Bezirksobmann, Genosse Adolf Planek, im Namen der Bezirksorganisation der SPÖ herzliche Worte der Begrüßung an die Versammlung. Hierauf brachte Genosse Moser den Bericht; ebenso referierten die anderen Funktionäre. Dem scheidenden Vorstand wurde bei einer Stimmenthaltung und ohne Gegenstimme die Entlastung erteilt. Bei der Neuwahl wurden folgende Genossen einstimmig gewählt:

Ehrenobmann: Genosse Otto Konrad
Obmann: Genosse Jonny Moser
1. Kassier: Genossin Anny Konrad
2. Kassier: Genosse Josef Rosenheck
Schriftführer: Genosse Josef Landgraf
Kontrolle: Genossin Hermine Sperlinger und Genosse Viktor Grabner
Karteiführer: Genossin Anny Konrad
Opferfürsorgereferat: Die Genossen Otto Konrad und Jonny Moser
Beisitzer: Genosse Adalbert Percy Klünger
Delegierte zur Bundeshauptversammlung: Die Genossen Otto Konrad und Jonny Moser
Delegierte zur Landeshauptversammlung: Die Genossen Otto Konrad und Jonny Moser
Delegierte zur Bezirkskonferenz der SPÖ: Die Genossen Viktor Grabner und Adalbert Percy Klünger
Delegierter zum Bezirksausschauß der SPÖ: Genosse Josef Landgraf

Dann brachte Genosse Lustig den Antrag ein, dem Genossen Otto Konrad für seine langjährige opferfreudige Mitarbeit eine besondere Ehrung zuteil werden zu lassen. Die Bezirksgruppe wird ihm im Rahmen einer Feier eine Ehrenurkunde überreichen. Nach der Wahl ergab sich noch eine sehr lebhafte Diskussion, in der zum Ausdruck kam, daß wir voll Zuversicht den kommenden Wahlen entgegengehen können.

Genosse Moser sprach noch ein Schlußwort und schloß um 21.30 Uhr die Jahresversammlung.

Anschließend wurden noch Anmeldeformulare für die Sammelstellen A und B verteilt.

*

Otto Konrad — ein Fünfundsiebziger. Unser unermüdlicher Genosse Otto Konrad beging am 11. März 1962 seinen 75. Geburtstag. Diesen Anlaß wollen wir benützen, um unseren besten Mann im Bezirk zu ehren.

Genosse Konrad gehört der Sozialistischen Partei seit 40 Jahren an. Er hat an den Februarkämpfen aktiv teilgenommen und mußte im Jahre 1938 aus rassischen und politischen Gründen nach Belgien emigrieren, wo er sofort mit den belgischen Sozialisten in Verbindung trat. Beim Einmarsch der deutschen Truppen wurde er verhaftet und in ein Konzentrationslager gebracht.

Als er im Jahre 1949 nach Wien zurückkehrte, nahm er sofort wieder seine Tätigkeit als Vertrauensmann unserer Partei auf. Zur Zeit bekleidet Genosse Konrad Funktionen im 1. Bezirk. Aber unser Genosse Konrad bekleidet nicht nur Funktionen, sondern er füllt sie auch tatsächlich aus. Er gehört zu den schon wenigen Vertrauensleuten, die den persönlichen Kontakt mit den Mitgliedern durch ständige Besuche aufrechterhalten.

Wir wünschen unserem unermüdlichen Genossen und Freund noch recht viele Jahre erfolgreichen Wirkens für unsere schöne Idee des Sozialismus.

Landstraße

Jahresversammlung. Die Bezirksgruppe Landstraße hat am 21. Februar 1962 ihre Jahresversammlung abgehalten. Der Vorsitzende gedachte der verstorbenen Mitglieder, der Genossen Roman Keppler und Heinrich Schnabel. Dann wurden die Berichte erstattet und der neue Ausschuß sowie die Delegierten gewählt.

Der Wahlvorschlag des Genossen Franz Nowak wurde einstimmig angenommen. Es wurden folgende Genossen in den Bezirksausschuß gewählt.

1. Obmann: Genosse Franz Adelpoller.
2. Obmann: Genossin Barbara Werner.
1. Schriftführer: Genosse Otto Kopetzky.
2. Schriftführer: Genosse Hans Peier.
Kassier: Genosse Richard Werner.
Opferreferent: Genossin Frieda Nödl.
Verfolgtenvertreter: Genosse Julius Latzer.
Kontrolle: Die Genossin Rosa Wopenka sowie die Genossen Ludwig Havazik und Samuel Gatz.
Delegierte zur Bundeshauptversammlung: Die Genossin Barbara Werner sowie die Genossen Julius Latzer und Ludwig Havazik.
Delegierte zur Landeshauptversammlung: Die Genossinnen Barbara Werner und Rosa Wopenka sowie die Genossen Otto Kopetzky, Julius Latzer, Ludwig Havazik und Richard Werner.

Landtagspräsident Genosse Bruno Marek hielt dann Rückschau auf die politische Struktur der Gewalt des Faschismus und den Werdegang zur Kraft der arbeitenden Menschen im Lande und in der Welt. Der Sinn und Zweck des Freiheitskampfes, die Opferbereitschaft für Demokratie damals und später sowie auch in der Gegenwart, wurden vom Referenten beleuchtet. Zum Thema „Gibt es Neonazismus — ja oder nein" verwies der Referent auf die Ereignisse und die damit verbundenen polizeilichen Maßnahmen.

Zur Debatte meldeten sich vier Genossen. In sehr verständlicher Art, treffend und aufklärend, sprach Genosse Marek im Schlußwort. Starker Beifall dankte dem Redner. Mit einem Hinweis zur kommenden Wahl wurde um 21.30 Uhr die Versammlung geschlossen.

Margareten

Jahresversammlung. Am Samstag, dem 10. Februar 1962, fand im Franz-Domes-Saal in Wien V, Kohlgasse 27, die Jahresversammlung unserer Bezirksgruppe statt.

Obmann Genosse Franz Heigelmayr eröffnete um 19.30 Uhr die Jahresversammlung und begrüßte außer den zahlreich erschienenen Mitgliedern Genossen Robert Blau vom Bundesvorstand und den Vertreter der Bezirksorganisation der SPÖ, unseren Genossen Emmerich Sailer.

Einer Reihe von Mitgliedern, die sich wegen Krankheit entschuldigt haben und an der Versammlung nicht teilnehmen konnten, wurden unter lebhafter Anteilnahme der Anwesenden die herzlichsten Genesungswünsche entboten, worauf Genosse Sailer unter Anführung einiger aktueller Tagesereignisse und mit besonderer Betonung der Notwendigkeit des Bestandes unseres Bundes die besten Grüße der Bezirksorganisation überbracht. Der Vorsitzende dankte ihm unter lebhafter Zustimmung aller Anwesenden herzlichst.

Vor Eingang in die Tagesordnung hielt Genosse Heigelmayr einen Nachruf für die im Berichtsjahr verstorbenen Mitglieder unserer Bezirksgruppe, die Genossen Dr. Franz Buchta, Ing. Oskar Hanika, Karl Jorka und Julius Reiter sowie für den Genossen Adolf Neubauer, der bis zu seiner Übersiedlung unserer Bezirksgruppe angehört hat. Auch der verstorbenen Gattin unseres Genossen Adolf Weigelt sowie allen im Berichtsjahr durch Tod aus unserer Mitte geschiedenen Kampf- und Leidensgefährten unseres Bundes wurde vom Vorsitzenden mit zu Herzen gehenden Worten gedacht.

Nach der Wahl der Genossen Alois Honischek und Josef Rosak als Protokollprüfer und der Genossen Stefan Bauer, Alexander Blum und Leo Müllner als Wahlkomitee übernahm Genosse Ernst Hein den Vorsitz. Er erteilte Genossen Heigelmayr zum Obmannsbericht das Wort. Er ergänzte den jedem Mitglied mit der Einladung zur Jahresversammlung übermittelten Jahresbericht noch mit kurzen Berichten über die verschiedenen Bundesvorstandssitzungen. Besonders erwähnte der Redner die Informationstagung des Bundesvorstandes und der Bezirksgruppenobmänner über die 12. Novelle zum Opferfürsorgegesetz sowie über die bei dieser Gelegenheit erfolgte Aussprache über den Fall Schönpflug. Im Zusammenhang mit dem Fall Schönpflug wurde auch an den Justizminister Doktor Broda und an den Bund sozialistischer Akademiker geschrieben.

An einer vom Bundesvorstand beschlossenen sogenannten Polenaktion hat sich die Bezirksgruppe mit einer Spende von 100 S und an einer Ausstellung der Lagergemeinschaft Ravensbrück mit einer Spende von 50 S beteiligt. Unsere Bezirksgruppe ist auch förderndes Mitglied des Vereines für die Geschichte der Arbeiterbewegung mit einem Jahresbeitrag von 100 S.

Im Zusammenhang mit der von unserer Bezirksgruppe veranstalteten Februargedenkstunde und der Republikfeierstunde wurde dem Genossen Josef Zak für seine tatkräftige und wertvolle Hilfe und Unterstützung der Dank der Jahresversammlung ausgesprochen.

Anschließend an den Bericht des Obmannes berichteten Genossin Franziska Grubeck über die Kassengebarung, Genosse Hans Smetana namens der Kontrolle und Genosse Alois Honischek als Protokollprüfer. Sämtliche Berichte wurden hierauf ohne Debatte zur Kenntis genommen und der Antrag der Kontrolle auf Entlastung des scheidenden Ausschusses einstimmig genehmigt.

Das nun folgende klare und ausführliche Referat des Genossen Robert Blau, der einleitend auch die Grüße des Bundesobmannes, Genossin Rosa Jochmann, überbrachte, wurde mit großer Aufmerksamkeit und lebhaftem Interesse angehört und mit aufrichtigem Beifall aller Anwesenden herzlichst bedankt. Zum Referat erwähnte Genosse Heigelmayr noch die vom Genossen Ernst Taussig als Opferreferent geleiteten Sprechstunden der Bezirksgruppe; er dankte dem Genossen Taussig für seine mit Liebe und großer Sachkenntnis geleistete Arbeit und forderte die Mitglieder zur Inanspruchnahme dieser Einrichtung auf.

Beim Punkt Neuwahlen berichtete Genosse Leo Müllner namens des Wahlkomitees; seine Vorschläge wurden bei den folgenden Abstimmungen ohne Debatte einstimmig angenommen. Folgende Genossinnen und Genossen wurden gewählt:

1. Obmann: Genosse Franz Heigelmayr
2. Obmann: Genosse Ernst Hein
3. Obmann: Genosse Ernst Taussig
Kassier: Genossin Franziska Grubeck
1. Schriftführer: Genosse Viktor Knoll
2. Schriftführer: Genosse Josef Rosak
Opferfürsorge: Genosse Ernst Taussig
Kontrolle: Die Genossen Alois Honischer, Hans Nosko und Hans Smetana
Delegierter im Bezirksausschuß: Genosse Ernst Hein
Delegierte zur Bezirkskonferenz: Die Genossen Ernst Hein und Ernst Taussig

Als Delegierte zur Bundes- beziehungsweise Landeshauptversammlung wurden alle Ausschußmitglieder nach Maßgabe der zu besetzenden Mandate gewählt.

Genosse Heigelmayr übernahm hierauf wieder den Vorsitz und dankte namens der Gewählten für das bewiesene Vertrauen sowie dem Wahlkomitee für seine geleistete Arbeit. Gleichzeitig gratulierte er unter lebhaftem Beifall aller Anwesenden dem Obmann des Wahlkomitees, Genossen Leo Müllner, zu seinem heutigen 65. Geburtstag.

Bei dem nun folgenden Punkt Allfälliges sprach der Vorsitzende über einen vom Bundesvorstand geplanten Besuch des KZ-Lagers Auschwitz; und etwa 20 Anwesende meldeten ihre eventuelle Teilnahme an einer solchen Reise an.

Weiters erinnerte der Redner an die Sonntag, den 11. Februar, veranstaltete Februargedenkstunde, bei der Innenminister a. D. Genosse Oskar Helmer seine Teilnahme zugesagt hat. Es wird auch der Film „Eichmann und das Dritte Reich" gezeigt werden. Da wegen dieses Films sicherlich — und unter Umständen sogar von unseren Freunden — gefragt werden wird, ob es nicht besser wäre, einen Schlußstrich unter die Vergangenheit zu ziehen, erklärte Genosse Heigelmayr, daß wir verpflichtet sind, stets wachsam zu sein; wir dürfen die Schandtaten des Faschismus und die Millionen Opfer dieser Blutzeit niemals vergessen!

Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgten, schloß Genosse Heigelmayr um 21 Uhr die Jahresversammlung; dann wurde der Film „In Nacht und Nebel" vorgeführt und mit tiefer Ergriffenheit von den Anwesenden angesehen.

*

Ernst Hein †. Am 13. Mai 1962 hat unsere Bezirksgruppe durch das Ableben ihres seit Gründung des Bundes als Obmann tätig gewesenen Genossen Ernst Hein einen schweren Verlust erlitten.

Vor 1914 schon als Obmann der SAJ, dann als Sektionsleiter und Vorstandsmitglied der Bezirksorganisation Margareten tätig gewesen, wurde Genosse Hein nach 1918 in der gleichen Funktion in die Bezirksvertretung gewählt und kandidierte wiederholt für den Wiener Gemeinderat.

Nach dem Februar 1934 war Genosse Hein für die RS tätig, er wurde in der NS-Zeit in das KZ Buchenwald verbannt. Nach seiner Entlassung konnte er nach Italien emigrieren, wo er Verbindung mit mehreren Partisanengruppen aufnahm. Nach seiner Rückkehr in die Heimat im Jahre 1946 war er bis 1959 als Fraktionsvorsitzender in der Margaretner Bezirksvertretung und bis zu seinem Tode als Vorstandsmitglied unseres Bundes tätig. In dieser Funktion war er wiederholt in den Bundesländern als Redner tätig und gewann überall persönliche Freunde, aber auch Freunde für unseren Bund sowie für die Sozialistische Partei. Alle Körperschaften verlieren in Genossen Hein einen wertvollen Menschen und Mitarbeiter. Wir werden ihn niemals vergessen!

Favoriten

Jahresversammlung. Am Montag, dem 12. Februar, fand um 19 Uhr im Arbeiterheim Favoriten, X, Laxenburger Straße 8—10, die Jahresversammlung unserer Bezirksgruppe statt.

Tagesordnung: 1. Wahl eines Wahlkomitees.
2. Berichte.
3. Neuwahlen.
4. Allfälliges.

Nach der Jahresversammlung veranstaltete die Bezirksgruppe eine Gedenkfeier zum 12. Februar 1934, wobei auch der Film „Durch Nacht und Nebel" vorgeführt wurde.

Simmering

Jahresversammlung. Die Bezirksgruppe Simmering hat ihre diesjährige Jahresversammlung am 27. März 1962 abgehalten. Obmann Genosse Janak eröffnete die Versammlung. Vor Eingang in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende der im abgelaufenen Berichtsjahr verstorbenen Genossen Baumann, Pjeta und Wonder. Genosse Baumann war als vorbildlicher Sozialist und Obmann unserer Bezirksgruppe allseits beliebt. Bei der Trauerfeier im Krematorium am 14. April vorigen Jahres, hat Genossin Jochmann seiner Verdienste in dankbaren Worten gedacht. Die Genossen Pjeta und Wonder waren Kämpfer für die Freiheit und für den Sozialismus. Sie hatten als Schutzbündler und bis zu ihren schweren Erkrankungen jederzeit ihren Mann gestellt. Den drei Genossen wird durch ihr Wirken ein ehrendes Gedenken bewahrt bleiben.

Dann erstattete der Vorsitzende den Bericht für das Berichtsjahr und wies insbesondere darauf hin, daß der den Opfern der Gewaltherrschaft schon bei den Wahlen im Jahre 1956 versprochenen Erfüllung ihrer berechtigten Wünsche nun nach einigen Jahren stetigen Drängens endlich mit der Verabschiedung der 12. Novelle zum Operfürsorgegesetz im Frühjahr 1961 Rechnung getragen wurde. Wenn auch die Vorschriften nicht mit der Verlautbarung wirksam wurden, so machte eine Durchführungsverordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung es doch möglich, daß Anträge bereits zur Überprüfung angenommen wurden. Von der Bezirksgruppe wurde sofort Vorsorge getroffen, daß den Anspruchsberechtigten bei der Einbringung der Anträge, jede mögliche Hilfe zuteil wurde. Der Vorsitzende dankte den mit dieser Arbeit betrauten Genossen Fuchs und Weis für die den Opfern geleisteten Dienste und gab der Erwartung Ausdruck, daß in den nächsten Tagen der Nationalrat die Inkraftsetzung des Gesetzes beschließen wird.

Weitere Berichte des Kassiers und der Kontrolle wurden zur Kenntnis genommen, und der Antrag auf Entlastung wurde einstimmig angenommen.

Bei den darauffolgenden Wahlen wurde über Antrag des Genossen Klima, der bisherige Ausschuß wiedergewählt:

1. Obmann: Genosse Johann Janak
2. Obmann: Genosse Richard Weis
1. Kassier: Genosse Rudolf Wolf
2. Kassier: Genosse Karl Fajfrzyk
Kontrolle: Die Genossen Viktor Zamecnik und Hans Kratky.

Genosse Holzer dankte dann für die Einladung zur Jahresversammlung, welcher er als Freiheitskämpfer und Vertreter der Bezirksorganisation immer gerne folge. Von letzterer überbringe er die Grüße des Bezirksvorstandes. Wenn er wieder gebeten wurde, hier heute zu referieren, so komme er diesem Wunsche gerne nach. Der Referent verwies sodann auf die vor vierzehn Tagen im Ministerrat verweigerte Zustimmung der ÖVP, zu dem vom Justizminister Dr. Broda vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des inneren Friedens. Dabei wurde nur verlangt, daß die ÖVP einem Gesetz zustimme, welches auch in dem von ihrer Schwesterpartei regierten Westdeutschland schon längst existiert. Die recht konservativen Schweizer haben gleichfalls ein Gesetz für den inneren Frieden und die demokratische Ordnung. Wie notwendig in Österreich ein solches Gesetz ist, haben die Ereignisse der letzten Monate bewiesen. Und daß der politische Kampf mit allen Mitteln geführt wird, beweise ein persönlich diffamierender Angriff des ÖVP-Generalsekretärs Dr. Withalm gegen den Justizminister. Es ist bezeichnend, wie die ÖVP den nächsten Wahlkampf zu führen gedenkt.

Wir wollen, wenn irgendmöglich, die Legislaturperiode einhalten, und es ist noch nicht entschieden, ob schon in diesem Herbst oder erst im kommenden Frühjahr Wahlen abgehalten werden. Wichtig ist, demokratisch zu wirken, demokratisch verwaltet und demokratisch regiert zu werden. Wäre dies in den Jahren nach 1934 und 1938 gewesen, würden heute keine Gesetze für eine Wiedergutmachung notwendig sein. Der Referent kam dann auf die Entwicklung der Wiedergutmachungsgesetze in Österreich zu sprechen und forderte die Freiheitskämpfer abschließend auf, auch weiter so wie bisher, bedingungslos für den Sozialismus zu wirken.

Genossin Jochmann, die von einer Frauenversammlung in Klosterneuburg zu uns kam — sie wurde herzlichst begrüßt —, sprach dann zu den vielen Problemen der Wiedergutmachung. Es gibt viele Freiheitskämpfer, und es ist ein sehr großer Prozentsatz, die im Kampf für die Freiheit ihre Pflicht erfüllt haben und noch keine Berücksichtigung gefunden haben. Es gebe aber auch viele Menschen, die der Ansicht sind, wenn sie über die Opfer des Faschismus etwas hören oder lesen, daß „die Opfer schon wieder etwas bekommen." Bis vor zwei Jahren hatte man bei diesen Problemen noch eine sehr laxe Haltung gezeigt. Seit man jedoch hat erkennen müssen, daß sich die faschistischen Fäden bereits über Europa hinaus gezogen haben, bedarf diese Welle eines energischen Entgegentretens.

Die Rednerin besprach sodann die verschiedenen Fälle der Wiedergutmachung gemäß der 12. Novelle und wies abschließend auf unsere Reise nach Auschwitz hin.

Obmann Genosse Janak dankte dem Referenten und der Genossin Jochmann für ihre Ausführungen und machte noch auf die Möglichkeit aufmerksam, daß Anmeldungen für die Fahrt nach Auschwitz noch an den nächsten zwei Dienstagen im Sekretariat entgegengenommen werden.

Meidling

Jahresversammlung. Am Freitag, dem 2. März 1962, fand die Jahresversammlung der Bezirksgruppe statt. Obmann Genosse Johannes Cäsar eröffnete die Versammlung und konnte als Vertreter des Bezirksvorstandes der Bezirksorganisation den Genossen August Fürst, den Obmann des Bezirksbildungsausschusses Genossen Leopold Röhrer und den Sekretär Genossen Franz Hradil begrüßen; diese Genossen sind auch Mitglieder unserer Bezirksgruppe. Nach der Begrüßung hielt Genosse Cäsar einen tiefempfundenen Nachruf für die im Berichtsjahr verstorbenen Mitglieder Josef Brabenetz, Antonie Schmid und Ignaz Weiß. Zu Beginn der Versammlung wurden auf Antrag der Genossin Martha Hölt in das Wahlkomitee die Genossin Hermine Hrnza sowie die Genossen Otto Derschowitz und Franz Hagen gewählt. Vor den Berichten begrüßte Obmann Genosse Cäsar den Referenten Genossen Robert Blau und erteilte ihm sogleich das Wort zu seinem großangelegten Referat über den Inhalt der 12. Novolle zum Opferfürsorgegesetz. Das Referat wurde von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen. An der Debatte beteiligten sich zwei Genossen und eine Genossin.

Nach diesem Referat erstatteten der Obmann Genosse Cäsar und der Kassier Genosse Wechsberg die Berichte über die Arbeit der Bezirksgruppe für das Berichtsjahr 1961. Genosse Grabatsch sprach für die Kontrolle und beantragte, dem scheidenden Ausschuß die Entlastung zu erteilen. Die Berichte wurden ohne Einwendung zur Kenntnis genommen, und auch der Antrag der Kontrolle bei der nun folgenden Abstimmung fand einstimmige Annahme. Dann berichtete der Obmann des Wahlkomitees Genosse Derschowitz über folgenden Wahlvorschlag:

1. Obmann: Genosse Johannes Cäsar;
2. Obmann: Genossin Helene Gabriel;
Kassier: Genosse Felix Wechsberg;
Schriftführer: Genosse Karl Swoboda;
Kontrolle: Die Genossen Otto Tobola und Paul Grabatsch;
Delegierte zur Bezirkskonferenz: Die Genossen Johannes Cäsar und Karl Swoboda;
Delegierter zum Bezirksausschuß: Genosse Johannes Cäsar.

Der Wahlvorschlag wurde einstimmig angenommen. Anschließend dankte der neugewählte Obmann Genosse Cäsar dem Wahlkomitee für die geleistete Arbeit und der Jahresversammlung im Namen aller gewählten Funktionäre für das entgegengebrachte Vertrauen.

Anläßlich des Ausscheidens des Genossen Anton Kräuter aus dem Ausschuß der Bezirksgruppe — er war zwölf Jahre Kassier der Gruppe — dankte ihm Genosse Cäsar herzlich für seine nimmermüde Tätigkeit in dieser Funktion und wünschte ihm einen guten, gesunden Ruhestand.

Zum Schluß erinnerte Genosse Cäsar daran, daß das Jahr 1962 ein wichtiges Wahljahr ist, und er forderte alle Mitglieder auf, wo immer es möglich ist, zu Propagandisten der Partei zu werden und so mitzuhelfen, daß unsere Sozialistische Partei einen eindeutigen Sieg erringe.

Hietzing

Jahresversammlung. Die Jahresversammlung unsere Bezirksgruppe fand am 6. März 1962 statt. Genosse Robert Blau vom Bundesvorstand erstattete ein ausführliches Referat über die 12. Novelle zum Opferfürsorgegesetz, das mit viel Interesse und großem Beifall aufgenommen wurde. Der Vorsitzende, der von der Bezirksorganisation der SPÖ den Genossen Fischer begrüßen konnte, dankte namens der versammelten Genossinnen und Genossen für das Referat.

Bei den Wahlen wurde folgender Vorschlag einstimmig angenommen:

1. Obmann: Genosse Eduard Schlesinger.
2. Obmann: Genosse Wilhelm Klarl.
1. Kassier: Genosse Karl Harrer.
2. Kassier: Genosse Michael Frischauf
Beisitzer: Genossin Rudolfine Muhr.
Kontrolle: Die Genossen Rober Demuth und Ferdinand Hinzl.

Genosse Schlesinger dankte für das Vertrauen und versprach namens des Ausschusses, auch weiter alles zu tun,

um den Kämpfern für Freiheit und Menschenwürde zu ihrem Recht zu verhelfen, den Opfern des Kampfes gegen den grünweißen und braunen Faschismus aber stets zur Seite zu stehen. Nie wieder Faschismus — niemals vergessen!

*

Leo Deutsch †. Im Juli vorigen Jahres freuten sich seine Freunde mit unserem Genossen Leo Deutsch über seinen 80. Geburtstag. Schon wenige Monate später befiel ihn aber eine schwere Krankheit, der er am Sonntag, dem 14. Jänner, zum Opfer fiel. Wer den stillen, bescheidenen und noch immer fleißigen Mann kannte, wird um ihn aufrichtig trauern. Leo Deutsch gehörte anfangs der Sozialistischen Arbeiterjungend an. Nach dem Ende des ersten Weltkrieges war er Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates, der Körperschaft, die viel dazu beigetragen hat, in das Chaos der zerfallenden Monarchie wieder einigermaßen Ordnung zu bringen. Später gehörte er dem Schutzbund an, obwohl ihm die Strapazen nicht leicht fielen, denn er war in jungen Jahren lungengefährdet gewesen.

Sein ruhiges, gütiges Wesen neigte sich später der Arbeit in den Kulturorganisationen zu. Schon sehr leidend, trug er bis an sein Lebensende viel zu den Erfolgen bei, die der Arbeiter-Abstinentenbund unter der Mitarbeit jüngerer Kräfte in den letzten Jahren erreichen konnte. Bis in die letzten Tage seines Lebens gehörte sein Interesse der Sozialistischen Partei. Auch ein großer Bücherfreund ist mit ihm dahingegangen. Wieder hat uns einer der ganz wenigen von der „Alten Garde" verlassen; und wer Leo Deutsch gekannt hat, wird sein Hinscheiden aufrichtig bedauern. Niemals vergessen!

Rudolfsheim-Fünfhaus

Jahresversammlung. Am Donnerstag, dem 5. April 1962, fand um 19.30 Uhr im Arbeiterheim, Wien XV, Hackengasse 13, die Jahresversammlung der Bezirksgruppe statt. Nach dem Bericht des Obmannes, der ohne Debatte zur Kenntnis genommen wurde, erstattete in Vertretung des entschuldigten Genossen Reigl unser Genosse Müller den Wahlvorschlag:

1. Obmann: Genosse Rudolf Fiedler.
2. Obmann: Genosse Karl Holaubek.
Kassier: Genosse Josef Müller.
Fürsorgereferat: Die Genossen Anton Matourek und Hans Herz.
Schriftführer: Genosse Moritz Kuhn.
Kontrolle: Die Genossen Leo Mistinger und Franz Graczoll.
Delegierte zur Landeshauptversammlung:
Die Genossen Rudolf Fiedler, Hans Herz, Josef Müller und Rudolf Reigl.
Delegierte zur Bundeshauptversammlung:
Die Genossen Rudolf Fiedler und Rudolf Reigl.

Der Wahlvorschlag wurde von der Jahresversammlung zur Kenntnis genommen und einstimmig zum Beschluß erhoben.

Anschließend hielt Genosse Robert Blau vom Bundesvorstand ein Referat über die Auswirkungen der 12. Novelle zum Opferfürsorgegesetz, an das sich eine lebhafte Diskussion anschloß. Genosse Blau beantwortete in seinem Schlußwort alle an ihn gerichteten Anfragen.

Mit einem „Niemals vergessen" schloß der Obmann um 21 Uhr die Jahresversammlung.

Ottakring

Jahresversammlung. Am 15. Februar fand unter außergewöhnlich starker Beteiligung die diesjährige Jahresversammlung der Bezirksgruppe in Wien XVI, Zagorskygasse, statt.

Die Tagesordnung umfaßte die Begrüßung, Berichte, Neuwahlen und ein Referat des Mitgliedes des Bundesvorstandes Genossen Robert Blau über die 12. Novelle zum OFG. Bei der Begrüßung konnte der 2. Obmann Genosse Linnert den Bezirksobmann der SPÖ XVI Genossen Karl Kysela und den Genossen Karl Rössner erwähnen. Nach der Ehrung unserer Toten, deren Hinscheiden eine schmerzliche Lücke in unsere Reihen gerissen hat, sprach Genosse Rössner im Namen der SPÖ Worte der Anerkennung für die sozialistischen Freiheitskämpfer und gedachte besonders der Kämpfe in diesem Bezirk am 12. Februar 1934.

In das Wahlkomitee wurden die Genossin Emma Leitelmayer sowie die Genossen Rudolf Grasgruber und Alois Hohenberg gewählt.

Im Bericht hatte es der 1. Obmann Genosse Eibicht nicht schwer, denn die Arbeit in der Bezirksgruppe ist von intensivem Leben erfüllt dessen Motor der Genosse Linnert ist. Genosse Eibicht fand auch Worte des besonderen Dankes für den Bezirksvorstand der SPÖ, der der Bezirksgruppe immer vollstes Verständnis entgegenbringt und sie mit Rat und Tat unterstützt. Gleichfalls wurde der Dank ausgesprochen den Sektionen IX und XXX deren Räumlichkeiten wir jede Woche unentgeltlich benutzen. Im besonderen wies noch Genosse Eibicht auf die Teilnahme bei den verschiedenen Kundgebungen hin, und es gereicht der Bezirksgruppe zur Ehre, immer zahlreich vertreten zu sein. Nach der Erstattung des Kassaberichtes durch Genossen Grasgruber und nach dem Antrag der Kontrolle durch Genossen Herzog wurden die Berichte einstimmig angenommen.

Für das Wahlkomitee wurde folgender Antrag auf Bildung des neuen Ausschusses gestellt:

1. Obmann: Genosse Friedrich Eibicht.
2. Obmann: Genosse Franz Linnert.
1. Kassier: Genosse Ludwig Tuma.
2. Kassier: Genosse Josef Grasgruber.
Schriftführer: Genosse Gustav Hagner.
Kontrolle: Die Genossen Leopold Herzog und Franz Segulin.
Delegierter zum Bezirksausschuß: Genosse Franz Linnert.
Delegierte zur Bezirkskonferenz: Friedrich Eibicht und Ludwig Tuma.
Delegierte zur Bundeshauptversammlung: Die Genossen Eibicht, Linnert, Hagner, Tuma und Herzog.
Delegierte zur Landeshauptversammlung: Die Genossen Eibicht, Linnert, Hagner, Tuma, Herzog, Grashuber und Röschl.

Der Wahlvorschlag wurde einstimmig angenommen.

In einem tiefschürfenden und gut aufgebauten Referat behandelte sodann Genosse Robert Blau die Probleme der 12. Novelle zum OFG, und sein Referat ließ keinen Wunsch offen. Die rege Diskussion zeigte, wie aufschlußreich das Referat war und wie es Genosse Blau verstand, allen aus dem Herzen zu reden.

Den Abschluß der Jahresversammlung brachte uns der Film „Sein oder Nichtsein". Nach 23 Uhr schloß Genosse Eibicht mit unserem Gruß „Freundschaft!" die Versammlung.

Hernals

Jahresversammlung. Den Märtyrern und Opfern des Freiheitskampfes im Februar 1934 gedachte die Bezirksgruppe Hernals in einer schönen Feier am 11. Februar 1962. Genosse Otto Probst hielt die Gedenkrede. Er zeichnete in einprägsamer Weise ein Bild der Situation in den Jahren 1933 und 1934, stellte fest, daß der Austrofaschismus dem braunen Faschismus den Weg bereitet hat und alle Geschichtsfälschungen der ÖVP und Buchschreiber die Schuld der damaligen Machthaber nicht auslöschen und aus Dollfuß keinen Staatsmann oder Unschuldigen machen können.

Der Redner zeigte auf, wie notwendig es ist, daß auch die jetzige junge Generation die Wahrheit über den Freiheitskampf des Jahres 1934 kenne, damit sie verstehe, wie wichtig die Zusammenarbeit der beiden großen Parteien ist für die Erhaltung des inneren Friedens.

Der Beifall der Festversammlung dankte Genossen Probst für seine ausgezeichnete Gedenkrede. Genosse Ibaschitz sorgte für den künstlerischen Rahmen.

Anschließend fand die Jahresversammlung der Bezirksgruppe XVII statt. Der Obmann, Genosse Robert Blau, informierte die Teilnehmer im Rahmen seines Berichtes auch über die letzte Phase der Wiedergutmachung und stellte fest, daß es dem Drängen unseres Bundesobmanns Genossin Rosa Jochmann gelungen sei, eine vorzeitige Inkraftsetzung der 12. Novelle für über 65 Jahre alte Geschädigte und die Bezieher einer Unterhaltsrente zu erreichen. Er erläuterte die Auswirkungen der 13. Novelle des OFG, der letzten Novelle des KOVG, und das Problem der Verteilung des sogenannten Erblosen Vermögens.

Vor dem Eingehen in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende der verstorbenen Genossen Karl Brosch, Doktor Benedikt Kautsky und Synek. Mit dem Ableben des Genossen Brosch verlor die Bezirksgruppe ihren verdienten Obmannstellvertreter. Mit dem Dahinscheiden des Genossen Dr. Kautsky verlor die Arbeiterbewegung ihren großen Lehrer und Wirtschaftsexperten.

Einstimmig wurde nachfolgender Ausschuß gewählt:
1. Obmann: Genosse Robert Blau.
2. Obmann: Genosse Karl Panek.
Kassier: Genossin Hermine Kinder.
Schriftführer: Genossin Johanna Resler.
Beisitzer: Genosse Friedrich Bock.
Kontrolle: Die Genossen Willibald Kal und Hugo Kohn.

Zu der Landes- und Bundeshauptversammlung wurden delegiert: Die Genossinnen Hermine Kinder und Johanna Resler sowie die Genossen Karl Panek, Friedrich Bock, Willibald Kal und Hugo Kohn.

Mit dem Bekenntnis, daß die sozialistischen Freiheitskämpfer alle Gefährdungen des inneren Friedens, jede Form des Neofaschismus und den Antisemitismus vorbehaltslos bekämpfen werden, schloß der Obmann die Versammlung.

Döbling

Jahresversammlung. Unsere Jahresversammlung fand am 23. Jänner 1962 im Parteiheim statt und wies einen guten Besuch auf. Obmann Genosse Johann Haas gedachte zunächst unserer Toten, der Genossin Therese Heger sowie der Genossen Johann Hartner und Karl Weis. Er schlug dann vor, unserem Bezirksobmann Genossen Karl Mark, der einen Verkehrsunfall erlitten hatte, den Gruß der Versammlung mit besten Genesungswünschen zu übermitteln.

Genosse Haas erstattete unter Vorsitz der Genossin Zaunstöck den Jahresbericht. Die laufenden Angelegenheiten wurden in sechs Ausschußsitzungen erledigt, ferner wurden drei Mitgliederversammlungen abgehalten. Außer unserer Beteiligung am 1. Mai, dem Gräberbesuch unserer gefallenen Genossen und dem Marsche zum Mahnmal, beteiligten

sich viele Genossen an der Gedenksteinenthüllung in Mödring für den von den Nazi ermordeten Genossen Isidor Wosniczak, eines ehemaligen Döblinger Freiheitskämpfers. Er war bis zum Jahre 1934 ein führender sozialdemokratischer Funktionär im Kamptale.

Nach dem Bericht des Obmannes brachte Genosse Nemschütz den Kassabericht. Beide Berichte wurden von der Versammlung einstimmig zur Kenntnis genommen.

Genosse Cerwenka schlug als Obmann des Wahlkomitees folgende Genossen und Genossinnen für den neuen Ausschuß vor:

1. Obmann: Genosse Johann Haas.
2. Obmann: Genossin Marie Zaunstöck.
1. Kassier: Genosse Ernst Nemschütz.
2. Kassier: Genossin Anna Zachata.
1. Schriftführer: Genosse Oskar Passauer.
2. Schriftführer: Genosse Franz Belohlavek.

Opferfürsorgereferat: Genosse Johann Haas.

Kontrolle: Die Genossen Georg Metzl und Friedrich Pfündl.

Delegierte zur Bundeshauptversammlung: Die Genossen Johann Haas, Ernst Nemschitz und Oskar Passauer.

Delegierte zur Landeshauptversammlung: Die Genossinnen Anna Haas und Marie Zaunstöck sowie die Genossen Ernst Nemschitz, Oskar Passauer und Friedrich Pfündl. Ersatz:: Genossin Anna Zachata.

Alle nominierten Genossen wurden von der Versammlung einstimmig gewählt.

Sodann folgte das Referat des Genossen Robert Blau, der für die Bundesleitung erschienen war. Er befaßte sich eingehend mit der 12. Opferfürsorgenovelle, schilderte die Voraussetzungen und Wege zur Erlangung der Entschädigungen, erwähnte aber auch manche Härten. Der Kreis der Berechtigten wird immer kleiner, so daß nur allfällige Erben für Wiedergutmachung in Betracht kämen. Bis heute ist der Vorschlag der Genossin Jochmann, Vorschüsse zu leisten, nicht durchgeführt worden. Vor allem sollten die Alten und Kranken im Laufe des Jänner Anzahlungen erhalten. Genosse Blau teilte noch mit, daß die deutsche Regierung als Entschädigung für österreichische Sozialversicherungsanstalten 321 Millionen RM zugesagt hat. Die Ratifizierung ist derzeit noch ausständig.

Nach dem ausführlichen, mit viel Beifall aufgenommenen Referat des Genossen Blau wurden Anfragen aus der Mitte der Anwesenden gestellt. Es sprachen die Genossen Bizarsky und Kohn, die die lange Dauer der Erledigungen beklagten, sowie die Genossen Tröstl, Metzl, Kreisl und Belohlawek. Genosse Blau erwiderte ausführlich auf die verschiedenen Anfragen.

Genosse Haas machte nochmals auf die Februarfeier aufmerksam und erklärte die Jahresversammlung für geschlossen.

*

Johann Hartner †. Mit Genossen Hartner ist ein Kämpfer dahingeschieden, der unserer Bewegung wertvolle Dienste geleistet hat. Er war Sektionsleiter in Klosterneuburg, Gebietsleiter der RS für das Gebiet bis Tulln, wo er seine organisatorische Arbeit unter schwierigsten Verhältnissen leistete. Nach seiner Übersiedlung in den 19. Bezirk nahm er sofort seine Tätigkeit als Sprengelleiter auf.

Und wer die Gefahren kennt, die die Arbeit für die RS gerade auf dem Lande mit sich gebracht hat, der wird leicht verstehen, mit wieviel Hingabe nunmehr Genosse Hartner seine neue Funktion ausgeübt hat.

Wir trauern um den Dahingeschiedenen, dessen Mitarbeit unsere Organisation schwer vermissen wird. Wir werden Genossen Hartner niemals vergessen!

*

Karl Mader †. In besonderer Anerkennung gedenken wir des kürzlich verstorbenen ehemaligen Fürsorgevorstehers, Genossen Karl Mader, der seinerzeit aus dem 18. Bezirk zu uns übersiedelt ist und hier als Sektionsleiter in Neustift am Walde tätig war.

Er war im Februar 1934 an maßgebender Stelle tätig, wurde als E-Werk-Angestellter entlassen und in späterer Folge neuerdings gemaßregelt. Als Vorsteher des Fürsorgeamtes Döbling hat er während seiner Funktionszeit vielen geholfen.

Sein Angedenken wird bei allen, die ihn gekannt haben, stets lebendig bleiben.

Genosse Mark hielt unserem dahingegangenen Freund einen tiefempfundenen Nachruf. Niemals vergessen!

*

Abschied von vier Genossen. Drei wackere und in den harten Februartagen des Jahres 1934 bewährte Genossen des Republikanischen Schutzbundes sind nicht mehr unter uns. Die Genossen Rudolf Blank, Edmund Weisz und Karl Weis sind nach einem arbeitsreichen Leben voller Hingabe an die Sache der Arbeiterschaft und die Idee des Sozialismus gestorben. Wir gedenken aber auch der verstorbenen Genossin Hermine Wawra, die während jener Zeit unserer Kampforganisation und den Revolutionären Sozialisten wichtige und wertvolle Dienste geleistet hat.

Unsere vier Kämpfer für Freiheit und Demokratie wurden entsprechend ihrem Wunsch in aller Stille den Flammen übergeben. Die Bezirksgruppe Döbling wird ihrer stets gedenken. Niemals vergessen!

*

Karl Hrdlicka †. Am 13. März 1962 versammelte sich eine größere Anzahl von Genossinnen und Genosse im Gersthofer Friedhof, um unserem Genossen Karl Hrdlicka die letzte Ehre zu erweisen.

Genosse Hrdlicka hat gemeinsam mit Floridsdorfer Schutzbündlern den Verteidigungskampf des Jahres 1934 mitgemacht. Er war von Beruf Gaskassier der Städtischen Gaswerke und trat schon in jungen Jahren seiner Gewerkschaft bei. Nach dem Zusammenbruch der Monarchie war er in der Partei tätig und später, bei der Gründung des Republikanischen Schutzbundes, sofort in seinen Reihen zu finden. Nach seiner Übersiedlung in den Karl-Marx-Hof war er als Sprengelleiter der Sektion Karl-Marx-Hof Süd und als Obmann tätig.

Mit einem tiefempfundenen Nachruf nahm Genosse Tröstl namens der Bezirksorganisation der SPÖ, der Freiheitskämpfer und der Mieter des Karl-Marx-Hofes Abschied von dem Dahingeschiedenen. Niemals vergessen!

Floridsdorf

Jahresversammlung. Am Samstag dem 24. Februar 1962 fand die Jahresversammlung der Bezirksgruppe Floridsdorf statt. Bezirksobmann Genosse Karl Blei begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder und Gäste recht herzlich, insbesonders den Referenten Genossen Robert Blau vom Bundesvorstand, sowie Gemeinderat Genossin Hedwig Lehnert als Delegierte der Bezirksorganisation Floridsdorf. Genossin Rosa Jochmann hatte sich entschuldigt, da sie bei einer Jahresversammlung in Innsbruck das Referat zu halten hatte.

Nach Bekanntgabe der Tagesordnung hielt Genosse Blei den im abgelaufenen Jahr verstorbenen Mitgliedern einen tief empfundenen Nachruf; es waren dies die Genossen Jakob Zsdarsa, Rudolf Salomon, Franz Weber, Franz Weihs, Josef Kuba, Anton Feistl, Franz Hofer und Josef Benyö. Genosse Blei sagte: „Wieder hat der Tod eine große Lücke in unsere Reihen gerissen und acht brave und treue Genossen von uns genommen. Wir wollen ihnen ein ehrendes Angedenken dadurch bewahren, daß wir in ihrem Sinne weiter die Interessen der politisch Verfolgten vertreten und für deren Rechte kämpfen. Wir werden ihr Wirken und ihr Opfer niemals vergessen!"

Nachdem Genosse Josef Brazdovics als Schriftführer Auszüge aus dem Protokoll der vorjährigen Jahresversammlung verlesen hatte, was mit großem Beifall entgegengenommen wurde—, erstattete Bezirksobmann Genosse Blei den Tätig-

keitsbericht über das abgelaufene Jahr 1961. Der Mitgliederstand umfaßte am 31. Dezember 1961 31 Frauen und 172 Männer, betrug also zusammen 203 Genossinnen und Genossen.

Zum Gedenken an die Opfer des 12. Februar 1934 wurde am ersten Jahrestag des Todes unseres Genossen Rudolf Sturm an seinem Grabe auf dem Jedlersdorfer Friedhof ein Kranz niedergelegt. Die Gedenkrede hielt Genosse Josef Kohl.

Am 12. Februar 1961 fand die Namensgebung des Sozialbaus auf der Prager Straße 18 statt, der den Namen unseres Genossen Georg Weißel erhielt. Die Bezirksgruppe hatte an dieser Feier, bei der Bundesminister Genosse Anton Proksch die Gedenkrede hielt, teilgenommen und dort einen Kranz niedergelegt.

Das Opferfürsorgereferat, das Genosse Blei leitete, hatte an 29 Sprechtagen mit 44 Stunden 481 Auskünfte und Erledigungen durchgeführt oder weitergeleitet.

An unserer Autobusfahrt ins Ölfeld der Österreichischen Mineralölverwaltung hatten 32 Genossinnen und Genossen teilgenommen. Die Exkursion war sehr lehrreich und alle Teilnehmer waren von den Vorträgen begeistert. Diese Fahrt wurde am Montag dem 19. Juni 1961 durchgeführt. Es war uns aber leider nur eine Fahrt möglich, da weitere Besuche von der ÖMV abgelehnt wurden.

Am Sonntag dem 3. September 1961 führte eine Autobusfahrt nach Mödring im Bezirk Horn, wo die Gedenkstein-Enthüllung für den in den letzten Kriegstagen von der SS ermordeten Genossen Isidor Wosniczak stattfand. Die Gedenkrede hielt Genossin Rosa Jochmann. An dieser Kundgebung haben von unserer Bezirksgruppe 80 Genossinnen und Genossen teilgenommen; 3500 Personen waren bei dieser von der Landesorganisation Niederösterreich veranstalteten Feier anwesend.

Die dritte und letzte Fahrt des Jahres 1961 wurde am Sonntag dem 15. Oktober zum Kraftwerk und Stausee Ottenstein durchgeführt. Auf der Hinfahrt wurde der Heldenberg sowie das Stift Altenburg besichtigt. An dieser Autobusfahrt hatten 63 Genossinnen und Genossen teilgenommen.

Alle diese Fahrten werden für unsere Mitglieder schöne Erinnerungen bleiben.

Nach diesem Tätigkeitsbericht ergriff Genosse Bübl als Kassier der Bezirksgruppe das Wort und sprach über die Kassengebarung. Genosse Pokoy berichtete für die Kontrolle. Er führte an, daß die Bücher, Belege und die Kassa in bester Ordnung vorgefunden wurden und stellte den Antrag, dem scheidenden Ausschuß die Entlastung zu erteilen. Dieser Antrag wurde von der Jahresversammlung einstimmig angenommen.

Zum Punkt 3 der Tagesordnung: „Aufstellung eines Wahlkomitees" gab Genosse Blei bekannt, daß der erweiterte Bezirksausschuß der Jahresversammlung ein provisorisches Wahlkomitee vorschlage, das aus den Genossen Richard Grohs, Richard Stern und Johann Meidlinger bestehen soll. Er ersuchte, diese Genossen zu bestätigen. Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen. Genosse Blei übergab sodann dem Wahlkomitee die Liste des bisherigen Bezirksausschusses und bat, sich zur Beratung zurückzuziehen.

Nun ergriff der Referent Genosse Blau zum Punkt 4 der Tagesordnung das Wort. Zu Beginn seines Referates überbrachte Genosse Blau die herzlichsten Grüße des Bundesvorstandes der Freiheitskämpfer und wünschte der heutigen Jahresversammlung den besten Erfolg. Er betonte, daß er sich immer wieder freue, wenn er in Floridsdorf, einer der stärksten und eifrigsten Bezirksgruppen von Wien, sprechen könne.

Genosse Blau erläuterte die wichtigsten Punkte der beiden Novellen zum OFG. Seine vortrefflichen und leicht verständlichen Ausführungen über die Umwandlung eines Opferausweises in eine Amtsbescheinigung, über die Aufstockung der Haftentschädigung, den Anteil der Witwen oder der Lebensgefährtin an dieser und der Kinder, über das erblose Vermögen, den A- und B-Fonds und wer darauf Anspruch habe, wurden sehr beifällig aufgenommen. Er betonte, daß alle Ansuchen an die verschiedenen Ämter schriftlich einzubringen sind, wenn sie Erfolg haben sollen; mündliche Abmachungen gelten nichts, und es müsse immer ein Akt vorhanden sein.

Nach dem Referat, das mit großem Beifall aufgenommen wurde, dankte Genosse Blei dem Referenten Genossen Blau für seine Ausführungen, die für alle Anwesenden von großer Bedeutung waren. Bei der nachfolgenden Debatte wurden viele Anfragen an den Referenten gerichtet und Auskünfte verlangt, die er dann in seinem Schlußwort beantwortete.

Anschließend an das Referat brachte der Obmann des Wahlkomitees Genosse Grohs zum Punkt 5 die Vorschläge für die neue Bezirksleitung. Er schlug folgende Genossen vor:

1. Obmann: Genosse Karl Blei.
2. Obmann: Genosse Viktor Marsal.
1. Kassier: Genosse Karl Bübl.
2. Kassier: Genosse Richard Grohs.
1. Schriftführer: Genosse Josef Brazovics.
2. Schriftführer: Genosse Viktor Marsal.
Opferfürsorgereferat: Genosse Karl Blei.
Beisitzer: Die Genossen Richard Stern und Johann Lacina.

Genosse Grohs ließ über den 1. Obmann separat abstimmen; dann übergab er die Liste dem neugewählten Obmann zur weiteren Abstimmung, denn Genosse Blei wurde von der Jahresversammlung zum 16. Mal einstimmig wiedergewählt. Genosse Blei ließ nun über den 2. Obmann und den 1. Kassier getrennt abstimmen; auch diese Genossen wurden einstimmig wiedergewählt. Über die anderen Vorschläge wurde en bloc abgestimmt und der Vorschlag des Wahlkomitees einstimmig angenommen.

Für die Kontrolle wurden aus dem Plenium die Genossin Barbara Berchtold sowie die Genossen Franz Pokoy und August Dworschak vorgeschlagen und auch einstimmig gewählt.

Nach der Wahl bedankte sich Genosse Blei für das Vertrauen, das man ihm durch die Wiederwahl entgegengebracht hatte und versicherte, daß er jederzeit seine ganze Kraft für die Interessen unserer Mitglieder einsetzen werde. Er schloß daran die Bitte, ihn in seiner Arbeit tatkräftigst zu unterstützen.

Dann ergriff Genossin Hedwig Lehnert das Wort. Sie überbrachte die herzlichsten Grüße der Bezirksorganisation Floridsdorf und sagte, daß die Floridsdorfer stolz darauf seien, eine so rege Bezirksgruppe der Freiheitskämpfer zu haben, die sich für die Interessen der politisch Verfolgten einsetze.

Zu Punkt 6 gab Genosse Blei bekannt, daß der Bundesvorstand zu Pfingsten eine Fahrt nach Auschwitz durchführe, bei der auch anschließend Krakau und Czenstochau besucht werden. Der Fahrpreis beträgt zirka 350 S pro Person. Nähere Details werden noch rechtzeitig bekanntgegeben. Die Bezirksgruppe wird sich bemühen, auch heuer zwei oder drei Fahrten ins Ölfeld der Österreichischen Mineralölverwaltung zu bekommen. Auch dem Wunsche unserer Mitglieder, eine Fahrt nach Tragöss zum Grünen See durchzuführen, wollen wir erfüllen. Wir werden unsere Genossinnen und Genossen noch zeitgerecht verständigen.

Zum Schluß sagte Genosse Blei, daß unsere Jahresversammlung immer die Zusammenkunft einer großen Familie darstelle, und er möchte diese Gelegenheit dazu benützen, allen unseren Genossinnen und Genossen, die im Jahre 1962 80, 75 und 70 Jahre alt werden, die herzlichsten Glückwünsche der Bezirksleitung der Freiheitskämpfer und unserer Mitglieder auszusprechen. Besonders aber gelte dieser Glückwunsch jenen Genossinnen und Genossen, die schon über 80 Jahre alt sind. Mögen sie alle noch recht lange in unserem Kreis verweilen, in voller Frische und guter Gesundheit.

Mit dem Dank an die zahlreich erschienenen Genossinnen und Genossen wurde die Jahresversammlung mit dem „Lied der Arbeit" und einem kräftigen „Freundschaft!" geschlossen.

Nach der Versammlung folgte noch ein gemütliches Beisammensein mit unseren Mitgliedern und Gästen. Für gute Laune, viel Frohsinn und für rechte Stimmung sorgte Genosse Willi Schwarzer mit seiner Zither. Seine witzigen Vorträge wurden mit großem Beifall belohnt. Genosse Blei wünschte allen recht gute Unterhaltung und bedankte sich recht herzlich für die zahlreichen Geldspenden. So fand unsere Jahresversammlung einen schönen Abschluß, der unseren Genossen noch lange in Erinnerung bleiben wird.

*

Unsere Februarfeier. Am Samstag, dem 10. Februar 1962 fand auf dem Jedleseer Friedhof am Grabe des Genossen Anton Tuschl eine Gedenkfeier für die Februaropfer 1934 statt.

Die Bezirksorganisation Floridsdorf war durch Genossen Fritz Hofmann vertreten. Die Sektion VII hatte eine Abordnung von Vertrauenspersonen unter Führung ihres Obmannes Genossen Doukupil entsendet. Unser Bezirksobmann, Genosse Blei, hielt namens der sozialistischen Freiheitskämpfer von Floridsdorf die Gedenkrede; er betonte, daß wir hier an diesem Grabe aller Opfer gedenken, die damals gefallen oder später an den Folgen der Haft frühzeitig verstorben sind. Wir danken ihnen allen für ihr Opfer und ihr Wirken für die Idee des Sozialismus und geloben wieder, sie niemals zu vergessen.

Als Symbol des Gedenkens wurde von der Sektion VII und den Freiheitskämpfern ein Kranz niedergelegt, die Fahne senkte sich und die Anwesenden verweilten eine Minute in tiefer Trauer. Genosse Blei dankte am Schlusse der Feier den so zahlreich erschienenen Teilnehmern für ihr Kommen und schloß mit unserem Gruß „Freundschaft!" Februar 1934 — niemals vergessen!

Aus den Landesorganisationen

Niederösterreich

Landesvorstandssitzung. Am 23. Februar fand eine Landesvorstandssitzung statt, die sich mit einer Reihe von Organisationsproblemen befaßte. Unter anderem mit der Betreuung unserer Mitglieder, der Mitgliederbewegung selbst, sowie der finanziellen Situation des Landesverbandes.

Mit großer Genugtuung wurde festgestellt, daß der Landesverband Niederösterreich eine Aufwärtsentwicklung nimmt. Durch aktive Werbetätigkeit unserer Bezirksgruppen konnte der Mitgliederstand nicht nur gehalten, sondern weiter ausgebaut werden. Die Betreuung der Mitglieder durch unsere Bezirksgruppen funktioniert, so daß eine nahezu hundertprozentige Erfassung im abgelaufenen Organisationsjahr festzustellen war.

Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

Der Landesvorstand befaßte sich auch mit der zu Pfingsten geplanten Fahrt nach Auschwitz. Es wurde beschlossen, im Einvernehmen mit der jungen Generation und den Bezirksorganisationen der Partei aus jedem Bezirk einer Jugendgenossin oder einem Jugendgenossen die Teilnahme an der Fahrt nach Auschwitz zu ermöglichen.

Der Landesvorstand befaßte sich auch mit der Entsendung unseres Delegierten zum Landesparteitag, der am 23. und 24. Juni 1962 stattfindet.

Als Delegierter wurde Genosse Wimmer von der Bezirksgruppe Korneuburg gewählt; Ersatzdelegierter ist Genosse Karl Heller von der Bezirksgruppe Gmünd.

*

Schwechat. Jahresversammlung. Am 8. März 1962 um 17 Uhr, hielt unsere Bezirksgruppe in kleinen Saal der Körner-Halle in Schwechat die diesjährige Jahresversammlung ab. Obmann Genosse Hans Seitl eröffnete mit einer herzlichen Begrüßung der Mitglieder und des als Referenten erschienenen Landesobmannes von Niederösterreich, Genossen Appel. Anschließend ging Genosse Seitl zur Tagesordnung über. Schriftführer Genosse Nemecek verlas das Protokoll der konstituierenden Versammlung, welches ohne Debatte zur Kenntnis genommen wurde. Der Obmann Genosse Seitl brachte nun den Bericht über die Tätigkeit der Bezirksgruppe im abgelaufenen Jahr, aus dem sehr anschaulich

hervorging, daß unsere junge Bezirksgruppe sehr agil war und schöne Erfolge für sich buchen konnte. Starker und herzlicher Beifall bestätigte dem Genossen Seitl, daß der Ausschuß die übernommenen Pflichten mit Hingabe und Begeisterung erfüllt hatte. Der anschließend gebrachte Kassabericht des Genossen Pessenlehner zeigte, daß auch finanziell gut und sparsam gewirtschaftet wurde. Die Kontrolle bestätigte die übersichtliche und gewissenhafte Buchführung des Genossen Kassiers.

Der Punkt „Neuwahlen" war nach einigen Minuten erledigt, da alle anwesenden Mitglieder für einen Antrag stimmten, der bisherige Ausschuß solle die Leitung der Bezirksgruppe für ein weiteres Vereinsjahr übernehmen.

Gewählt wurden folgende Genossen:

1. Obmann: Genosse Hans Seitl.
2. Obmann: Genosse Josef Wicher.
Kassier: Genosse Rudolf Pessenlehner.
Schriftführer: Die Genossen Nemecek und Scharinger.
Kontrolle: Die Genossen Bachmayer und Finkes.
Beisitzer: Die Genossen Madhal und Burger.

Nun sprach unser Landesobmann Genosse Appel sehr ausführlich über die Wiedergutmachung und führte aus, daß die Verhandlungen zwischen Deutschland und Österreich so weit gediehen sind, daß mit der Ratifizierung noch in diesem Frühjahr zu rechnen ist. Sehr eingehend erläuterte Genosse Appel die 14. Novelle zum Opferfürsorgegesetz und betonte, daß wir in der Partei das mahnende Gewissen sein sollen und sein müssen. Wir dürfen den Neofaschismus nicht überschätzen, aber unter keinen Umständen unterschätzen.

Anschließend sprach Genosse Appel über die vom Landesverband Niederösterreich geplante Fahrt nach Auschwitz, die zu Pfingsten stattfinden soll, und erläuterte die näheren Details der geplanten Fahrt.

Mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgten alle Genossinnen und Genossen die sachlichen, aufklärenden Ausführungen des Redners, der es verstand, alle Anwesenden mit allen unseren Verband betreffenden Forderungen vertraut zu machen. Stürmischer Beifall dankte dem Genossen Appel für seine Ausführungen.

Genosse Seitl dankte unserem Landesobmann für sein Referat, und da keine Wortmeldungen erfolgten, schloß er um 18.30 Uhr die äußerst gut besuchte und von großem Interesse erfüllte Versammlung.

*

Schwechat. Franz Finsterl †. Die Bezirksgruppe Schwechat hat einen stets hilfsbereiten und begeisterten Vertrauensmann verloren: Unser Genosse Franz Finsterl ist nicht mehr. Schon seit seiner frühesten Jugend gehörte Genosse Finsterl der sozialistischen Bewegung an, und er war zuletzt unser Bezirksobmann. Nach dem Februar 1934 hat er mit vielen anderen treuen Genossen in der Illegalität für die RS gearbeitet, und als 1945 endlich die Stunde der Befreiung kam, da war für Genossen Finsterl nicht eine Minute zu verlieren. Er arbeitete sofort am Aufbau der wiedererstandenen Sozialistischen Partei mit und wurde selbst unter der USIA-Verwaltung als sozialistischer Betriebsrat gewählt. Er wurde gemaßregelt und schließlich entlassen.

Sowohl die Sozialistischen Freiheitskämpfer als auch die Partei beklagen den schweren Verlust. Wir werden unseren Genossen Finsterl niemals vergessen!

*

Lilienfeld. Theresia Gschaider †. Unsere bewährte Genossin Theresia Gschaider aus Hainfeld ist am 8. März 1962 verstorben. Sie gehörte seit dem Jahre 1917 der Sozialdemokratischen Partei an und mußte wegen ihrer Gesinnung sowohl in den Jahren des Austrofaschismus, besonders aber in der Nazi-Zeit, viel Kummer auf sich nehmen und harte Verfolgung ertragen.

Nach 1945 war aber Genossin Gschaider gleich wieder da, als unsere Sozialistische Partei neu erstand, und arbeitete mit uns für die Idee des Sozialismus.

Die Bezirksgruppe Lilienfeld hat im Namen der Freiheitskämpfer einen Kranz niedergelegt. Wir wollen Genossin Gschaider niemals vergessen.

*

Neunkirchen. Johann Haas †. Wir betrauern das Ableben unseres Genossen Johann Haas, der in unserer Bezirksgruppe viele Jahre ein eifriges Mitglied und ein bewährter Mitarbeiter gewesen ist. Die Bezirksgruppe Neunkirchen wird Genossen Haas stets ein aufrichtiges Gedenken bewahren. Niemals vergessen!

*

Wiener Neustadt. Johann Christamentl †. Der Tod hat in die Reihen unserer Mitglieder wieder eine empfindliche Lücke gerissen: Genosse Johann Christamentl, der mit ganzem Herzen stets der Idee des Sozialismus gedient hat, ist gestorben. Wir werden sein Eintreten für Recht und Freiheit niemals vergessen.

Oberösterreich

Landeshauptversammlung. Die am Sonntag, dem 25. März, in Linz abgehaltene Landeshauptversammlung war ein voller Erfolg. Hatten schon die früheren Landeshauptversammlungen stets einen ausgezeichneten Besuch aufzuweisen, so war es diesmal das Referat über die 12. Novelle zum OFG, welches einem besonderen Interesse begegnete. Obmann Genosse Kirchschläger eröffnete mit einem Nachruf für die Toten des Jahres 1961; wir werden sie niemals vergessen. Dann begrüßte er neben den vollzählig erschienenen Delegierten den Vizepräsidenten der Arbeiterkammer Genossen Hüttner und den Referenten der Bundesleitung Genossen Hein. Nach der Verlesung des Protokolls durch Genossen Hirsch erstatteten der Obmann Genosse Kirchschläger und Genosse Nejedly als Kassier den Tätigkeits- und Kassenbericht. Während der Beratung des Wahlkomitees erstattete Genosse Hein sein ausgezeichnetes Referat über die schwierige Materie der 12. Novelle zum Opferfürsorgegesetz, wofür dem Redner reicher Beifall gezollt wurde.

In der anschließenden Neuwahl wurden folgende Genossen einstimmig gewählt:

1. Obmann: Genosse Adalbert Meißner;
2. Obmann: Genosse Kirchschläger;
1. Schriftführer: Genosse Hirsch;
2. Schriftführer: Genosse Nejedly;
1. Kassier: Genosse Nejedly;
2. Kassier: Genosse Wiesner;
Kontrolle: Die Genossen Fuchs und Schramayr;
Beisitzer: Die Genossen Leitner und Schwinghammer.
Zu Bezirksvertretern wurden gewählt die Genossen:
Manzenreiter und Freisinger: Steyr;
Besterreimer: Braunau;
Josefa Groiß: Vöcklabruck;
Königsecker: Freistadt;
Fürnhammer: Perg.

Der neugewählte Obmann dankte dem scheidenden Ausschuß für seine geleistete Arbeit und versprach, sie mit gleichem Eifer zum Wohle der Freiheitskämpfer fortzusetzen.

Als im Verlaufe der Konferenz Genosse Aigner erschien, wurde er lebhaft begrüßt. Seine Schilderung der politischen Lage wurde wiederholt von lebhaftem Beifall unterbrochen.

Zum Punkt „Allfälliges" wurde folgender, von Genossen Josef Schramayr eingebrachter Antrag einstimmig angenommen:

Es wird ersucht, zu erwirken, daß den in der verstaatlichten Industrie Österreichs beschäftigten Dienstnehmern, die Inhaber von Amtsbescheinigungen und Opferausweisen sind, Vordienstzeiten, welche über kollektivvertragliche Bestimmungen und solche des Angestelltengesetzes hinausgehen, arbeits- und dienstrechtlich zur Anrechnung auf die Dienstzeiten in der verstaatlichten Industrie gelangen.

Es sind dies Dienstzeiten in der privaten Wirtschaft, im öffentlichen Dienst (Bund, Länder, Gemeinden, Bahn, Post und angegliederte Unternehmungen) und in den Betrieben, die seinerzeit zum Konzern der „Reichswerke" gehörten und heute Bestandteil der verstaatlichten Industrie sind.

Mit der Aufforderung an die Versammelten, alle Kräfte für die Ziele der Sozialistischen Freiheitskämpfer einzusetzen und der Parole „Niemals vergessen!" stets eingedenk zu sein, schloß der Obmann die Versammlung.

Arbeiter! Angestellte!

Entlehnt Bücher der Betriebsbüchereien!

Betriebsrat!

Sorge für den Ausbau der Betriebsbücherei!

Die Betriebsbüchereien

werden betreut durch die

Reise- u. Versandbuchhandlung

des

Österreichischen

Gewerkschaftsbundes

Wien I, Hohenstaufengasse 10

und durch die

Kammern für Arbeiter und Angestellte

HERRN
MARSAL VIKTOR
WIEN XXI/141
FULTONSTR.5-11/1/1/3

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 55

P. b. b.

Wenn verzogen, bitte nachsenden oder zurück

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unbestellbar zurückgeschickt werden müssen.

Redaktionsschluß

für die nächste Nummer: 4. Sept. 1962

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: August Jarosik. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Friedrich Flußmann. Alle Wien I, Löwelstraße Nr. 18. Tel. 33 96 31. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts" AG, Wien V, Rechte Wienzeile 97.

Sprechstunden

in unseren Wiener Bezirksgruppen

1.	Werdertorgasse 9	Mo. 17 bis 18 Uhr
2.	Praterstern 1	Di. 16 bis 18 Uhr
3.	Landstraßer Hauptstraße 41	Fr. 18 bis 20 Uhr
4.	Wiedner Hauptstraße 60 b	Mo. 18 bis 19 Uhr
5.	Kohlgasse 27	Mi. 18 bis 19 Uhr
6.	Otto-Bauer-Gasse 9	Do. 19 bis 20 Uhr
7.	Neubaugasse 25	Mi. 18 bis 19 Uhr
8.	Josefstädter Straße 39	Do. 17 bis 18 Uhr
9.	Marktgasse 2	Mi. 17 bis 19 Uhr
10.	Laxenburger Straße 8/10, I.	Di. 17 bis 19 Uhr
11.	Simmeringer Hauptstraße 80	Jeden 2. u. 4. Di. 18 bis 19 Uhr
12.	Ruckergasse 40	Mi. u. Fr. 18 bis 19 Uhr
13.	Jodlgasse 7	Di. 18.30 bis 19.30 Uhr
14.	Linzer Straße 297	Fr. 18 bis 19 Uhr
15.	Hackengasse 13	Jeden 1. Mi. im Monat, 17 bis 19 Uhr
16.	Schuhmeierplatz 17—18	Do. 17 bis 19 Uhr
16.	Zagorskigasse 6	Do. 17.30 bis 19 Uhr
17.	Kalvarienberggasse 28 a, II/26	Mo. ab 17.15 Uhr
18.	Gentzgasse 62	Fr. 18 bis 20 Uhr
19.	Billrothstraße 48	Di. 17 bis 19 Uhr
20.	Raffaelgasse 11	Do. 18 bis 20 Uhr
21.	Prager Straße 9, 1. Stock	Jeden 1. u. 3. Mo. im Monat, 17 bis 18.30 Uhr
22.	Donaufelder Straße 259	Mo. 18 bis 19 Uhr
23.	Liesing, Breitenfurter Straße 2	Jeden 1. u. 3. Mo. 18 bis 19 Uhr

in unseren Fachgruppen

Polizei:

19.	Billrothstraße 48 (Arbeiterheim Döbling)	Jeden 1. u. 3. Di. 17.30 bis 18.30 Uhr

in unseren Landesverbänden

Niederösterreich:

Mödling, Gewerkschaftsheim, Wiener Straße 2	Jeden Mo. u. Sa., 8.30 bis 11.30 Uhr
St. Pölten, Bezirksleitung, St. Pölten, Prandtauerstraße 4	Sa. 9 bis 12 Uhr
Schwechat, Bezirkssekretariat der SPÖ, Körner-Halle	Jeden 2. Do. im Monat 16 bis 18 Uhr

Burgenland:

Eisenstadt, Bezirkssekretariat der SPÖ, Hauptstraße 5	Tägl. 9 bis 12 Uhr

Kärnten:

Klagenfurt, Kammerbücherei der Arbeiterkammer, Bahnhofstraße 42, bei Genossin Lona Sablatnig und Genossen Eduard Goritschnig	Tägl. außer Sa. 10 bis 12 Uhr

Oberösterreich:

Linz, Landstraße 36, II. Stock Zimmer 24	Tägl. außer Sa. 8 bis 10 Uhr
Steyr, Arbeiterkammer, 1. Stock	Jeden 1. Sa. im Monat 10 bis 11 Uhr

Salzburg:

Salzburg, Arbeiterheim, Paris-Lodron-Straße 21, Zimmer 30	Sa. 10 bis 12 Uhr

Steiermark:

Graz, Südtiroler Platz 13, Zimmer 17	Jeden 1. Mi. i. Monat, 17 bis 19 Uhr
Bruck a. d. Mur, Arbeiterheim, Kirchplatz 5	

Tirol:

Innsbruck, Müllerstraße 30/I.	Bitte vorher telephonisch anfragen: Nr. 7 11 12.